

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Guten Morgen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen, der 91. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Willkommensgruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zehn Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir in das Protokoll aufnehmen.

Auch heute dürfen wir einem Kollegen zum Geburtstag gratulieren. Ganz herzlich gratulieren wir Herrn Kollegen **Matthias Kerkhoff** aus der CDU-Fraktion zu seinem 36. **Geburtstag**. Die Zahl darf man bei einem so herrlich jungen Alter nennen.

(Beifall von allen Fraktionen)

Alles Liebe, alles Gute!

Nachdem die Kolleginnen und Kollegen Herrn Kerkhoff auch persönlich gratuliert haben, treten wir ein in die Beratung der heutigen **Tagesordnung**.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

erste Lesung

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/9301

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9302

erste Lesung

Sowie:

Gemeindefinanzierung reformieren – GFG 2016 demographiefest ausgestalten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9598

Zur Einbringung des Entwurfes des Haushaltsgesetzes 2016 sowie der Finanzplanung 2015 bis 2019 und des Finanzberichts 2016 erteile ich nunmehr für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Walter-Borjans das Wort. Herr Minister, das Redepult ist für die nächsten Minuten Ihres.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zwischen dem 23. Juni 2015 – das war der Tag, an dem das Landeskabinett den Haushaltsentwurf 2016 beschlossen hat – und dem 3. September 2015, also dem heutigen Tag der Einbringung und der ersten Lesung im Landtag, haben sich unser Land, Deutschland und Europa verändert. Vom heutigen Tag bis zur geplanten Schlussabstimmung am 16. Dezember 2015 wird sich noch mehr in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa verändern.

Das alles enthebt uns aber nicht der Verpflichtung, die finanzielle Grundlage für die Politik in unserem Land gewissenhaft zu planen und Veränderungen Schritt für Schritt aufzunehmen und im Haushalt abzubilden, ohne die Ziele aus dem Auge zu verlieren, die uns die Verfassung unseres Landes, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, aber auch die Verantwortung für die hier lebenden und für die hierher kommenden Menschen auferlegen. Deshalb steht diese Einbringung unter ungewöhnlichen Vorzeichen.

Wir wissen, dass dieser Haushalt vom Parlament sicher nicht so beschlossen werden wird, wie er heute eingebracht wird. Demjenigen, der behauptet, er hätte das bei der Kabinettsbefassung schon gewusst – wir haben gestern gehört, welche Zahlen beim Flüchtlingsgipfel prognostiziert worden sind –, würde ich raten, auf dem Jahrmarkt als Wahrsager aufzutreten. Da kann man eine Menge Geld verdienen und darf auch schon mal danebenliegen.

In der Haushaltsberatung 2016 wird Flexibilität gefordert sein. Nicht nur in Nordrhein-Westfalen, auch im Bund, in den anderen Ländern und in den Kommunen wird es enormen Anpassungsbedarf im Rahmen von Haushaltsaufstellung, Haushaltseinbringung und Haushaltsberatung geben.

Die Regeln für die parlamentarische Haushaltsberatung in diesem Landtag bieten dazu ausreichend Möglichkeiten. Ja – das kann ich jetzt schon sagen –, wir werden eine Ergänzungsvorlage brauchen, und es ist für 2015 ein weiterer Nachtrag erforderlich. Ich denke, es ist keine Prophetie, wenn ich sage: Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir auch

in 2016 einen Nachtrag zum Haushalt 2016 benötigen werden.

Der Haushaltsentwurf ist also ohne Frage eine fortschreibungsbedürftige Momentaufnahme, Stand zunächst einmal: Juni 2015. Aber die Arbeiten an der notwendigen Ergänzung laufen auf Hochtouren. So stellen wir sicher, dass wir rechtzeitig vor dem Jahresende einen Haushalt auf dem dann aktuellen Stand verabschieden. Aber, wie gesagt, auch an dem Dezembertag wird der Stand nicht abschließend sein.

Warum lege ich nicht schon heute eine Ergänzung vor? – Weil die Dynamik im Augenblick besonders groß ist, weil jede Aktualisierung morgen obsolet wäre, vor allem aber, weil erst Ende September die Regierungschefs und -chefinnen mit der Kanzlerin über die angemessene Beteiligung des Bundes reden werden und weil erst Anfang November Klarheit über die zu erwartenden Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen bestehen wird.

Klar ist, dass die humanitäre und integrative Verantwortung vor Ort liegt: bei den Ländern und Kommunen. Klar ist aber auch, dass die finanzielle Verantwortung für den Zerfall Syriens oder Libyens nicht auf der Ebene der Länder oder der Kommunen abzubilden ist. Sollen wir womöglich jetzt schon Vorsorge für weitere, noch gar nicht existierende Konfliktherde in der Welt einplanen? Für welche in welcher Höhe? Und sollen wir dafür schon mal vorsorglich Infrastruktur und Bildung herunterfahren? Das wäre wohl eine etwas seltsame Debattengrundlage.

Der heute eingebrachte Entwurf gibt mir aber auch in dieser Fassung die Gelegenheit, zu zeigen, dass der Haushalt auch 2016 die anderen großen Aufgaben für das Land nicht außer Acht lässt. Sie behalten auch Bestand, wenn wir das Zahlenwerk um die große Aufgabe der Aufnahme, der Betreuung und der Integration von Menschen auf der Flucht ergänzen werden.

Meine Damen und Herren, auch im Haushalt 2016 werden wir die Schwerpunkte der letzten Jahre fortsetzen und unsere politische Zielrichtung deutlich machen. Wir werden auch in Zukunft viel Geld für die Bildung ausgeben. Familien werden in Nordrhein-Westfalen spürbar entlastet. Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr, zusätzliche Mittel für schulische Inklusion und das Studieren ohne Studiengebühren bleiben eine wichtige Grundlage einer sozial gerechten Politik, die allen Kindern und jungen Erwachsenen gleiche Bildungschancen bietet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen bleibt ein Bildungsland.

Für die frühkindliche Bildung werden im Haushalt 2016 insgesamt rund 2,43 Milliarden € zur Verfü-

gung gestellt. Das sind 4,5 % mehr als im Vorjahr. Zusätzlich erhalten wir für den Zeitraum 2016 bis 2018 noch 118 Millionen € Investitionsmittel aus dem Bundesprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“. Dementsprechend planen wir bis zum Kindergartenjahr 2016/17 im U3-Bereich rund 10.000 neue Kitaplätze. Das bedeutet weitere rund 7.300 U3-Plätze in den Kindertageseinrichtungen und zusätzliche 2.700 Plätze in der Kindertagespflege. Das ist eine konsequente Fortsetzung der erfolgreichen Politik der letzten Jahre.

Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die beim Bund freigewordenen Mittel zum verfassungswidrigen Betreuungsgeld den Ländern für den Kitausbau zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Damit landet das Geld endlich dort, wo es hingehört. Wir brauchen mehr Förderung von Kindern und keine Prämien für das Fernhalten von Kindern aus den Kitas.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wir werden auch hohe Investitionen im Schulbereich vornehmen. Um den Umbau der Schullandschaft auf der Basis des Schulkonsenses im Haushaltsjahr 2016 fortführen zu können, bleiben die Demografiegewinne im System und steigern so die Personalausgaben rechnerisch um 773 Millionen €. Das kommt eins zu eins den Schülern zugute.

Besonders zu erwähnen wäre hierbei noch der weitere Ausbau des offenen Ganztags. Am Ende des Schuljahrs 2016/17 werden wir insgesamt 292.600 Plätze im offenen Ganztage im Primarbereich fördern. Das sind 10.000 zusätzliche Plätze, die der Bildung der Kinder dienen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich unterstützen werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist gut, dass sich immer mehr Menschen mit Hochschulreife oder einer beruflichen Qualifikation für ein Studium in Nordrhein-Westfalen entscheiden. Derzeit schreiben sich so viele Studierende an den nordrhein-westfälischen Hochschulen ein wie noch nie. Erstmals seit Bestehen des Landes gibt es hier mehr als 700.000 Studierende. Das ist bei den Flächenstaaten der größte Anteil im Verhältnis zur Bevölkerung. Zehn Jahre vorher waren es nicht einmal 500.000 Studierende in unserem Land.

Den Studierenden kommt zugute, dass Nordrhein-Westfalen nicht nur die dichteste Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Europa, sondern auch eine besonders vielfältige Hochschullandschaft hat. Das lassen wir uns auch etwas kosten. Allein in die Hochschulen investieren wir knapp 5,1 Milliarden € und 1,2 Milliarden € aus dem Hochschulpakt, den sich das Land und der Bund hälftig teilen. Insgesamt investieren wir damit im Jahr 2016 rund

27,7 Milliarden € in die Bildung, in die Köpfe unseres Landes.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Neue Projekte, die wir auf den Weg gebracht haben, werden die digitale Basis unseres Landes stärken. In ihrer Regierungserklärung im Januar hat die Ministerpräsidentin schon den digitalen Wandel als Schwerpunkt der Landesregierung in dieser Legislaturperiode deutlich herausgestellt.

(Zurufe von der CDU)

Die Landesregierung hat im Jahr 2014 die Initiative „Digitale Wirtschaft NRW“ gestartet. Die Initiative wird neben der digitalen Wettbewerbsfähigkeit der klassischen Industrie und des Mittelstandes auch die digitale Innovationskraft stärken und aktivieren. Junge Start-ups werden angesprochen und unterstützt. Mit Blick auf die vielen globalen Player in der Industrie und die rund 150 international erfolgreichen Hidden Champions des Mittelstands hat Nordrhein-Westfalen beste Chancen, die Herausforderung der digitalen Transformation auch zu meistern.

Unser Ziel ist die Verlinkung zwischen der klassischen Industrie und den innovativen Start-ups. Wir wollen einen Standortvorteil der Zukunft für Nordrhein-Westfalen – so, wie wir einmal mit unseren Bodenschätzen einen Standortvorteil hatten – und zum digitalen Vorreiter in Deutschland werden.

(Beifall von der SPD)

Auch in der Landesverwaltung soll die Digitalisierung vorangetrieben werden. IT-gestützte Verfahren sind im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu einem unverzichtbaren Element geworden. Das gilt für viele Bereiche. Ich kann es im Einzelnen für das beschreiben, was in der Finanzverwaltung schon passiert, was sich da entwickeln wird. Das gilt auch für die elektronische Rechtsakte. Am Ende wird die weitere Digitalisierung die Verwaltungsprozesse beschleunigen; sie dient der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur. Die medizinischen Fakultäten und die Universitätskliniken spielen dabei ebenso eine wichtige Rolle. Grundvoraussetzung dafür ist eine sichere, effiziente und leistungsfähige bauliche Infrastruktur. Wir werden 2016 neben den jährlichen Investitionszuschüssen von 185,2 Millionen € noch 500 Millionen € aus dem Modernisierungsprogramm zur Verfügung stellen. Dieser Betrag wird bis 2017 noch einmal um weitere 100 Millionen € an Planungs- und Baukostenzuschüssen aufgestockt.

Neben den Hochschulkliniken stärken wir auch die übrigen Krankenhäuser des Landes. Die Gesundheitswirtschaft ist ein wichtiger Motor für Innovationen und zukunftsorientierte Arbeitsplätze.

Insgesamt stocken wir die Mittel in drei Ausbausritten bis 2018 dauerhaft von 190 Millionen € auf dann 217 Millionen € pro Jahr auf. Hieran beteiligen sich die Gemeinden mit 40 %.

Zusätzlich stellen wir sicher, dass die auf Nordrhein-Westfalen entfallenden Mittel der vom Bund ab 2016 geplanten Strukturfonds zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen im Umfang von voraussichtlich ca. 106 Millionen € vollständig abgerufen werden können. Im Ergebnis steigen die Gesamtausgaben für die Krankenhausförderung auf 533 Millionen € allein in 2016 an, also auf deutlich mehr als eine halbe Milliarde Euro.

Zusammen mit den Universitätskliniken erreichen wir damit ein Investitionsvolumen von deutlich über einer Milliarde Euro. Das ist ein Anstieg, der sich in den Folgejahren fortsetzen wird. Damit stellt die Landesregierung die Weichen, den Krankenhausstandort Nordrhein-Westfalen auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung zukunftsicher zu gestalten.

Damit mache ich noch einmal deutlich, dass jetzt nicht etwa alles nur unter der Fragestellung steht: Was machen wir mit der Zuwanderung? Wie werden wir dieser Herausforderung gerecht? Sondern es gibt viele zentrale, wichtige Aufgaben in diesem Land, die nicht weniger bedeutsam sind, sondern genauso wahrgenommen werden müssen.

(Beifall von der SPD)

Ein weiterer großer Schwerpunkt, zu dem aber der Kollege Ralf Jäger mehr sagen wird, sind unsere Kommunen. Die Landeszuweisungen an die Kommunen bewegen sich auf einem Rekordniveau. Wir stellen unseren Städten und Gemeinden rund 22 Milliarden € direkt und indirekt zur Verfügung. Der Anteil an den Gesamtausgaben beträgt mehr als ein Drittel. Das ist nicht nur vom Volumen her ein Rekord – das ist immer so, wenn die Steuern und insgesamt die Einnahmen steigen –, es ist auch vom Anteil am Landeshaushalt her ein Rekord. All denen, die immer sagen, die Kommunen würden stiefmütterlich behandelt, möchte ich diese Zahlen und auch den Anteil am Landeshaushalt gerne noch einmal ins Stammbuch schreiben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich will ein paar weitere Eckpunkte des Haushaltsentwurfs erwähnen: Die Steuereinnahmen werden 2016 um 3,9 % auf 50,5 Milliarden € steigen. Diese Veränderungsrate ist nicht irgendeine gegriffene Zahl, sondern sie ergibt sich aus den Ergebnissen der Steuerschätzer von Bund und Ländern. So haben wir es in den letzten Jahren gehalten. Mit dieser Schätzung – verglichen mit dem, was anschließend als Ist aufgekommen ist – sind wir immer sehr gut gefahren.

Ich habe schon gesagt: Wir warten jetzt auf die neue Steuerschätzung von Anfang November. Ich bin sicher, dass es in dem Punkt eher eine deutliche Korrektur nach oben als nach unten geben wird.

Die Gesamtausgaben im Haushalt 2016 steigen gegenüber dem Vorjahr um knapp 2,4 Milliarden € bzw. 3,7 % auf rund 67 Milliarden € an. Die Ausgabensteigerung liegt damit unter der Einnahmensteigerung. Dabei entfallen die Mehrausgaben überwiegend auf zwangsläufige Zahlungen und Verpflichtungen, weil Preise und Mieten steigen, aber eben auch, weil Mittel durchgeleitet werden. Dazu gehören in 2016 eine um 250 Millionen € erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie 60 Millionen € mehr an Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Darüber hinaus haben wir durch frühzeitige Weichenstellungen für diesen Haushalt erneut umfangreiche Einsparungen umsetzen können, in Summe 1,4 Milliarden €. Strukturell fortwirkende Einsparungen im Bereich der landeseigenen Förderprogramme machen wie schon 2013 145 Millionen € aus. Genauso möchte ich fortwirkende Effekte bei der Beamtenbesoldung nennen, zum einen – darüber haben wir diskutiert – aus den im Jahr 2013/2014 erwirtschafteten 220 Millionen €, zum anderen aus der Fortwirkung des vereinbarten Ergebnisses, die wir anschließend in den Gesprächen mit den Gewerkschaften und Verbänden erzielen konnten.

Meine Damen und Herren, die parlamentarische Beratung des Haushaltsentwurfs 2016 wird – das habe ich schon angekündigt und angedeutet – anders verlaufen, als es in den vergangenen Jahren der Fall war. Die Ministerpräsidentin hat es gestern schon angekündigt: Wir stehen gemeinsam vor der großen Herausforderung, aus einer Tragödie internationaler Dimension Chancen und Perspektiven auch für unser Land zu entwickeln. Wenn wir das richtig anpacken, dann wird die Zuwanderung ein Gewinn für unser Land. Dazu ist im wahrsten Sinne des Wortes mehr denn je präventive, vorausschauende Politik gefragt – mehr noch, als es bisher schon der Fall war.

Das, was wir heute an Hilfen zum Ankommen und zur Integration versäumen, werden die sozialen und sicherheitsrelevanten teuren Folgen von morgen.

Das, was wir heute erreichen, wird zu der neidvollen Ausgleichsforderung derer führen, die sich heute verweigern und morgen feststellen, was sie versäumt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das fängt bei dem syrischstämmigen Bundesligaspieler bei einem NRW-Verein an und wird bis zum libyschstämmigen Landarzt reichen, um den sich dann viele reißen werden – das alles aber nur, wenn es uns gelingt, die Schattenseiten und Risiken versäumter Integration zu vermeiden.

Das sage ich als Finanzminister ganz bewusst, um deutlich zu machen: Da sitzt nicht einer nur auf der Schatulle und lehnt alle Forderungen ab, sondern es wird darum gehen, die Enden zusammenzubringen, die vor uns liegenden Aufgaben mit der Einnahmenentwicklung zu verknüpfen.

Deswegen ist die alte Leier, es nur an einer einzigen Größe zu messen, ob Ausgaben sinken und die Kreditaufnahme schneller steigt, als sogar vom Grundgesetz gefordert, nicht der Maßstab, wie man anständige Politik macht. Man muss vielmehr die beiden Dinge zusammenbekommen. Das ist unser Ziel, das war unser Ziel, und das wird auch unser Ziel bleiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

All das, was ich eben beschrieben habe, wird viel Geld kosten. Allein die Verlegung des Abrechnungstichtags für die Flüchtlingspauschale in den Kommunen wird 2015 über 200 Millionen € mehr kosten, als bisher veranschlagt. 2016 wird der Mehrbetrag nicht weit unter einer Milliarde liegen. Das muss man einfach aussprechen, das wird so sein.

Das ist eine riesige Entlastung für die Kommunen – das an die Adresse derjenigen, die meinen, da habe jemand klebrige Finger, wenn es darum geht, dass eine Überweisung von 108 Millionen €, von denen die Hälfte vom Land selbst bezahlt ist, für Flüchtlingsaufgaben eingesetzt wird, aber innerhalb des Landeshaushalts, und die nächsten 108 Millionen, die vom Bund kommen, ganz weitergegeben werden. Daran kann man die Dimension sehen, was bisher überhaupt an Bundeshilfe vorgesehen ist und mit welchen Größen das Land schon plant.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden dazu – das habe ich schon gesagt – sicher eine Ergänzung des Haushalts brauchen, und wir werden einen Nachtrag für 2015 brauchen. Wer glaubt, dass damit die Finanzplanung obsolet ist, und sich schon klammheimlich freut, die alte Gebetsmühle wieder aufleben lassen zu können, dass diese Regierung die Einhaltung der Schuldenbremse nicht schafft, den muss ich enttäuschen. Die Einhaltung der grundgesetzlich verankerten Regel bis 2019 werden wir nicht aus dem Blick nehmen.

Wenn auch Vergleiche zwischen öffentlichen und privaten Haushalten ihre Tücken haben, finde ich ihn hier angebracht. Ich nehme dazu nicht die schwäbische Hausfrau, sondern ich nehme dazu wahlweise die rheinische oder die westfälische Familie, die eine solide Finanzplanung hat und bei der es klingelt und Freunde in großer Bedrängnis vor der Tür stehen. Dann müssen sie umplanen. Dann stellt sich die Frage: Was wird jetzt dringend gebraucht und was nicht? Auch das, auch mit Blick auf die nächsten Jahre!

Das Gleiche tun wir. Deshalb wird der Nachtrag 2015 nichts enthalten, was nicht eindeutig mit der Aufnahme, der Betreuung, der Begleitung und der Integration von Menschen auf der Flucht zu tun hat, einschließlich der Mittel für eine raschere Entscheidung, wer bleiben kann.

Bei diesen Familien stellt sich aber auch die Frage, an wen gegebenenfalls Ansprüche zu richten sind. Im Fall von Ländern und Kommunen ist das ohne Frage der Bund. Wir reden über die Folgen eines internationalen Konflikts, einer internationalen Krise.

Die Legende, dass der Bund nur deshalb mit spürbarer Unterstützung zögert, weil er bezweifelt, dass das Geld bei den Kommunen ankommt, lasse ich nicht unwidersprochen stehen. Das heißt ja unausgesprochen, dass Haushaltslasten aus der Flüchtlingshilfe nur bei Bund und Kommunen anfallen.

Richtig ist, dass vom Bund bisher sehr wenig kommt; das habe ich schon gesagt. Richtig ist auch, dass die Kommunen dringend Hilfe brauchen. NRW zahlt aber schon jetzt einen hohen neunstelligen Betrag an seine Kommunen für diesen Zweck.

Aber auch Erstaufnahmeeinrichtungen, zusätzliche Mittel für Kinderbetreuung und Unterricht, für Richter, für schnellere Asylverfahren und verstärkte Polizeipräsenz bedeuten einen enormen Aufwand, und zwar unmittelbar in den Landeshaushalten. Es gibt hier nicht nur Ausgaben der Kommunen und dann gegebenenfalls Ausgaben des Bundes. Das ist ausschließlich Folge internationaler Konflikte. Länder und Kommunen – daran gibt es keinen Zweifel – tragen vor Ort, und zwar gern, in diesem Land die Verantwortung für die Aufnahme, Betreuung, Sicherheit und Integration.

Die enormen finanziellen Folgen – das habe ich auch schon gesagt – des Zerfalls von Libyen oder Syrien können am Ende weder in den Haushalten der Kommunen noch in denen der Länder hängen bleiben, während sich der Bund seiner schwarzen Null im Haushalt rühmt. Das ist keine anständige Verteilung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann stellt sich, wenn Lasten da sind, die man tragen muss, in den von mir beschriebenen Familien die Frage, ob es finanzielle Puffer gibt, mit denen der zusätzliche finanzielle Aufwand zu bewältigen sein könnte. Auch die gibt es im Haushalt des Landes.

Die Steuereinnahmen werden 2015 deutlich höher ausfallen als veranschlagt, übrigens nicht, weil die Steuerzahler mit höheren Steuertarifen belastet werden, sondern weil sie mit genau diesen Tarifen und mit einer guten Politik im Land und im Bund Rekordgewinne, Rekordbeschäftigung und Rekorderlöse erzielen. Die Folge sind dann auch Rekorderlöse. Das ist nicht Folge einer stärkeren Belastung des Einzelnen.

Im Klartext: Die Mehraufwendungen 2015 werden ungeachtet der Verantwortung des Bundes aller Voraussicht nach nicht zu einer höheren Kreditaufnahme führen. Wir müssen beide Seiten betrachten. Das ist eine gute Entwicklung. Damit haben wir auch einen Raum, um das zu tun, was jetzt notwendig ist.

Auch für 2016 wird sich aller Voraussicht nach eine deutlich verbesserte Ausgangsposition ergeben, wenn das Niveau 2015 so gut sein wird, wie man es jetzt vermuten kann. Man muss aber auch deutlich sagen: Wer dann als Erstes wieder nach einer wie auch immer gearteten Entlastung ruft, der muss auch so ehrlich sein und sagen, wie er das machen will. Denn wir haben Herausforderungen – nicht nur in Nordrhein-Westfalen; das wird kein Thema nur dieses Landes sein. Man muss auch ehrlich sagen: Wenn wir durch eine florierende Wirtschaft, durch eine florierende Beschäftigung Freiräume haben, dann kommt es darauf an, damit anständig und verantwortungsvoll umzugehen.

Das gilt im Übrigen nicht nur in Bezug auf die zu erwartenden Steuereinnahmen, sondern das gilt auch in Bezug auf die Zinsentwicklung. Die ist in unserer mittelfristigen Finanzplanung nämlich eben nicht – wie gerne immer wieder beschrieben wird – ein tickender Sprengsatz, der sofort, wenn sich etwas in kleinem Umfang ändert, zu völlig anderen, und zwar schlechteren Haushaltsdaten führen wird. Wir haben im Moment ein Zinsniveau von rund 1,25 %. Wir planen bis 2019 in diesem Haushalt mit einem Zinsniveau aufwachsend auf 3,5 %.

Das ist nicht nur ein von Fachleuten nicht erwartetes Zinsniveau, sondern es ist selbst dann, wenn es leicht steigt, eines, das deutlich unter dem liegt, zu dem die abgelösten oder die abzulösenden Kredite aufgenommen worden sind. Also auch hier befindet sich nicht irgendwo ein Sprengsatz, sondern hier besteht eher eine Möglichkeit der Rückversicherung für Schwierigkeiten, die auf uns zukommen können. Wir sehen jetzt, wie wichtig es ist, eine solche Planung erstellt zu haben.

(Beifall von der SPD)

Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2019 muss daher sein – ohne Wettlauf, ob man es noch ein Jahr eher schaffen kann –, mit Blick auf die Konsolidierung sowie Augenmaß für die Aufgaben, die wir gemeinsam zu erledigen haben, vorzugehen.

Ich bleibe noch einmal bei den Familien, die ich eben beschrieben habe. Diese werden sicher auch im Bekanntenkreis fragen, ob auch andere vor ähnlichen Herausforderungen stehen und wie sie damit umgehen. Auch das machen wir: Ich habe meinen hessischen Kollegen Dr. Thomas Schäfer von der CDU, der derzeit der Vorsitzende der Finanzministerkonferenz ist, gebeten, für die nächste Woche zu einem Meinungsaustausch einzuladen.

Davon erwarte ich zweierlei: Ich erwarte mir, dass wir uns über den Umfang und den richtigen Umgang mit einer Herausforderung austauschen, die in diesem Ausmaß für alle neu ist. Mir ist aber genauso wichtig, dass wir dieses sensible Thema nicht für eine verhängnisvolle Frontenbildung zwischen den Ländern nutzen, die am Ende den Falschen in die Hände spielt.

Bei den Finanzministerinnen und Finanzministern bin ich mir nach mittlerweile gut fünfjähriger Erfahrung sehr gewiss, dass uns das gelingt. Das sagt mir die Erfahrung aus der Zeit, die ich mit diesen Kolleginnen und Kollegen zu vielen und zum Teil auch kritischen Fragen und gemeinsamen Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, verbracht habe. Bei der Opposition hier im Landtag wäre ich mir dessen auch gerne gewiss. Ob das so ist, und wie weit das „Ja, aber“ geht, das sicher zu erwarten ist, wird sich im Verlauf der nächsten Debatten zeigen.

Ich wünsche uns jedenfalls eine sachliche, aber auch streitige Auseinandersetzung, die der Verantwortung entspricht, der wir in diesem ungewöhnlichen Jahr und in dieser ungewöhnlichen Situation einer Einbringung dieses Haushalts gerecht werden müssen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Finanzminister, vielen Dank für die Einbringung des Haushaltsentwurfes 2016. – Ich eröffne die Aussprache, und als erster Redner in der Debatte hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Kollege Armin Laschet, das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Finanzminister hat bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs mit dem Zeitraum 23. Juni bis 3. September begonnen und damit, was sich seit der Aufstellung des Haushalts bis zur heutigen Debatte verändert hat. Er hat auch prophylaktisch darum gebeten, dass niemand sagt, wir hätten das alles besser gewusst. Dem möchte ich ausdrücklich zustimmen.

Die Entwicklung der Lage der Flüchtlinge in diesem Jahr – das hat übrigens in der gestrigen Debatte auch keiner gesagt – hat so niemand voraussehen können. Wenn der Bundesinnenminister im März oder April, als 200.000 Flüchtlinge da waren, davon gesprochen hätte, dass es am Ende 800.000 Flüchtlinge sein würden, wäre gesagt worden: „Du machst Panik.“ Es gibt ja jetzt auch schon einige Menschen, die bereits von einer Million Flüchtlinge ausgehen, und man überbietet sich mit Zahlen, nur um Panik zu erzeugen.

Deshalb: Eine Veränderung dieser Zahlen wird Ihnen niemand zum Vorwurf machen, und es ist auch logisch, dass sich dies auf den Haushalt aus-

wirkt. Das hat uns immer beschäftigt, und ich habe mir unterschwellig immer eher kritische Bemerkungen – auch der Frau Ministerpräsidentin – in Interviews anhören müssen, dass ich mich im Vorfeld auch schon einmal mit der Lage in Syrien beschäftigt habe.

In der Tat: Es ist klug, sich mit Syrien, der Ukraine und solchen Konflikten zu beschäftigen und hinzusehen, anstatt das abzutun und zu sagen: Mich interessieren die internationalen Fragen nicht, denn ich lebe hier in Nordrhein-Westfalen. – Wenn dort etwas schief läuft, erreicht das aber jedes einzelne Dorf und jeden einzelnen Ort in Nordrhein-Westfalen. Insofern konnte Ihnen das niemand vorwerfen.

Ich gebe hier aber auch zu Protokoll – ich werde das nachher vorrechnen –: Wir haben seit Jahren ein Mehr von Steuereinnahmen in Milliardenhöhe. Herr Minister, ich bitte Sie jetzt schon, sich nicht in einem halben Jahr, in einem Jahr oder irgendwann vor der Landtagswahl an dieses Pult zu stellen und zu sagen: Ja, ich muss jetzt wegen der Flüchtlinge doch viel mehr neue Schulden aufnehmen. Vielleicht wird es nicht so kommen; wir haben bei Ihnen aber schon manche Drehungen in den Argumenten gehört.

Aber auch das ist heute Konsens: Wir verfügen über so viele Milliarden an Steuermehreinnahmen, dass wir diese Aufgabe schaffen, ohne neue Schulden aufzunehmen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden aber beobachten, wie Sie sich in dieser Sache einlassen. Es ist völlig selbstverständlich, dass dieser Haushalt nachreguliert werden muss. Was wir an dem Haushalt, den Sie uns heute vorlegen, kritisieren, ist, dass Sie den politischen Gestaltungsanspruch weitgehend aufgegeben haben.

Ich möchte noch einige Zahlen nennen, wie sich die Länderhaushalte in diesem ersten Halbjahr 2015 entwickelt haben: Alle Bundesländer verzeichnen im Durchschnitt ein Plus von 490 Millionen €. Neun Länder in Deutschland schreiben schwarze Zahlen: Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen und Hamburg.

(Zurufe von der SPD: Mit unserem Geld! – Er begreift es einfach nicht! – Unruhe)

– Sie brauchen gar nicht zu brüllen; es sind auch sozialdemokratisch regierte Länder dabei. Es sind außerdem nicht nur ostdeutsche Länder dabei, sondern mit Schleswig-Holstein und mit Niedersachsen auch Länder, die besser aufgestellt sind als dieser Haushalt von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb ist das, was wir hier vorgetragen haben, ein Sonderproblem. Es gibt noch sieben Länder, die machen ein Minus von 3,6 Milliarden € – die Hälfte davon in Nordrhein-Westfalen. Das heißt, unter den 16 Ländern wird über die Hälfte der neuen Schulden in Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Das ist kein Zustand für unser starkes Bundesland.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Schuldenstand ist seit 2010 um 12 Milliarden € auf inzwischen 142 Milliarden € angestiegen.

Parallel dazu muss man die Steuereinnahmen sehen, die ich eben erwähnt habe. Die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen werden von rund 38 Milliarden € – das war der Ist-Zustand bei der Regierungsübernahme 2010 – auf knapp 57 Milliarden € im Jahre 2019 steigen.

Gleichzeitig erleben wir niedrige Zinsausgaben, so niedrig wie noch nie. Das, was öffentliche Haushalte freut, ärgert Private, die ihr Geld anlegen wollen. Die Gewinner jedoch sind überall in Deutschland im Grunde die Finanzminister. In den Jahren vor 2010 musste man 5 Milliarden € an Zinsen bezahlen. Im Moment ist dieser Betrag auf 3,5 Milliarden € gesunken.

Also: Trotz 19 Milliarden € Steuermehreinnahmen bis 2019 und Minderausgaben durch Niedrigzinsen in Höhe von fast 8 Milliarden € können Sie nur durch das Frisieren des Haushalts – nämlich mit dem Eingriff in den Pensionsfonds – überhaupt die schwarze Null erreichen. Und das ist unverantwortlich.

(Beifall von der CDU)

Stattdessen vertrauen Sie weiterhin auf sprudelnde Steuereinnahmen und niedrige Zinsen. Die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Frau Mandt, hat das auf die wunderbare Formel gebracht: Mit den hohen Steuereinnahmen und den Niedrigzinsen ist das so wie mit Botox: Solange es wirkt, sieht alles gut aus.

(Beifall und Heiterkeit von der CDU)

Das ist genau das Facelifting, dem Sie diesen Haushalt unterziehen.

Hier im Landtag bestand bis vor wenigen Wochen ein Konsens aller Landtagsfraktionen, dass für jeden neu eingestellten Beamten eine 70%ige Vorsorge für zukünftige Versorgungsausgaben angespart werden soll. Die Enquetekommission zur Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte, die morgen ihren Bericht in dieses Plenum einbringen wird, hat diesen Bericht noch nicht einmal fertig, da kommen Sie mit einem neuen Haushalt, der genau dieses Prinzip außer Kraft setzt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Sie schaffen Fakten, bevor der Enquetebericht überhaupt erörtert werden kann. Da wird ein Demografiecheck für alle Gesetze gefordert. Ihr Haushalt, den Sie jetzt vorlegen, hält schon diesen Demografiecheck nicht aus – der ist schon gescheitert, bevor es losgeht.

(Beifall von der CDU)

Ich wundere mich insbesondere über die Grünen, die 2008, als sie noch in der Opposition waren, genau diese Nachhaltigkeit und Demografietauglichkeit für öffentliche Haushalte in einem wirklich bemerkenswerten Konzept formuliert haben. Sie machen sich hier zum Handlanger und sorgen durch das Aussetzen dieses Pensionsfonds und das Einfrieren für gewaltige Lasten ab dem heutigen Tag für künftige Generationen.

(Beifall von der CDU)

Was heißt das konkret? – Kollege Optendrenk wird das nachher noch etwas präziser erläutern. Sie frieren den Anteil am Versorgungsfonds des Landes auf 200 Millionen € ein, legen da zwei Fonds zusammen – das ist das „Frisieren“ –, aber in der Wirkung zahlen Sie bis zum Jahre 2025 nur noch 200 Millionen € und entziehen dadurch dem Versorgungsfonds 9 Milliarden € von 2017 bis 2025.

(Beifall von der CDU – Lutz Lienenkämper [CDU]: So ist es!)

Auf diese Weise kommt man dann irgendwie zur schwarzen Null. In Wirklichkeit ist dieser Haushalt heute die Ankündigung: Präventive Finanzpolitik wird in Nordrhein-Westfalen selbst bei den Pensionen für Beamte ab sofort nicht mehr gemacht. Und das ist unverantwortlich.

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Wer hat Ihnen denn den Unsinn erzählt?)

Das konterkariert jedes Gerede davon, „kein Kind zurückzulassen“. Das ist eher ein Finanzminister, der da sitzt und sagt: Es wird kein Euro zurückgelassen. Ich sehe zu, wo ich tricksen kann, nur um diese schwarze Null zu erreichen.

(Beifall von der CDU)

Nun weiß ich auch – das haben wir schon in der letzten Haushaltsdebatte deutlich gemacht –, dass Sie die schwarze Null nicht durch Kürzen im Landeshaushalt erreichen können. Sie können gar nicht so viel streichen, um eine nachhaltige Finanzpolitik zu erreichen. Sie müssen zwar die Ausgaben herunterschrauben, aber unser Problem ist und bleibt die mangelnde Wirtschaftskraft und die mangelnde Steuerkraft. Das ist und bleibt unser Problem.

Wir liegen im Länderdurchschnitt bei 97 %. Das heißt, wir hinken dem Wirtschaftswachstum in Deutschland hinterher – und das, obwohl wir das starke Industrieland sind, über das wir alle gerne mit Stolz und mit Recht in der Europäischen Union reden.

(Beifall von der CDU)

Deshalb, Frau Ministerpräsidentin, würde politische Führung bedeuten, zu sagen: Wir haben Tausende Dinge zu erledigen, aber ich erwarte von meinen Ministern, dass wir jetzt Schwerpunkte setzen. Und die Schwerpunkte müssen sein: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Industrie und Mittelstand und eine vorausschauende Infrastrukturpolitik, damit wir nicht bei den Straßen und dem schnellen Internet immer hinterherhinken.

(Beifall von der CDU)

Das Ergebnis ist immer das gleiche: Wir tragen das hier vor, und dann wird in den Medien lanciert: Ja, es gibt jetzt einen Richtungswechsel. Die Ministerpräsidentin kümmert sich jetzt doch um die Wirtschaft. Die Ministerpräsidentin – es gibt ein paar Zeitungen, die das gerne auch gerne schreiben – hat jetzt den Richtungswechsel eingeleitet. – Dann gibt es Streit in der Koalition, dann einigt man sich – und dann ist wieder Stillstand. Das ist immer so der Mechanismus, den wir hier erleben.

Frau Ministerpräsidentin, lieber Herr Römer, Sie haben in dieser Woche dieses schöne Wirtschaftsforum der SPD-Fraktion durchgeführt – mit beeindruckenden Rednern: Sigmar Gabriel, Hannelore Kraft, einige Vertreter der Wirtschaft. Ich habe mal genau zugehört, was der Sigmar Gabriel da gesagt hat. Er hat vieles gesagt;

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das erste Mal, dass Sie zugehört haben!)

aber er hat vor allem gesagt ...

(Minister Ralf Jäger: Wir haben Sie gar nicht gesehen, Herr Laschet!)

– Sehen Sie mal, man kann den Bundeswirtschaftsminister sogar wahrnehmen, wenn man gar nicht da war.

(Minister Ralf Jäger: Sensationell! Und in die Glaskugel können Sie auch schauen!)

– Nein, in Glaskugeln kann ich nicht schauen.

(Zurufe von der SPD)

Es ist schon erstaunlich, was hier für eine Unruhe ausbricht, wenn man Sigmar Gabriel zitiert.

(Beifall und Heiterkeit von der CDU)

Ich möchte ihn jetzt trotzdem gerne zitieren. – Sigmar Gabriel hat gesagt: Bei allen Differenzen mit anderen Parteien: Sozialdemokraten wollen immer die Industrie bewahren. – Und er hat gesagt: Die Schwäche der Konservativen war immer, dass sie keine regionale Strukturpolitik machen.

(Beifall von der SPD)

Ich glaube, er hat newPark gemeint.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Er hat dieses ursozialdemokratische Gefühl gemeint, dass da, wo die Arbeitslosigkeit besonders groß ist, dass da, wo die Zahl sozialer Leistungsempfänger besonders hoch ist, ein Sozialdemokrat doch aus ganzem Herzen – wie es früher Sozialdemokraten aus Nordrhein-Westfalen mehrheitlich taten – sagen muss: Hier muss Industriepolitik stattfinden. Da, wo die Arbeitslosigkeit groß ist, müssen Arbeitsplätze hin.

(Beifall von der CDU)

Das muss doch die Priorität einer sozialdemokratisch geführten Regierung sein.

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Haben Sie das Herrn Lammert schon mal gesagt?)

Dieses Projekt wird jetzt seit 20 Jahren geplant, es ist endlich auf dem Weg, und das Land hat gesagt: Eine Landesbürgschaft geben wir nicht – dafür kann man sogar noch Verständnis haben; das kann man so oder so entscheiden –, aber wenn die das vor Ort hinkriegen, dann werden wir alles tun, um sie dabei zu unterstützen. – So lauteten die Versprechungen.

Nun ist das eigentlich logisch, wenn die Arbeitslosenquote in der Emscher-Lippe-Region fast doppelt so hoch ist wie im bundesdeutschen Schnitt. Es ist auch logisch, dass man – schließlich gingen seit dem rot-grünen Amtsantritt in 2010 immerhin 162 Hektar Industrie- und Gewerbefläche in der Emscher-Lippe-Region verloren – wenigstens an der einen Stelle, wo es eine Entwicklungsmöglichkeit gibt, alles tut, um sich zu engagieren.

Aber der Fall war ganz anders. In der „WAZ“ war zu lesen, dass es einen Streit zwischen Herrn Duin und Herrn Remmel gab. Die Ministerpräsidentin hat sich am Samstag erst einmal auf die Seite von Herrn Remmel geschlagen – was mich, als ich die Überschriften las, äußerst gewundert hat –; dann hat es am Dienstag eine größere öffentliche Debatte in der SPD-Fraktion gegeben,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Oh, waren Sie da auch dabei?)

in der ein paar Leute noch so ticken, wie es Sigmar Gabriel auf dem Forum beschrieben hat.

Aber dann schreibt der Landrat des Kreises Recklinghausen in einem Brief an den Wirtschaftsminister, er habe die Weisung Remmels erstaunt und entsetzt wahrgenommen. Weiter heißt es:

„Für diesen Vorgang fehlt mir jedes Verständnis. Ich bin mehr als empört und verärgert. Wir brauchen bei unseren Anstrengungen für den Strukturwandel Unterstützung. Was wir nicht brauchen, sind widersprüchliche und hinterhältige Haltungen und Handlungen des Landes.“

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ja, da hat der Landrat des Kreises Recklinghausen recht!

Die SPD-Kollegen Hans-Peter Müller, Michael Hübner, Andreas Becker und Carsten Löcker wissen, was vor Ort los ist. Sie sagen, Herr Rimmel trete alle Kraftanstrengungen der Region mit Füßen. Dann geht das hin und her; dann gibt es Koalitionsausschüsse und alles, was so erforderlich ist.

(Marc Herter [SPD]: Die hat es bei Ihnen nie gegeben!)

– Doch, die hat es immer gegeben.

(Marc Herter [SPD]: Aha!)

Es müsste aber einen Ministerpräsidenten geben, der schon zu Beginn des Prozesses – und nicht erst am Ende, wie der Moderator einer Talkshow – sagt: Egal, was ihr da abzuwägen habt, egal, wie ihr das Recht anwendet. Das ist richtig.

(Marc Herter [SPD]: Genau das ist Ihr Problem! – Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Nein, nein, nein! Das ist die Kernfrage.

(Marc Herter [SPD]: Das ist das Problem! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie verstecken sich. Sie müssen das Recht anwenden, und Sie können doch wohl Ihrem Wirtschaftsminister zutrauen, dass er zumindest ...

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Wenn Sie schon Herrn Gabriel nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens Ihrem eigenen Wirtschaftsminister. Glauben Sie der Rechtsauslegung ...

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das ...

(Marc Herter [SPD] und Josef Hovenjürgen [CDU] führen lautstark einen Dialog.)

– Josef Hovenjürgen, darf ich kurz den Satz zu Ende bringen?

(Heiterkeit und Beifall – Stefan Zimkeit [SPD]: Er will es gar nicht hören! – Minister Ralf Jäger: Ordnungsrufe sind Sache der Präsidentin! – Heiterkeit)

Wir haben das gleiche Spiel bei Datteln 4 erlebt.

(Zurufe von der SPD: Ja! – Zurufe)

Führungsaufgabe heißt ...

(Zuruf von der SPD: Nicht zu scheitern, Herr Laschet!)

Das politische Ziel des Ministerpräsidenten ist: Wir wollen dieses Gewerbegebiet, diesen Industriepark ermöglichen. – Dann ist es Aufgabe der Rechtsexperten des Umwelt- und des Wirtschaftsministeri-

ums, dies hinzukriegen und nicht eine Verhinderungstaktik zu betreiben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber das macht Sie unruhig.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So wie Horst Seehofer mit der Maut, nicht wahr?)

Sie müssten am Anfang sagen: Ich habe ein politische Ziel, das ich umsetzen will, und dann soll der Minister zusehen, wie die rechtlichen Möglichkeiten dafür sind. – Sie machen es aber genau umgekehrt: Sie lassen zwei Minister laufen; der eine will es, der andere will es nicht.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Dann begeht er im Zweifel Rechtsbruch!)

Dann hetzt jeder seine Akteure irgendwie ins Feld, und am Ende müssen Sie im Koalitionsausschuss mühsam den Stillstand herstellen. So wird das aber nicht funktionieren.

Herr Rimmel hat dann am Ende gesagt – das wäre eigentlich das letzte Totschlagargument –: Wir haben eine großartige Ministerpräsidentin, „sie hat sehr weitsichtig und weise den Weg gewiesen“.

(Beifall von der SPD)

– Also, wenn mir Herr Rimmel das sagen würde, dann würde ich als Industriepolitiker denken, ich habe etwas falsch gemacht.

(Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Zu Ihnen würde er das nie sagen!)

Ich habe übrigens nicht gehört, dass Herr Duin gesagt hat: Sie haben sehr weise den Weg gewiesen. – Ich habe das nur bei Herrn Rimmel gehört, und deshalb ist das das eine Ergebnis.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, Sie finden das alles lustig. Nur Ihre Kollegen aus dem Kreis Recklinghausen finden das nicht ganz so lustig, Frau Ministerpräsidentin, was Sie hier gerade machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann das zweite Beispiel: Ich komme zum Landesentwicklungsplan, der in Ihrer Verantwortung liegt. Sie haben ...

(Stefan Zimkeit [SPD]: Kommen Sie auch noch zu den Haushaltsberatungen?)

– Sie verstehen es eben nicht, Herr Zimkeit. Ich habe am Anfang gesagt, wir müssen die Steuer- und Wirtschaftskraft steigern. Ihnen geht es nicht in den Kopf hinein, dass Sie das Geld, das der Finanzminister braucht, nur dann haben, wenn wir hier mehr Arbeitsplätze existieren. Das ist es, was Ihnen nicht nahezubringen ist.

(Beifall von der CDU)

Deshalb können Sie nicht sagen: Wir haben hier zwar einen Haushalt liegen, aber wir machen dauerhaft eine Politik – Stichworte: Landesentwicklungsplan, newPark, Infrastrukturpolitik –, die Arbeitsplätze vernichtet. Dann wundern Sie sich auch noch, dass Sie im Haushalt zu wenige Einnahmen haben. Das müssen Sie zusammen sehen. Das ist das Kernproblem.

(Beifall von der CDU)

Ich komme zum Landesentwicklungsplan. Sie wissen, dass seit 2010 etwa 3.500 ha Industrie- und Gewerbeflächen verloren gegangen sind. Es muss immer einen Ausgleich geben. Man muss den Flächenverbrauch stoppen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Aha!)

– Das hat schon der Kollege Uhlenberg, der neben Ihnen sitzt, als Minister gemacht. Sie brauchen hier nicht „Aha“ zu rufen. Wenn Sie das erst nach fünf Jahren merken, ist das Ihr Problem.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Theoretisch!)

Die Frage ist aber, wer das besser beurteilen kann. Kann das eine Staatskanzlei beurteilen? Kann das jemand fernab in Düsseldorf beurteilen? Oder weiß nicht der Stadtrat einer Kommune vor Ort in Südwestfalen, auf deren Gebiet sich ein Gewerbebetrieb befindet, wo ein Weltmarktführer sitzt und sich erweitern will, weil der Markt boomt, besser, wo neue Gewerbeflächen entstehen können?

(Beifall von der CDU)

Das ist doch der Unterschied zu Ihnen: Sie glauben, Sie können das alles mit einem Plan aus dem Umweltministerium heraus steuern. Wir vertrauen den Kommunen vor Ort, dass sie besser wissen, was für die Entwicklung ihrer Region und ihrer Stadt erforderlich ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich komme zum Tariftrue- und Vergabegesetz. Das ist nun wirklich eine Endlosstory. Die „Rheinische Post“ spricht vom „Sorgenkind der Landesregierung“. Seit Februar liegt die Evaluierung vor. Die Novelle lässt noch immer auf sich warten. Es ist schon zigmal medial verkündet worden, dass alles nicht ganz so schlimm wird und man die schlimmsten Dinge herausnimmt. Der Europäische Gerichtshof hat schon Teile außer Kraft gesetzt. Jetzt hat auch noch das Verwaltungsgericht Düsseldorf eine Entscheidung getroffen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es hat gar nichts entschieden!)

– Sie können das ruhig mit Händen und Klauen vertreten. Das wird jetzt wieder in Münster landen. Wenn Sie klug wären, würden Sie es vorher aus der

Welt räumen; sonst kommt die fünfte Klatsche vor dem Landesverfassungsgericht auf Sie zu.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie kennen sich ja mit Klatschen aus!)

Fünf Jahre – fünf Urteile: Da müsste also langsam einmal ein Urteil kommen. Sie haben es bisher geschafft, jedes Jahr einmal vor dem Landesverfassungsgericht zu scheitern. Sie hätten jetzt die Chance, das zu verhindern,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben es zweimal jährlich geschafft!)

aber Sie begeben sich wieder auf den Weg.

(Marlies Stotz [SPD]:) Wissen Sie noch, wie oft Sie das geschafft haben?)

Es wäre politisch klug, dieses Gesetz endgültig abzuschaffen. Nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auf Bundesebene sind überhaupt nur noch Fragmente von Relevanz. Das ist eine bürokratische Belastung für alle, die in diesem Land eigentlich investieren, planen und neue Ideen entwickeln sollten und nicht Formulare ausfüllen, um Ihre Bürokratieranforderungen zu erfüllen. Das ist doch der Unterschied bei diesem Thema.

(Beifall von der CDU)

Der Wirtschaftsminister sah sich im Sommer genötigt, einen Wutbrief an die eigene Fraktion zu schreiben, in dem er noch einmal die ganze Debatte rund um die Klimaabgabe auf den Punkt gebracht hat:

(Zuruf von der CDU: Ziemlich beste Freunde!)

Das Gejammer aus großen Teilen der Umweltecke sei ideologisch begründet und verleugne die Realität. So manche Behauptung sei sogar gelogen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Das passt in der Tat zu dem, was Sigmar Gabriel gesagt hat. Es ist doch keine sozialdemokratische Politik, hier potenziell Zehntausende Arbeitsplätze zu opfern, die völlig ohne jede Wirkung auf das Weltklima sind. Es ist Ihr Verdienst, Herr Minister – das möchte ich loben –, und übrigens auch das Verdienst der IG BCE und vieler anderer, dass in Berlin am Ende ein Kompromiss erzielt werden konnte, mit dem die gleichen Klimaziele erreicht und trotzdem nicht Zehntausende Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen gefährdet werden. Das war eine gemeinsame Kraftanstrengung.

(Beifall von der CDU)

Wie darüber diskutiert wird und die Tatsache, dass bei Vorstellung der Gegenmaßnahmen Regierungsmitglieder mit großen Schildern noch immer für diese Klimaabgabe gefochten haben, zeigt aber doch die totale Zerrissenheit und dass es nicht ei-

nen gemeinsamen Willen der Regierung gibt, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Zahl der Hartz-IV-Empfänger durch neue Arbeitsmöglichkeiten zu verringern. Als entschieden werden musste, war ein solcher Kraftakt mit Zehntausenden Bergleuten in Berlin erforderlich, um das Schlimmste zu verhindern.

Eigentlich müsste man zusammensitzen und sich fragen, wie man gemeinsam einmal proaktiv sein und Dinge abschaffen könnte. Es geht darum, im Ministerium ein Klima zu erzeugen, sodass ein Beamter morgens nicht in sein Büro kommt und sich überlegt, welche Vorschriften er noch erfinden kann, sondern sich fragt, welche Vorschriften er abschaffen könnte. Schaffen Sie doch einmal Vorschriften ab, anstatt neue zu erdenken!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wenn unsere Infrastruktur weiter so leidet – das ist das nächste Thema –, werden weitere Arbeitsplätze verloren gehen. Ein Unternehmen aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein brauchte früher – 2008 – eine Nacht, um ein Gerät – große Walzmaschinen oder anderes – an den Hafen in Duisburg zu bringen. Heute benötigt es für diese 150 km in Nordrhein-Westfalen mehrere Tage.

Man kann sagen: Das ist halt so. Das sind aber wertvolle Stunden, die im internationalen Wettbewerb für ein Unternehmen verloren gehen. Deshalb ist die Infrastruktur nicht irgendetwas. Die Leute bauen nicht aus reiner Lust Straßen in die Landschaft, sondern es ist der Quell unseres Wohlstands, dass die Infrastruktur gut ist.

(Beifall von der CDU)

Lieber Herr Groschek, Sie liefern sich ja einen amüsanten Streit mit dem Bundesverkehrsminister.

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Nein, er ist nicht amüsant!)

Auf mehreren Ebenen gibt es ein Organisationsversagen – leider auch in Ihrem Haus. Das beginnt damit, dass von der Europäischen Union 1,7 Milliarden € an EU-Mitteln nach Deutschland fließen, auf Nordrhein-Westfalen aber nur 100 Millionen € entfallen, weil es für die EU hier nicht genug Projekte gab.

Kommissionspräsident Juncker hat nun den großen Juncker-Plan entwickelt. Weltweit werden Milliardenprojekte für die Infrastruktur ausgeschrieben. Dafür muss privates Kapital gehoben werden.

Wieder wird Nordrhein-Westfalen nicht dabei sein, weil Sie Skepsis hinsichtlich der Kooperation mit Privaten haben. Das kann man machen. Das kann man sich nur nicht leisten, wenn die Infrastruktur bei uns in einem Zustand ist, wie wir sie hier kennen.

Dann kommt als Drittes das aktuelle Paket aus der Sommerpause. Am 20. Juli hat der Bundesver-

kehrsminister 2,7 Milliarden € für Projekte vorgestellt. Nur 128 Millionen € fließen nach Nordrhein-Westfalen, nach Bayern 621 Millionen €, nach Baden-Württemberg 537 Millionen € und selbst ins kleine Rheinland-Pfalz 293 Millionen €. Erster Reflex des Verkehrsministers: Typisch Dobrindt, parteipolitisch motiviert, weil ich ein solcher „Mautheld“ bin, werde ich jetzt bestraft. – So war die Tonlage Groschek.

(Beifall von der CDU)

Ich weiß nicht, ob Sie den grünen Verkehrsminister in Baden-Württemberg kennen, Herrn Hermann, auf dem eher politisch linken Flügel der Grünen angesiedelt, ein vehementer Kritiker der Maut. Er schafft es trotzdem, dass Baden-Württemberg 537 Millionen € bekommt. Also kann es doch nicht an der Parteipolitik liegen, sondern an der Fähigkeit, ein Ministerium zu leiten und Pläne fertigzustellen! Das ist doch Ihr Problem.

(Beifall von der CDU) – Zuruf von Minister Michael Groschek!)

Nun war es bei Verkehrsminister Voigtsberger, Ihrem Vorgänger, so, dass nicht einmal die Planfeststellungsverfahren abgeschlossen wurden. Dann kamen Sie hierher. Herr Ott hat damals gesagt – Herr Ott ist der Kandidat aus Köln ...

(Achim Tüttenberg [SPD]: Sie haben ja keinen!)

– Wir haben eine unabhängige Kandidatin.

(Heiterkeit von der SPD)

Das ist aber kein Grund, dass Sie deshalb „SPD“ so fett auf die Stimmzettel drucken, nur weil da eine unabhängige Kandidatin ist.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Ich glaube, spätestens seit gestern weiß der letzte Kölner, dass bei dieser Sumpfverwaltung wirklich Unabhängigkeit an der Spitze gut wäre. Ich glaube, das ist seit gestern eklatant.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN – Zuruf von Achim Tüttenberg [SPD])

Aber lassen Sie mich zurückkommen zu der Frage des Kollegen Ott. Herr Kollege Ott hat im Mai den schönen Satz gesagt – er hat es positiv gemeint –: Eines ist doch klar. Dieser Minister, der da sitzt, Mike Groschek, ist doch das, was PISA für den Bildungsbereich ist.

(Lachen von der CDU)

Er hat gemeint, es soll jetzt ein Wachrütteln beginnen. Dass der Satz eine gewisse Komik hat, merkt man erst beim Nachlesen.

Dann hat Herr Groschek gesagt: Ich mache jetzt das Planfeststellungsverfahren fertig. Er hat dann viele Tricks erklärt, welche Projekte angemeldet sind. Aber den Kern, den man braucht und den die

anderen Kollegen von Ihnen geschafft haben, ist, wenn das Planfeststellungsverfahren fertig ist, einen sofortigen Vollzug anzuordnen. Das hat Ihnen der Minister ja erklärt. Es gibt auch einen freundlichen Briefwechsel zwischen Ihnen. Er hat gesagt: Wenn der sofortige Vollzug angeordnet wird, kommt auch das Geld. – Dies haben Sie versäumt.

(Zuruf von Carsten Löcker [SPD])

Es ist doch ein großes Angebot von Minister Dobrindt, zu sagen: Wenn Sie jetzt kommen, kriegen Sie das Geld immer noch.

(Minister Michael Groschek: Auf einmal!)

Also, um Himmels willen, machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben! Dann kommt auch das Geld nach Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Wir werden es erleben: sofortigen Vollzug anordnen.

(Zuruf von Minister Michael Groschek)

Wahrscheinlich machen Sie es nicht, weil ein paar Grüne wieder Bedenken angemeldet haben, warum auch immer. Aber einen sofortigen Vollzug für eine Maßnahme anzuordnen, ist doch die Priorität, die wir brauchen. Das ist ein Beispiel, wo ich mir von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, wünschen würde, dass Sie sagen: Ich will jetzt, dass Industriearbeitsplätze im Ruhrgebiet entstehen und will Flächen schaffen; newPark. Ich will, dass endlich unsere Infrastruktur in Ordnung kommt.

Sagen Sie Ihrem Minister: Ordne jetzt einfach mal an. Beweise doch Herrn Dobrindt, ob das stimmt! – Wenn er es macht, kommt das Geld. Warum macht er es nicht? Sagen Sie es ihm doch. Sie haben eine Richtlinienkompetenz. Handeln Sie doch endlich, anstatt hier große Reden zu halten!

(Beifall von der CDU)

Das gilt für viele Beispiele. Sie haben das ganze Theater um das große CARE-Institut in Münster erlebt, Zentrum für Angewandte Regenerative Entwicklungstechnologien. Es gibt allein an diesem Institut hundert Arbeitsplätze. Da sagt die Ministerin: Ich kann doch nicht dem Herrn Professor die Anträge ausfüllen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nickt.)

– Da nickt sie auch noch. – Das ist kein Stil. Die bayerische Ministerin füllt auch keine Anträge aus, aber das Land Bayern wirbt um die klügsten Köpfe. Das wirbt einen solchen Forscher, wenn man ihn haben will. Das sagt ihm „Du bist hier willkommen“.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Das ist Ihnen alles wurscht. Die Arbeitsplätze sind weg, und das Geld ist weg.

(Beifall von der CDU)

So kommt man nicht voran. Herr Kollege Sternberg hat den schönen Spruch gemacht: Frau Schulze bekommt demnächst den bayerischen Verdienstorden. Ihnen ist zu verdanken, dass in Bayern neue Arbeitsplätze, neue Forschungskapazitäten entstehen. Ich würde mir wünschen, die nordrhein-westfälische Ministerin würde sich darum kümmern, dass exzellente Forscher hier im Land bleiben.

(Beifall von der CDU)

Beim Hochschulfreiheitsgesetz haben Sie das schon erschwert, und jetzt ist es ein erneutes Beispiel, wo Sie nicht genügend handeln.

Liebe Frau Ministerpräsidentin, wenn man so regiert – meine Stimme geht weg –, ...

(Christian Lindner [FDP]: Zweitstimme!)

– Die Zweitstimme bekommt immer die FDP, habe ich gelernt. – Nein.

Die Ministerpräsidentin hat der Landespressekonferenz den Wunsch abgeschlagen, einmal im Monat über die Landespolitik zu sprechen. Herr Kretschmann tut das jede Woche.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Bewerben Sie sich doch endlich mal im Kabinett Kretschmann! – Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

– Ich muss sagen, er macht vieles ...

(Minister Ralf Jäger: Fragen Sie, ob Sie die Post sortieren können! – Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Er macht vieles richtig. Ich will nicht dauernd nur die Bayern zitieren. Man kann doch auch von anderen Ländern lernen. Ich frage mich: Warum können Grüne in Hessen, Grüne in Baden-Württemberg kluge Dinge machen, die Grüne in Nordrhein-Westfalen bis aufs Messer bekämpfen?

(Beifall von der CDU)

Da ist doch irgendetwas falsch.

(Beifall von der CDU)

Die können eine solide Haushaltspolitik machen, die können in Hessen neue Arbeitsplätze schaffen, die können ohne all die bürokratischen Dinge etwas machen, die können die Straßenbaumittel nach Hessen holen. Das ist alles in den anderen Ländern möglich. Ich denke, es fehlt hier an der Führung.

Und, liebe Frau Ministerpräsidentin, Sie wurden im „Stern“ zitiert, dass es Ihnen Freude macht, wenn Sie durch das Land reisen oder jemand ein Selfie mit Ihnen machen will. Ich würde mich mehr freuen, wenn Landesbeamte sich freuen würden, wenn sie Sie sehen, weil Sie für eine sichere Altersversorgung kämpfen.

(Beifall von der CDU)

Ich würde mich freuen, wenn die Menschen in der Emscher-Lippe-Region sich freuen und mit Ihnen ein Selfie machen würden, weil Sie für newPark kämpfen. Ich würde mich freuen, wenn sich die Autofahrer, die rund um Köln jeden Tag auf der Leverkusener Brücke stehen, freuen würden, wenn sie Sie sehen würden.

Sie haben gesagt, Sie spielen gerne das Gesellschaftsspiel Activity. Frau Ministerpräsidentin, das wäre mal etwas für eine Kabinettsitzung. Spielen Sie mit Ihren Ministern Activity, dann bewegt sich auch etwas in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion spricht deren Vorsitzender, Herr Norbert Römer.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Laschet, es gibt ein schönes jüdisches Sprichwort, an das ich öfter denken muss, wenn Sie sich hier über die Wirtschaftspolitik des Landes auslassen. Das Sprichwort heißt: „Wen Gott strafen will, dem erfüllt er seine Wünsche.“

Immer dann muss ich an dieses Sprichwort denken, wenn Sie einmal mehr – so wie heute Morgen auch – die Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes fordern. Die Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes, Herr Kollege Laschet, ist Alpha und Omega christdemokratischer Wirtschaftspolitik. Ja, so haben Sie es gerade wieder dargestellt. Das Schlimmste, was wir Ihnen antun könnten, wäre, das Gesetz tatsächlich abzuschaffen. Dann stünden Sie über Nacht ohne wirtschaftspolitisches Programm da.

(Lachen von Hans-Willi Körfges [SPD])

Sie lamentieren, Herr Kollege Laschet, immer über eine vermeintliche Überregulierung in Nordrhein-Westfalen, reden von unzähligen Vorschriften, die Sie abschaffen wollen. Und wenn Sie dann konkret werden müssen, sind Sie auf das Tariftreue- und Vergabegesetz angewiesen.

Alle Ihre anderen Beispiele, sei es der Klimaschutz, sei es der Landesentwicklungsplan, sind rhetorische Popanze. Sie müssen sich an das Tariftreue- und Vergabegesetz klammern, weil sonst Ihre ganze Argumentation von der Realität sofort hinweggespült werden würde.

Ich sage Ihnen aber: Wir werden das Gesetz, Herr Kollege Laschet, weil wir es brauchen, da anpassen, wo es nötig ist, da verbessern, wo es vernünftig ist. Wir werden Ihnen das Gesetz aber nicht wegnehmen. Sie können sich darauf verlassen, das machen wir in jedem Fall: Sie behalten Ihren Po-

panz, Herr Kollege Laschet. Das ist doch für Sie eine ganz wichtige Information.

(Beifall von der SPD)

Weil Sie so viel über Wirtschaftspolitik gesprochen und uns einen Rat gegeben haben, der lautete: Egal, wie ihr das Recht anwendet, macht es doch! – so wie Sie bei Datteln 4 –: Dann kommt halt das Oberverwaltungsgericht, und dann ist Feierabend damit.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja, ja!)

Wir sind jetzt dabei, die handwerklichen Schludereien, die Sie planungsrechtlich zu verantworten haben,

(Zuruf von der CDU)

zu beseitigen, damit Datteln 4 noch eine Chance bekommt. Ich weiß nicht, ob das gehen kann, wie das Oberverwaltungsgericht am Ende urteilen wird, weil Sie so viele handwerkliche Fehler gemacht haben, dass es schwindelerregend ist, sich daranzumachen, das auszubügeln. Das Schlimmste, was Ihnen das Gericht ins Stammbuch geschrieben hat, war doch: Es ist deshalb bei Datteln 4 zur Nichtigkeit des Bebauungsplans gekommen, weil die Landesregierung es versäumt hat, überhaupt abzuwägen. Abwägungsausfall ist Ihnen attestiert worden! Das ist Ihr Ergebnis, wenn man

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

das Recht einfach anwendet, wie man es will. – Nein, wir machen das nicht.

Herr Kollege Laschet, ich will Sie aber nicht aus dem, was für das Land Nordrhein-Westfalen wichtig ist, entlassen. Wo sind denn Ihre Strategien? Gehört habe ich von Ihnen nichts zu den großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen unseres Landes. Wo ist denn Ihr Konzept für einen erfolgreichen Übergang unserer Wirtschaft in das Zeitalter digitaler Industrien und Dienstleistungen? Im Haushalt kann man viel dafür finden. Der Finanzminister hat das herausgestellt. Sie sind gar nicht darauf eingegangen.

Woche um Woche, Herr Kollege Laschet, die gleiche Pressemitteilung zum Breitbandausbau zu veröffentlichen, ist doch kein Konzept. Der Breitbandausbau – das gebe ich gerne zu – ist für die Zukunft unserer Unternehmen elementar. Aus diesem Grunde sorgen wir dafür, dass es bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung in Nordrhein-Westfalen geben wird. Aber mit dem Breitbandausbau beginnt doch erst eine moderne Wirtschaftspolitik. Für Sie hört sie damit aber schon auf.

Moderne Wirtschaftspolitik – Herr Kollege Laschet, auch dazu finden Sie im Haushalt eine ganze Menge – muss vor allem Innovationsförderung sein. Unsere Regierungskoalition hat eine Digitalisierungs-

strategie. Sie haben keine. Ich habe noch nichts davon gehört. Wo ist denn Ihr Konzept für die Energiewende in Nordrhein-Westfalen? Haben Sie denn überhaupt den Anspruch, Herr Kollege Laschet – ich würde es gerne von Ihnen vernehmen –, die Energiewende in und für Nordrhein-Westfalen zu gestalten?

Sie sind doch in den vergangenen Monaten nur deshalb so oft in das Rheinische Revier gefahren, weil Sie von der Zukunftsangst der Bergleute profitieren wollen. Die Zukunft der Braunkohle, Herr Kollege Laschet, hat Sie noch nie interessiert und interessiert Sie auch heute nicht. Wo ist denn Ihr Zukunftskonzept für das Rheinische Revier? Wir haben eins. Sie nicht, Herr Kollege Laschet!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Grunde kann man all das, was Sie Alternative nennen und hier mit einem verschwenderischen Einsatz von Worten und Gesten vorgetragen haben, auf einen Satz reduzieren. Da sind Sie sich treu. „Privat vor Staat“, und dann alles einfach laufen lassen. Das ist Ihr wirtschaftspolitisches Credo. Wir machen das nicht mit, Kollege Laschet.

Sie wollen weder eine aktive Innovationspolitik noch eine aktive Klimaschutz- oder Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen. Sie wollen weniger Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber höhere Belastungen für junge Eltern und Studierende durch mehr Kitagebühren und die Wiedereinführung der Studiengebühren. Sie stecken noch immer im gesellschaftspolitischen Denken des ausgehenden 20. Jahrhunderts, Herr Kollege Laschet. Was Sie uns hier als Alternative präsentieren, verheißt so viel Zukunft wie ein abgeräumter Kirmesplatz.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die großen Herausforderungen unseres Landes sind der demografische Wandel, die Energiewende, die Ausbildung einer digitalen Wissensökonomie und der Erhalt der Handlungsfähigkeit unserer Kommunen. Wie man diese Herausforderungen angehen muss, dokumentiert der Haushaltsentwurf für das Jahr 2016.

Im Zeitalter der digitalen Wissensökonomie gibt es wirtschaftliche Prosperität und soziale Sicherheit nur in einem Innovationsland. Das Innovationsland Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch eine vorsorgende und vorausschauende Wirtschafts- und Finanzpolitik aus. Dazu gehören vor allem Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, die niemand schaffen würde, wenn sie nicht die öffentliche Hand schafft. Wir bieten Unternehmen, Beschäftigten und Familien hochwertige Dienstleistungen, um Dinge möglich zu machen, die ohne die öffentliche Hand nicht möglich wären.

Auch mit dem Haushalt 2016 investieren wir in die Mobilität von Menschen, Gütern und Daten. Wir fördern Forschung und Technologieentwicklung auf

allen Wissensgebieten und Leitmärkten, die für zukünftiges Wachstum, für Beschäftigung und Fortschritt von herausragender Bedeutung sind. Wir vernetzen Wirtschaft und Wissenschaft, damit besonders kleine und mittelständische Unternehmen mit neuen Technologien innovative und marktreife Produkte und Dienstleistungen entwickeln können.

Wir werden den Mut der privaten Unternehmer auch stärken, indem wir Existenzgründungen anschieben und absichern. Herr Kollege Laschet, wir sind mit der Wirtschaft, mit dem Initiativkreis Ruhr einig. Nordrhein-Westfalen soll das Gründerland Nummer eins werden. Wir machen das gemeinsam.

(Zurufe von der CDU)

Wir machen es gemeinsam mit der Wirtschaft, gemeinsam mit dem Initiativkreis. Deshalb war Klaus Engel, Evonik-Chef und Moderator des Initiativkreises Ruhr, auch auf unserem Wirtschaftsforum. Sie hätten erleben sollen, wie wir die Probleme gemeinsam angehen.

(Zurufe von der CDU)

Vor allen Dingen in einem Punkt unterscheiden wir uns ganz gewaltig von Ihnen. Wir machen das in Nordrhein-Westfalen in der guten Tradition der Sozialpartnerschaft. Wirtschaft, Unternehmensleitungen und Belegschaften, Gewerkschaften und Betriebsräte zusammen werden die Herausforderungen der Zukunft stemmen.

(Zurufe von der CDU)

Sie wollen doch vor allen Dingen Mitbestimmung beseitigen. Wir wollen Mitbestimmung fördern, meine Damen und Herren. Das unterscheidet uns.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Armin Laschet [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir werden die Voraussetzungen für technologische Innovationen, für wirtschaftliche Dynamik und für gesellschaftlichen Fortschritt schaffen.

Wir werden durch unsere Strategie „Digitale Wirtschaft NRW“ die Chancen der Digitalisierung noch besser nutzen. In Nordrhein-Westfalen wird ein regional ausgerichtetes Innovationssystem mit fünf Gründerzentren entstehen. Zudem werden wir ein Beteiligungsprogramm auflegen, um die Anschubfinanzierung und die Wachstumsphasen von Start-ups zu unterstützen. Wir werden ein Förderprogramm „Mittelstandsinitiative Forschungsförderung“ auf den Weg bringen, das mit einem Volumen von 37,5 Millionen € die Kooperation von Start-ups und Mittelstand mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen schnell und unbürokratisch unterstützt.

Lassen Sie mich einen Hinweis zum Ruhrgebiet und zu einer erfolgreichen regionalen Strukturpolitik geben, Herr Kollege Laschet. Wir haben seit vielen Jahren erstmals im Ruhrgebiet höhere Wachstumsraten als im Bundesdurchschnitt. Darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Das ist auch eine Leistung, die wir zusammen mit den Menschen und den Unternehmen geschafft haben.

(Beifall von der SPD)

Ja, wir werden mit dem Programm „HochschulStart-up.NRW“ sicherstellen, dass wissenschaftliche Innovationen aus NRW noch schneller und in deutlich höherer Anzahl zu einer wirtschaftlichen Wertschöpfung bei uns führen. Fast 70 Millionen € stellen wir in den kommenden Jahren dafür bereit.

Wir bleiben ein verlässlicher Partner der Kommunen, im Gegensatz zu Ihrer Zeit. Sie sind dabei gewesen, den kommunalen Kassen im Raubzug 3,5 Milliarden € zu entnehmen. Die Kommunen wissen, dass sie sich auf uns verlassen können. Das neue Gemeindefinanzierungsgesetz wird mit einem Volumen von fast 10 Milliarden € auf ein erneutes Rekordniveau steigen, meine Damen und Herren. Auch das ist eine Leistung, auf die wir stolz sind.

(Beifall von der SPD)

Der Finanzminister hat herausgestellt: Wir erhöhen die Krankenhausbaupauschale um fast 10 % auf 217 Millionen €. Wir stellen noch einmal rund 100 Millionen € zum Abruf weiterer Strukturfondsmittel bereit. Wir legen ein Programm mit 500 Millionen € Volumen zur Sanierung der Universitätskliniken auf. Wir setzen unsere Anstrengungen, kein Kind, kein Talent zurückzulassen, auch beim Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“ konsequent fort. Im nächsten Jahr geschieht das mit einem Volumen von 55 Millionen €. Wir starten eine E-Government-Initiative mit Investitionen von rund 150 Millionen € für mehr Bürgerfreundlichkeit und Effizienz. Nicht zuletzt – das will ich noch einmal herausstellen – werden wir 2016 weitere 10.000 neue Kitaplätze schaffen.

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Koalition unter der Führung von Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin hat 2010 die Regierungsverantwortung übernommen, um Nordrhein-Westfalen zu einem starken Wirtschaftsland im Zeitalter der digitalen Wissensökonomie zu machen, um ein gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem zu schaffen, das mit der Kita beginnt und mit der Hochschule nicht aufhört, und um die Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden wieder zu verbessern, damit diese unseren Bürgern und Bürgerinnen ein lebenswertes Zuhause bieten.

Das sind die drei langen Linien unserer Politik. Zusammen sind sie der Weg, der Nordrhein-Westfalen in eine gute Zukunft führt; denn moderne Wirtschaftspolitik, Herr Kollege Laschet, muss mehr denn je Innovationspolitik sein. Eine moderne und vorausschauende Wirtschaftspolitik ist aber immer auch eine vorbeugende Bildungs- und Sozialpolitik,

eine moderne Familienpolitik und eine Politik für Städte und Gemeinden.

Wenn es stimmt, dass Wirtschaftskraft mehr denn je Innovationskraft voraussetzt, dann müssen wir dafür sorgen, meine Damen und Herren, dass es in Zukunft dem demografischen Wandel zum Trotz noch ausreichend arbeitende Menschen gibt, die für Innovation sorgen, seien es Arbeitnehmer, seien es Selbstständige. Mit jedem Schulabbruch, den wir vermeiden, mit jedem jungen Menschen, dem wir zu einer Ausbildung oder zu einem höheren Bildungsabschluss verhelfen, und mit jeder Mutter und jedem Vater, denen wir die Vereinbarung von Familie und Beruf erleichtern, wird Nordrhein-Westfalen nicht nur gerechter, sondern auch stärker, wirtschaftlich stärker. Das ist unsere Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

In Zukunft werden sich neue Unternehmen nur dort ansiedeln und etablierte Unternehmen nur dort noch investieren,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wo sie Flächen finden! Die finden sie nicht bei uns!)

wo sie eine ausreichende Zahl von Fachkräften finden. Diese Fachkräfte, meine Damen und Herren, werden sie nur in jenen Städten und Gemeinden finden, die ihren Bürgerinnen und Bürgern ein lebenswertes Zuhause bieten. Das ist der Zusammenhang, auf den ich vorhin hingewiesen habe.

Aus allen diesen Gründen haben wir seit 2010 die Investitionen in Wissenschaft und Forschung um sage und schreibe 41 % erhöht. Gemessen an dem, was Sie damals zustande gebracht haben, 41 % mehr!

Nach fünf Jahren Rot-Grün gibt das Land mittlerweile fast jeden dritten Euro für Bildung aus. Allein unsere Investitionen für Kitas und frühkindliche Bildung sind seit 2010 um 66 % gestiegen.

Die fast 10 Milliarden € – ich wiederhole das noch einmal –, die wir 2016 unseren Kommunen über das GFG zukommen lassen, bedeuten ein Plus von 26 % im Vergleich zu 2010.

Auch unsere Investitionen in Landes- und Gemeindestraßen sind in den vergangenen Jahren um 20 % gewachsen. Herr Kollege Laschet, gestatten Sie mir da einen Hinweis zu Verkehrsminister Dobrindt und zu dem, was Sie vorhin wieder völlig faktenfrei dargestellt haben.

(Armin Laschet [CDU]: Was? – Josef Hovenjürgen [CDU]: Bisher ist Ihre Rede völlig frei von Fakten!)

Der IHK-Experte Brendel, überhaupt nicht verdächtig, Sozialdemokrat zu sein, hat in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hingewiesen, dass Herr Dobrindt gar nicht daran vorbeikommen wird, diese 242 Millionen € für nordrhein-westfälische

Bauvorhaben auch tatsächlich nach Nordrhein-Westfalen zu schicken.

Dann wird auch der Zusammenhang klar. Wenn die Finanzierungszusagen endlich da wären, könnte auch sofort mit dem Bau begonnen werden, ohne dass die rechtlichen Auseinandersetzungen noch eine Rolle spielen. Das ist der Zusammenhang, Herr Kollege Laschet.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist kompletter Unfug! – Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und Armin Laschet [CDU])

Aber Sie können noch viel lernen, weil Sie hier ja immer faktenfrei vortragen.

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE] – Armin Laschet [CDU]: Woher kommen denn die anderen 50 %?)

Und weil Sie vorhin versucht haben, uns etwas vorzuhalten: Sie mussten ja inzwischen aufgeben, uns immer wieder vorhalten zu wollen, wir würden die schwarze Null im Jahre 2020 nicht erreichen und die Neuverschuldung bis dahin nicht auf null bringen können. Ich gehe davon aus, dass Sie das auch deshalb immer vorgetragen haben, weil Sie gehofft haben, wir würden es nicht zustande bringen. Jetzt wissen Sie, dass das in jedem Fall geht. Wir werden schon 2019 die Neuverschuldung auf null drücken können. Wir werden das also schaffen.

Deshalb haben Sie das vorsorglich schon mal gesagt. Ich hatte geglaubt, das sei an die Adresse des Bundesfinanzministers gerichtet gewesen. Der will nämlich die aus dem höchststrichterlichen Beschluss resultierenden Einsparungen zum Betreuungsgeld nicht für Familien und für Kinder zur Verfügung stellen, sondern, wie der Parlamentarische Staatssekretär Spahn gesagt hat, zur Kompensation für steigende Ausgaben vor allen Dingen für Flüchtlinge und anderes, Herr Kollege Laschet.

Das war an den Landesfinanzminister falsch adressiert. Sagen Sie dem Bundesfinanzminister, dass er so etwas nicht machen soll. Der soll das Geld dorthin lenken, wo es vernünftig angebracht ist, nämlich zu den Familien und zu den Kindern. Das würde helfen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt kritisieren Sie uns und halten uns andere Länder vor, zum Beispiel auch wieder Sachsen. Ich freue mich ja darüber, dass Sie uns Sachsen immer als Vorbild vorhalten.

(Armin Laschet [CDU]: Sie haben sich doch gefreut, dass die Eltern das Geld kriegen! 100.000 Eltern in Nordrhein-Westfalen!)

Jetzt kritisieren Sie uns dafür, dass wir die Neuverschuldung nicht noch schneller absenken. Sie sagen aber nicht, wie das möglich sein soll, Herr Kollege Laschet, wenn Sie nicht gleichzeitig auf Lehrer, Polizisten und Kitas verzichten, wenn Sie nicht

gleichzeitig auf Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur verzichten. Ich frage Sie einmal: Wie soll das möglich sein? Lassen Sie mich raten. Sie könnten es uns erklären, aber Sie tun es nicht. Die Wahrheit ist doch: Eine schnellere Senkung der Neuverschuldung ohne den Verzicht auf Zukunftsinvestitionen können Sie genauso wenig erklären wie 35 Noten für nur 21 Klausuren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Weil der Kollege Laschet auch kein Kind von Traurigkeit ist, will ich ihn doch wissen lassen, wie sehr ich seinen Einsatz geschätzt habe. Der größte Beitrag, Herr Kollege Laschet, den Sie zur Stärkung des Hochschulstandortes Nordrhein-Westfalen geleistet haben, ist womöglich Ihr Rücktritt vom Amt des Lehrbeauftragten der RWTH Aachen. Der größte Beitrag zur Stärkung des Hochschulstandortes!

(Beifall von der SPD, den PIRATEN und Andrea Asch [GRÜNE] – Unruhe von der CDU)

– Sie müssen das ertragen. Wer Klausuren verliert, Noten an Studierende verteilt, die gar keine Klausur geschrieben haben, und über den ganzen Komplex – das ist doch das Schlimme daran – bis heute nur trickst und täuscht, hat tatsächlich keinerlei hochschulpolitische Kompetenz, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD)

Das zeigt sich ja auch an Ihrer Forderung, die Studiengebühren wieder einzuführen.

(Armin Laschet [CDU]: Ihnen würde man den Lehrauftrag ja gar nicht geben!)

Mal abgesehen davon, dass dieses ein politischer Offenbarungseid ist. Mit dieser Forderung sind Sie selbst in der Union ein Alleinstellungsmerkmal.

(Armin Laschet [CDU]: Lesen Sie nur ab oder reagieren Sie auch auf Ihre Vorredner? – Lutz Lienenkämper [CDU]: In freier Rede soll man hier sprechen!)

Wissen Sie eigentlich, Herr Kollege Laschet, dass Sie aufgrund Ihrer Schlampereien in Aachen in Regress genommen worden wären, wenn wir Studiengebühren wieder eingeführt hätten? Wissen Sie das eigentlich?

(Zurufe von der SPD)

Wie sagte noch eine Ihrer Studentinnen über Sie? Sie sagte, Herr Laschet sei ein sympathischer Chatot.

(Heiterkeit von der SPD)

Ich finde, das beschreibt Ihren Politikstil ziemlich gut.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Als Mitglied einer schwarz-gelben Landesregierung führten Sie ja das G8 ein – unüberlegt, überhastet und voller Fehler. Heute kritisieren Sie uns dafür, dass wir nicht schnell genug das reparieren, was Schwarz-Gelb kaputtgemacht hat.

(Christian Lindner [FDP]: Sie regieren mittlerweile auch fünf Jahre!)

Heute kritisieren uns dafür, dass wir nicht schnell genug das repariert haben, was Sie kaputtgemacht haben. Mal sind Sie für G8, mal dagegen. Opportunistischer, Herr Kollege Laschet, geht es kaum.

(Armin Laschet [CDU]: Was sagt Ihre Stellvertreterin dazu?)

Ich nehme ein anderes Beispiel: Während Sie den Bergleuten im Rheinischen Revier weismachen wollen, Sie stünden auf ihrer Seite, fordert Ihre CDU, Herr Kollege Laschet, man solle im Rahmen der Leitentscheidung zu Garzweiler II auf die Fläche des vierten Abschnittes ganz verzichten. Das wäre das Ende von Garzweiler II. Also lassen Sie es sein, den Bergleuten Sand in die Augen zu streuen! Die glauben Ihnen sowie nicht!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Mit Blick auf Ihre ehemalige Studentin frage ich: Ist das doppelzüngig oder einfach nur chaotisch? – Ich nenne das unseriös.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Ihre Rede ist jedenfalls chaotisch!)

Und unseriös, Herr Kollege Laschet, um nicht zu sagen: dummdreist, ist Ihr Vorwurf, die Ministerpräsidentin würde sich in Berlin zu wenig für die Interessen Nordrhein-Westfalens einsetzen.

(Armin Laschet [CDU]: Ist eigentlich „dummdreist“ zu rügen, Herr Präsident?)

Auf diesen absurden Vorwurf kann man nur kommen, wenn man das Plappern in Talkshows oder das Geschnatter auf Twitter für seriöse Politik hält.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Laschet, wem ist denn das kommunale Investitionspaket des Bundes zu verdanken? – In erster Linie doch der Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Nicht von ungefähr nennt man in Berlin auch und vor allem in den Reihen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Investitionspaket auch das NRW-Paket. Wer hat denn in Berlin dafür gesorgt, dass Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen wird, ohne dass es zu Strukturbrüchen im Rheinischen Revier kommt?

(Armin Laschet [CDU]: Da wollen wir mal schauen! Wer schreibt Ihnen das Zeug auf? –

Beifall von der SPD – Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Das waren Hannelore Kraft und Garrelt Duin.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Laschet, Ihr Anteil an diesem Erfolg ist ein so gut gehütetes Geheimnis, dass noch nicht einmal Ihre Parteifreunde es kennen. Das ist Ihr Anteil an diesem Erfolg.

(Armin Laschet [CDU]: Ich habe Herrn Vassiliadis gelobt!)

Und wer hat dafür gesorgt, dass die Benachteiligung ...

(Armin Laschet [CDU]: Loben Sie ihn einmal!)

– Mit Michael Vassiliadis sind wir Hand in Hand gelaufen, Arm in Arm, weil wir das hinbekommen haben, Herr Kollege Laschet. Ja, Sie müssen mir das nicht erzählen!

(Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Sie loben nur Frau Kraft! Loben Sie beide! – Zurufe von Lutz Lienenkämper [CDU])

Herr Kollege Laschet, ich führe das noch weiter fort: Und wer hat dafür gesorgt, dass die Benachteiligung unseres Landes

(Armin Laschet [CDU]: Römer!)

im Länderfinanzausgleich heute allgemein anerkannt ist?

(Armin Laschet [CDU]: Die Ministerpräsidentin!)

Das waren Hannelore Kraft und Norbert Walter-Borjans, jawohl!

(Lebhafter Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Ja, Jubel, Jubel, Jubel! – Zurufe von Lutz Lienenkämper [CDU])

Herr Kollege Laschet, zu Ihrer Erinnerung will ich das ein wenig auffrischen: Es war doch Ihr stellvertretender Vorsitzender Steffen Kampeter, der die berechtigten Forderungen Nordrhein-Westfalens noch im November letzten Jahres als völlig realitätsfremd bezeichnet hat. Und diese Forderungen sind so „realitätsfremd“, dass sie heute selbst vom Bundesfinanzminister für richtig gehalten werden, meine Damen und Herren. So realitätsfremd sind die!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber ich habe ja vernommen, Herr Kollege Laschet, dass mittlerweile unsere Forderungen nach einem gerechten Länderfinanzausgleich auch Ihre Forderungen sind. Nur, den Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen.

(Armin Laschet [CDU]: Das haben wir hier gemeinsam beschlossen!)

Leider machen Sie, Herr Kollege Laschet, die Interessen Nordrhein-Westfalens immer erst dann zu Ihrer Sache, wenn Sie ansonsten taktische Nachteile befürchten müssten. Und das, Herr Kollege Laschet, lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Armin Laschet [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Sie haben noch Redezeit genug; das können Sie gleich alles sagen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollegen, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Laschet zulassen?

Norbert Römer (SPD): Nein, danke, ich will durchreden. Er hat nachher noch Zeit, zu reden.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Genau das passiert jetzt schon wieder. Ich spreche von der Flüchtlingspolitik, Herr Kollege Laschet, und der fairen Verteilung ihrer Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Wir können uns ja, meine Damen und Herren, ausgiebig mit Leidenschaft und streitig über Wirtschafts-, Finanz- und auch Bildungspolitik hier auseinandersetzen. Aber wenn es gilt, die Interessen unseres Landes und unserer Kommunen gegenüber dem Bund oder anderen Ländern zu vertreten, dann sollten wir, meine Damen und Herren, beieinanderstehen. Zumindest in der Flüchtlingspolitik sollte ein solcher Konsens doch möglich sein. Es war gestern wohlthuend, wie Herr Stamp für die FDP sich von Ihrem Wortbeitrag abgehoben hat, Herr Kollege Laschet,

(Dietmar Brockes [FDP]: Hoffentlich haben Sie die Kritik auch verstanden, Herr Kollege?)

weil er selbstverständlich mit uns gemeinsam dafür sorgen will und sorgen wird, dass sich der Bund endlich an diesen Kosten angemessen beteiligt und auch seiner Verantwortung nachkommt. Ich habe das als angenehm empfunden. Bei Ihnen habe ich das vermisst, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber Sie haben sich ja in den vergangenen Monaten als durchaus lernfähig erwiesen. Sie haben sich in der Diskussion um die Bund-Länder-Finanzbeziehungen jetzt hinter der Position von Hannelore Kraft und Norbert Walter-Borjans versammelt. Das geschah zwar erst, Herr Kollege Laschet, als sich der gestrenge Bundesfinanzminister den klugen Argumenten und dem öffentlichen Druck nicht mehr erwehren konnte. – Geschenk!

Dass Sie bei diesen Prozessen nicht gefragt sind, das müssen Sie in der CDU klären.

Aber hier geht es um Nordrhein-Westfalen. Da sollten Sie zu einer konstruktiven Haltung und einer gemäßigten Rhetorik fähig sein, wenn Ihnen einmal nicht das Herz in die Hose rutscht, weil Sie einmal mehr von Ihren Eskapaden und Affären eingeholt werden. Das wäre ein echter Fortschritt – für Sie, Ihre Partei allemal, auch für unser Land. Ich hoffe, Herr Kollege Laschet, Sie bleiben da lernfähig. – Vielen Dank fürs Zuhören, meine Damen und Herren.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Christian Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Norbert Römer hat den überwiegenden Teil seiner Redezeit darauf verwendet, sich an Armin Laschet abzuarbeiten. Der Kollege Römer hat Armin Laschet jetzt jede wissenschaftspolitische Expertise abgesprochen, weil er Klausuren verloren habe. Herr Römer, wenn Sie diesen Maßstab anlegen, wie bewerten Sie dann eine Wissenschaftsministerin, die Atomkugeln verloren hat?

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Herr Finanzminister, Sie haben in Ihrer Einbringungsrede auf die besondere Situation in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 hingewiesen. Wir sehen auch, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen in einer Sonderlage befindet. Wir können darüber diskutieren, in welchem Umfang sie vielleicht zu Jahresanfang hätte absehbar sein können, aber das würde der Ernsthaftigkeit der Aufgabe, denke ich, nicht gerecht.

Sie können sich sicher sein, dass sich meine Fraktion im Beratungsverfahren in jeder Form konstruktiv einbringen wird und Ihnen auch jede notwendige Flexibilität einräumen wird. Wir stehen auch dazu, dass das Land Nordrhein-Westfalen die Kommunen dabei unterstützt, Menschen in Not Obdach zu bieten und Integration vorzubereiten. Gerade diese Frage der Solidarität mit Flüchtlingen verbietet es, dass man ein Preisschild an sie hängt.

Diese Sonderlage, Herr Finanzminister, entlässt Sie allerdings nicht aus der Verantwortung, die besonders jetzt geforderte Solidarität mit Schwächeren zu verbinden mit maximaler Solidität der Haushaltsführung hier im Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dass wir über Nachträge und gegebenenfalls auch eine höhere Kreditaufnahme sprechen müssen, offenbart ja, wie auf Kante genäht Ihre Finanzplanung ist. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass die

in den letzten Jahren bestehende wirtschaftspolitische Situation keine Garantie für die Zukunft enthält, sondern dass wir Risikopuffer brauchen – jetzt wegen der Flüchtlinge. Wir haben gesehen, was nach dem Börseneinbruch in China passiert ist, welche Auswirkungen er auf Deutschland und auf unsere Aktienmärkte hat. Wer weiß, was noch für unsere exportorientierte Wirtschaft daraus erwächst.

Also spätestens jetzt sollten Sie die großen Aufgaben in der Flüchtlingspolitik als ein Menetekel begreifen, einen grundlegenden finanzpolitischen Richtungswandel einzuleiten.

(Beifall von der FDP)

Das beziehe ich übrigens nicht ausschließlich auf die Finanzpolitik, Frau Ministerpräsidentin. Ihre Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik – ich werde das gleich noch im Einzelnen ausführen – weist große Schwächen auf. Unsere Sorge ist, dass sich angesichts Tausender Menschen, die jetzt nach Nordrhein-Westfalen kommen und integriert werden, erst recht die Defizite in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik zulasten der Schwächsten darstellen werden. Deshalb brauchen wir auch hier einen politischen Wechsel, der endlich die richtigen Prioritäten setzt.

Frau Kraft, es ist der sechste rot-grüne Haushalt, den wir jetzt beraten. Sechsmal steigende Steuereinnahmen, die Ihnen in den Schoß gefallen sind, sechsmal sinkende Zinsausgaben, von denen Sie profitiert haben. Sechsmal haben Sie nichts daraus gemacht, weil Sie sechsmal falsche Schwerpunkte gesetzt haben. Jetzt – im Jahr 2015 – verfügen Sie verglichen mit den Zahlen von 2010 über Haushaltsverbesserungen von 14 Milliarden € gegenüber dem letzten Landeshaushalt, den Helmut Linssen zu verantworten hatte.

Obwohl es Haushaltsverbesserungen in Höhe von 14 Milliarden € gibt, müssen Sie dennoch neue Schulden in Milliardenhöhe machen. Ich werde Ihnen nachweisen, dass das insbesondere mit der Hasenfüßigkeit der SPD gegenüber Ihrem grünen Koalitionspartner zusammenhängt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Schwächen in der konzeptionellen Anlage Ihrer Politik, Frau Ministerpräsidentin, zeigen sich nicht nur im Landeshaushalt, sondern inzwischen ist das nach einem halben Jahrzehnt an vielen Stellen zu beobachten – in den Schulen, bei Straßen und Brücken und am Arbeitsmarkt. Überall dort sieht man nach fünf Jahren Auswirkungen Ihrer falschen Politik in diesem Land, Ihrer falschen Investitionspolitik. Die Wirtschaft schreibt nicht nur ihre Produktionsmittel ab, sondern in zunehmendem Maße schreibt die Industrie den gesamten Standort Nordrhein-Westfalen ab.

Es ist aber in meinen Augen die Kapitulationserklärung Ihrer Landesregierung gewesen, Frau Ministerpräsidentin, dass der Bundestagspräsident das

Ruhrgebiet eine erstarrte Region nennen konnte, ohne dass Ihre Landesregierung auch nur ein einziges Argument dagegen vorbringen konnte.

Bereits in drei Jahren gilt die Schuldenbremse des Grundgesetzes. Trotzdem nehmen Sie jetzt noch 1,5 Milliarden € neue Kredite auf.

(Norbert Römer [SPD]: In drei Jahren!)

– Ja, Herr Römer, in drei Jahren. Wir wollen einmal schauen – das werde ich gleich ausführen –, wie Sie die 1,5 Milliarden €, die Ihnen noch fehlen, erbringen wollen.

Es wird ja ungefähr so sein, wie Sie das in den vergangenen Jahren gemacht haben. Da haben Sie nämlich nicht auf Einsparungen, auf Effizienzsteigerungen gesetzt – siehe die kläglichsten Ergebnisse des Effizienzteams –,

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

sondern darauf, dass Ihnen andere die Kastanien aus dem Feuer geholt haben: die günstige Konjunkturlage. Und Sie haben darauf gesetzt, dass Ihnen beispielsweise die Menschen mehr Geld zur Verfügung stellen, indem Sie die Grunderwerbsteuer erhöht haben oder jetzt versuchen, an der Schraube der Erbschaftsteuer zu drehen.

Sie haben, obwohl die SPD dort mitregiert, immer auf den Bund gezeitigt, wenn es darum ging, für Nordrhein-Westfalen neue Mittel zu bekommen: siehe der Finanzminister in seiner heutigen Rede mit Blick auf die Gelder, die nicht mehr für das Betreuungsgeld aufgewendet werden. Das ständige Zeigen auf andere, Frau Ministerpräsidentin, ist nicht nur einfallslos, sondern auch larmoyant und würdelos, wie es das stolze Land Nordrhein-Westfalen nicht verdient hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn mit einer anderen Politik könnte es Nordrhein-Westfalen – so wie andere auch – aus eigener Kraft schaffen.

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Sie schaffen es ja nicht aus eigener Kraft. Jetzt kommt wieder die Leier mit dem Finanzausgleich. Gerade haben Sie die CDU verantwortlich gemacht. Sie haben Herrn Spahn und den Bundesfinanzminister zitiert und für die gegenwärtige Konstruktion des Bund-Länder-Finanzausgleichs kritisiert.

Rufen wir uns mal Folgendes in Erinnerung! Die SPD hier klagt über einen Länderfinanzausgleich, der im Jahre 2005 auf Initiative von Hans Eichel und Peer Steinbrück beschlossen worden ist. Das ist Ihr eigenes Gesetz.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Defizite im Länderfinanzausgleich sind die Defizite sozialdemokratischer Politik. Sie wollen in der

Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik diese Form der Umverteilung: Geld von Menschen, die sich selber etwas erarbeiten können, hin zum Staat. Im Länderfinanzausgleich, bei dem Sie selber davon betroffen sind, wollen Sie diese Form von Umverteilungspolitik nicht, weil Sie für Ihre eigenen Leistungen gewürdigt werden wollen. Das müssen Sie mir mal erklären, wie das zusammengeht. Den Menschen wollen Sie eine andere Politik aufoktroyieren, als Sie für sich selbst für richtig halten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie rühmen sich, Herr Finanzminister, die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr reduziert zu haben. Da lohnt ein genauerer Blick. Der hochverschuldete Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen ist der breiteren Öffentlichkeit nicht unbedingt als die Cashcow des Landes bekannt. Aber mit einem Federstrich muss der BLB im kommenden Jahr 400 Millionen € ...

(Lachen von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Was lachen Sie? Stimmt das nicht? § 26 Abs. 1 ...

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb will dem Land Nordrhein-Westfalen zusätzliches Geld überweisen! Das ist ja großartig!

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Unter welcher Aufsicht steht der BLB?

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Lieber Herr Finanzminister, wenn der Bau- und Liegenschaftsbetrieb mit 7,6 Milliarden € verschuldet ist und jetzt an das Land Nordrhein-Westfalen Geld überweisen will, wie Sie sagen, damit Sie weniger Kredite aufnehmen, ist das keine solide Finanzpolitik. Das ist Bilanzkosmetik, was Sie da machen.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Das setzt sich ja fort. Das ist der Witz des Tages: Der BLB will an das Land zusätzliches Geld überweisen!

(Heiterkeit von der FDP und der CDU – Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Ja, entschuldigen Sie, Sie können das später noch mal erläutern, in welcher Weise Sie hier argumentieren wollen. Da wird Ihnen bestimmt eine wunderbare Formulierung einfallen. Wir kennen Sie ja; das ist Ihr großes Talent, neue Steuern zu erfinden und immer neue Begründungen für Schulden in

die Welt zu setzen. Ich bin gespannt, was uns da gleich erwartet.

Aber in Wahrheit ist es eine Strategie. Armin Laschet hat das eben mit Blick auf den Pensionsfonds und die Rücklagen für die Altersversorgung der Beamten schon vorgetragen. Das ist doch eine Strategie, dass dort in den nächsten Jahren Geld herausgenommen wird, damit Sie im Haushalt Erleichterungen haben.

Die Enquetekommission hat die Zukunftslasten aufgezeigt. Das beeindruckt Sie allerdings nicht; Sie nehmen stattdessen Geld zurück.

(Zurufe von der SPD)

Das Bemerkenswerteste in diesem Zusammenhang ist – deshalb habe ich gerade Ihr Talent argumentativ hervorgehoben –, wie Sie das immer schaffen, das auf den ersten Blick nachvollziehbar darzustellen. Sie haben Ihre Entscheidung, die Vorsorgeaufwendungen reduzieren zu wollen, in Ihrer Pressemitteilung dazu – leider habe ich sie nicht mitgenommen, sodass ich die Formulierung nur ungefähr wiedergeben kann – damit begründet, Sie machten es so wie die Bayern. – Stimmt doch, oder?

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

Sie machten es sogar noch besser als die Bayern. – Der Unterschied ist nur, Herr Finanzminister, Bayern tilgt Schulden und wird 2030 schuldenfrei sein. Wenn die Bayern Vorsorgeaufwendungen zurückführen, ist das etwas völlig anderes als das, was Sie als hochverschuldetes Land machen.

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

Sie machen es nicht wie Bayern; Sie machen in dieser Frage das Gegenteil von bayerischer Politik und handeln somit unsolid.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ich erlaube mir, einen letzten Aspekt zur allgemeinen finanzpolitischen Lage hinzuzufügen, weil ich glaube, er enthüllt ein Stück von der Mentalität der Regierung Kraft. Ich habe mir aufschreiben lassen, wie sich die Entwicklung Ihrer Staatsausgaben und die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit seit 2010 darstellen. Da sieht man Bemerkenswertes, Herr Finanzminister:

Die NRW-Wirtschaft ist zum Beispiel im letzten Jahr real um 1,3 % gewachsen. Ihre Ausgaben dagegen sind um mehr als das Dreifache – etwa 4,5 % – gestiegen. Das gilt, seit Sie Verantwortung tragen.

Seit Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen Verantwortung trägt, ist der Staatshaushalt in jedem Jahr bedeutend schneller gewachsen als die nordrhein-westfälische Volkswirtschaft. Weniger diplomatisch ausgedrückt: Sie geben das Geld schneller aus, als die Menschen es erwirtschaften können. Das ist das

Grundproblem Ihrer nordrhein-westfälischen Finanzpolitik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Um es für die Grünen zu sagen: Nachhaltigkeit ist nicht nur ein ökologischer Begriff, sondern auch ein finanzpolitischer. Man kann auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben, als zur Verfügung steht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen braucht nach unserer Überzeugung eine haushaltspolitische Wende. Der Staat darf zumindest nicht mehr schneller wachsen als die Wirtschaft, wenn wir auf Dauer seine Handlungsfähigkeit sichern wollen. Das ist die einzige Strategie, die wir haben, um Nordrhein-Westfalen aus der Abhängigkeit von den Kapitalmärkten zu befreien.

Nordrhein-Westfalen muss dazu auch die attraktivsten Investitionsbedingungen in Deutschland schaffen: durch weniger Bürokratie – lediglich ein Beispiel für Bürokratie ist das Tariftreue- und Vergabegegesetz –, neue Flächen, beste Infrastruktur und – wie es auch Norbert Römer mit seiner bemerkenswerten Formulierung „In der digitalen Wissensökonomie gibt es Prosperität und soziale Gerechtigkeit nur in einem Innovationsland“ gesagt hat – Innovationen. Also ich ahne, was Sie meinen. Trotzdem hat der Satz etwas von Lorient.

(Heiterkeit von der FDP und der CDU)

Es geht um Innovation und attraktives Standortmarketing. Das brauchen wir für Nordrhein-Westfalen. Aber wie ist die Realität? Ich habe Frau Schulze eben schon angesprochen. Jetzt will ich sie schonen. Sie hat viel zu tun, sie muss die Umbenennung der Studentenwerke in „Studierendenwerke“ organisieren. Da kann man schon einmal übersehen, dass in Münster ein exzellentes Forschungsinstitut kurz davor steht, nach München umzuziehen. – Genau das ist dann ja auch passiert. Die „FAZ“ hat daraus eine Riesenmeldung gemacht. Frau Ministerpräsidentin, ich muss Ihnen sagen: Ich würde mir sehr wünschen, dass der Journalist Reiner Burger in der „FAZ“ mal wieder eine Erfolgsmeldung über Nordrhein-Westfalen platziert bekommt.

Johannes Remmel lobt mit 800 Millionen € eines der größten Subventionsprogramme für grüne Projekte aus. Das sind – Stichwort „digitale Wissensökonomie“, Herr Römer – zehnmal mehr Mittel, als Sie für den Breitbandausbau zur Verfügung stellen. Es ist ein Symbol, dass diese 800 Millionen € an Subventionen, die Herr Remmel bis 2020 ausgeben darf, finanziell von Herrn Duin verwaltet, aber inhaltlich von Herrn Remmel verantwortet werden. Der Wirtschaftsminister wird also zum Sachbearbeiter von Herrn Remmel kastriert – nach dem Motto: „Wo ein grüner Wille ist, da ist auch Geld.“

Für das Projekt newPark hingegen werden die Hürden in den letzten Jahren systematisch erhöht. Wir sind wieder – wie bei Garzweiler – Zeugen eines

bemerkenswerten Schauspiels geworden: Die Ministerpräsidentin zieht sich in die Rolle der unabhängigen juristischen Prüfstelle zurück. Herr Duin darf dem Projekt newPark rhetorische Girlanden umhängen, und im Verwaltungsapparat zieht Herr Remmel alle Bremsen, die er in Griffweite hat. Für diese Strategie hat Ihr sozialdemokratischer Landrat dort vor Ort ja inzwischen ein neues Wort geprägt. Er spricht von einer „Remmelei“, die sich da ereignet hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eine „Remmelei“ sei das.

Über den konkreten Standort hinaus ist das ein weiteres fatales Signal. Es gilt nicht nur „Wo ein grüner Wille ist, da ist auch Geld“, es gilt auch: Wo kein grüner Wille ist, da ist auch kein Weg. – Das ist eine ganz schlechte Nachricht für Nordrhein-Westfalen und alle, die investitionsbereit sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, wir kennen das schon – das betraf übrigens genau diesen Standort newPark –: Vor ungefähr 15 Jahren suchte BMW bundesweit nach einem neuen Standort. Infrage kamen auch die Rieselfelder dort in der Emscher-Lippe-Region. Dann hat Bärbel Höhn hier im Landtag – ich erinnere mich noch an die Debatten – alle Register gezogen, damit BMW nicht auf die Rieselfelder in der Emscher-Lippe-Region geht und da ein neues Werk aufbaut, sondern dass die woanders hingehen. Heute können Sie in Leipzig sehen, was für ein enormer Treiber das für die Region war und wie viele Tausend Menschen dort Arbeitsplätze gefunden haben. Die hätte es hier in Nordrhein-Westfalen geben können!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Also machen Sie daraus nicht einen Fortsetzungsroman, indem sie den jeweiligen grünen zuständigen Kabinettsmitgliedern die Möglichkeit in die Hand geben, solche Zukunftsprojekte für Nordrhein-Westfalen auf Dauer zu vereiteln.

Im Juli haben wir in der Energiepolitik noch einmal ein echtes Zerwürfnis erlebt. Herr Duin hat die eben auch von Herrn Römer gelobten Beschlüsse der Großen Koalition zur Energiepolitik und insbesondere zur Braunkohle gelobt. Herr Remmel hingegen hat getwittert „Kein guter Tag“, weil der Kohle nicht komplett der Garaus gemacht worden ist.

Ich glaube, dass sowohl Herr Duin als auch Herr Remmel in der Energiepolitik nicht richtig liegen; denn es kann nicht richtig sein, dass wir Strukturbrüche in der Braunkohle nur dadurch verhindern, dass dort wiederum Milliardensubventionen hingelenkt werden. Besser wäre es, eine europäisch eingebettete Energiepolitik zu machen, die weder Subventionen an Erneuerbare noch an die Braunkohle auszahlt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben aber hier jetzt keine energiepolitische Debatte.

Weil ich gerade Herrn Mostofizadeh sehe: Es ist im Zusammenhang mit dem Thema „Braunkohle“ bizarr, Herr Kollege, dass aus den Reihen der Grünen kritisiert wird, dass es Strafanzeigen gegen die Garzweiler-Besetzer gegeben hat. Aus den Reihen der Grünen ist das kritisiert worden: Kohle hätte eh keine Zukunft. Und wie könne es denn sein ...? – Das ist deshalb bemerkenswert, weil ja ihre eigene Parteizentrale im Jahre 2013 von Klimaaktivisten gestürmt worden ist und Sie dann ihre Parteizentrale von der Polizei haben räumen lassen. Es ist schon ein bisschen Heuchelei, wenn das bei der Braunkohle nicht gilt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Naja! – Ich will aber eigentlich auf einen anderen Punkt hinaus, nämlich wie Nordrhein-Westfalen als Wirtschafts- und potenzieller Investitionsstandort wahrgenommen wird. Dieser Zusammenstoß in der Energiepolitik hat ja zu dem legendären – wie soll man sagen? – Wutbrief des Ministers Duin geführt. Herr Duin, Sie müssen mich korrigieren, wenn das jetzt falsch zitiert ist. Herr Duin hat geschrieben:

„Das Gejammer aus großen Teilen der Umwelt-ecke ist ideologisch begründet und verleugnet die Realität. Und so manche Behauptung ist sogar gelogen.“

(Zuruf von der FDP: Stimmt! Da hatte er auch recht!)

Dann haben Sie, wenn ich das richtig zitiere, weiter geschrieben:

Es stelle sich die Frage, ob wir, also Sozialdemokraten und Grüne, die gleichen Vorstellungen von der Gestaltung unseres Landes haben.

Das war der Wutbrief.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das steht nicht drin!)

– Das steht nicht drin? Herr Mostofizadeh, das, was Herr Duin da gemacht hat, ist das Stilmittel der rhetorischen Frage gewesen. Die Koalition hat natürlich offensichtlich nicht dieselben Vorstellungen von der weiteren Entwicklung des Landes. Das Traurige ist nur, dass die SPD bereit ist, die Arbeitsplätze der Zukunft dem Koalitionsfrieden zu opfern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweiter Punkt: Nach dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen geht es nun um die Situation unserer Infrastruktur. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben im März völlig zu Recht zum Investitionsprogramm des Bundes gesagt: Wir müssen dringend mehr investieren, um für die Zukunft vorzusorgen. – Bei dem Ziel stimmen wir alle überein.

Nur, jenseits der Rhetorik müssen wir uns natürlich auch die Realitäten in Ihrem Haushalt ansehen. Der Landesrechnungshof rügt, dass Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014 unter Ihrer Verantwortung die niedrigste Investitionsquote seit 20 Jahren hat. Der Anteil der Landesmittel für Investitionen wird in den nächsten Jahren noch weiter sinken, 2019 auf nur noch 6,5 %. Frau Ministerpräsidentin, Ihre Landesregierung fährt Nordrhein-Westfalen auf Verschleiß.

(Beifall von der FDP)

Der Bundesverkehrsminister hat Herrn Groschek sogar Schlamperei attestiert. Herr Minister Groschek, ich kenne Alexander Dobrindt noch aus unseren gemeinsamen Tagen als Generalsekretäre der Bundesparteien von CSU und FDP. Ich kann Ihnen insofern nur sagen: Ich gönne Ihnen den Kollegen Dobrindt. Dennoch hat er recht. Nordrhein-Westfalen setzt die falschen Prioritäten, wenn Sie trotz mehrfacher Aufforderung – wie er mitteilt – nicht in der Lage sind, baureife Projekte darzustellen. Das hat Gründe.

Ein Grund ist: 2010 haben die Grünen durchgesetzt, dass eine Vielzahl von Projekten nicht mehr weiterverfolgt wird.

Ein Grund ist, dass die grüne Fraktion generell

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

gegen den Straßen- und Brückenbau in Nordrhein-Westfalen mobilisiert.

Ja, natürlich, Herr Mostofizadeh, sagen Sie, das sei nicht so. – Es ist so.

Wir haben gegenwärtig im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2016 mit 32 Millionen € den niedrigsten Ansatz aller Zeiten für Investitionen in die Landesstraßen. Trotzdem ist das Ihrer Fraktion noch zu viel.

Herr Mostofizadeh, Sie müssen doch wissen, was Ihre Kollegen sagen. Der Kollege Klocke lässt sich im „Kölner Stadt-Anzeiger“ mit dem Hinweis zitieren, er fordere eine Halbierung des Etats für Landesstraßen, und stattdessen solle der Radwegbau um 16 Millionen € aufgestockt werden. Das ist ein ideologischer Radwegewahn,

(Beifall von der FDP und der CDU)

der zu Staus auf den Straßen führt.

Die nächste grüne Trophäe im Verkehrsbereich ist doch schon in Reichweite. Ich sage nur: Der Flughafen Düsseldorf will wachsen. Herr Groschek sagt: Na ja, dann müssen wir schauen, ob wir da was ermöglichen können. Die Grünen sind dagegen und erklären: Das brauchen wir nicht. – Und Herr Remmel hat angekündigt, dass er seinen Apparat in die Prüfung des Vorhabens einbringen wird.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Ja, wenn das keine Drohung ist! Da droht die nächste Trophäe. Man muss das wohl als Warnung auffassen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nicht zuletzt, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich weiß ja, was kommt –: Gleich heißt es wieder, bei Straßen.NRW stimmen die Kapazitäten bei der Planung nicht usw. Dann ist die Standardreplik, dass man natürlich auch etwas an private Büros geben kann. Aber Sie hätten natürlich locker fünf Jahre Zeit gehabt, die Defizite bei Straßen.NRW zu beseitigen. Das ist ja nicht Ihr Premierenhaushalt, sondern Sie sind seit einem halben Jahrzehnt verantwortlich.

Aber wie ist die Entwicklung dort? – Straßen.NRW hat seit 2010 166 Stellen abgegeben. Seit 2010, zu Ihrer Verantwortungszeit! Im gleichen Zeitraum hat übrigens Herr Remmel 100 Stellen zusätzlich erhalten. Auch im Haushaltsgesetz 2016 bekommt das LANUV 23 zusätzliche Stellen, während es nur eine einzige neue Stelle bei Straßen.NRW gibt. In der Verkehrspolitik kann man also sagen: Remmel gegen Groschek 23 zu 1, wieder eine Niederlage für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Wir fordern einen Politikwechsel für Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen, eine Verstärkung der Planungskapazitäten, die Nutzung der Mittel, die der Bund bereitstellt, eine Aufstockung auch der Landesmittel für den Straßenbau.

Sie haben ja damals mal die Linkspartei für einen Haushalt zugunsten der Minderheitsregierung einkaufen müssen. Seinerzeit haben Sie auch zweistellige Millionen-Euro-Beträge im ÖPNV für Projekte der Linkspartei bereitgestellt.

Unser Vorschlag ist: Widmen Sie das um, was Sie damals gar nicht aus eigenem Antrieb, sondern nur für die Linkspartei – 30 Millionen € waren es übrigens – an Zahlungen für kommunalen ÖPNV in den Haushalt eingestellt haben. Wir brauchen keine Erinnerung an die Linkspartei im Landeshaushalt. Das Geld ist in einem Sonderprogramm Landesstraßenbau besser aufgehoben.

(Beifall von der FDP)

Dritter Punkt: Um 11 Uhr wurde gerade der Bildungsmonitor für dieses Jahr vorgestellt, der die Länder rankt. Herr Römer hat eben dargestellt, eine lange Linie der nordrhein-westfälischen Landespolitik sei das, was die Ministerpräsidentin „Kein Kind zurücklassen“ nennt. Fünf Jahre, ein halbes Jahrzehnt, regieren Sie. Das Ergebnis ist: Bei der Bildungsarmut, Frau Ministerpräsidentin, steht Nordrhein-Westfalen jetzt auf dem 13. Platz. Nur die Stadtstaaten sind noch schlechter als Nordrhein-Westfalen.

Statt immer neue Verteilungsdebatten gegen reiche Erben zu organisieren, unseren Mittelstand beispielsweise, sollten Sie sich den eigentlichen sozialpolitischen Fragen widmen. Die liegen darin begründet, dass in Nordrhein-Westfalen im Jahr fünf Rot-Grün immer noch jeder 20. Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss verlässt. Das ist der Skandal,

(Beifall von der FDP und der CDU)

nämlich die Ungleichverteilung von Chancen.

Ihre Schulpolitik, Frau Löhrmann, ist eine einzige Großbaustelle. Es ist nichts abgeschlossen. Es droht überall der Bauabbruch, zum Beispiel in der Inklusion.

„Quatsch“, sagt Frau Löhrmann. Wo leben Sie? Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung läuft alles andere als reibungslos.

(Armin Laschet [CDU]: Selbst die Gesamtschulen klagen!)

– Selbst die Gesamtschulen klagen. 52 Städte haben inzwischen Klage erhoben, weil sie die Landesmittel für die Inklusion als nicht ausreichend empfinden. So viel zur Haltbarkeit Ihres damals hier verkündeten Kompromisses. Jetzt wird schon dagegen geklagt.

Man kann unter dem Strich sagen: Aus dem sinnvollen Ziel der Inklusion haben Sie eine strukturelle Gefährdung des Kindeswohls gemacht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Baustelle Schulfrieden: Viele Gymnasien haben bereits Konzepte entwickelt, um mit der Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges pädagogisch sinnvoll umzugehen. Wenn es jetzt in der Praxis dennoch Probleme gibt, Frau Löhrmann, hängen die überwiegend nicht mit G8 im engeren Sinne zusammen, sondern damit, dass die Gymnasien bei der Versorgung mit Fachlehrern, bei der Klassenfrequenz und beim systematisch ausgebauten Ganztag benachteiligt wurden.

Sie sagen schon wieder: „Quatsch.“ Sie sagen, es stimmte nicht, was wir über das, was Sie in den letzten fünf Jahren getan haben, sagen. – Wir haben doch vom Landesrechnungshof die Zahlen bekommen, Frau Löhrmann: 71 % der Schüler am Gymnasium können aufgrund der Unterversorgung bei den Lehrerstellen nicht einmal die Pflichtstundenzahl laut Stundenplan erhalten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Genau diese strukturelle Benachteiligung des Gymnasiums führt dazu, dass von den Eltern, den Lehrern und teilweise auch von den Schülern G8 als das Problem erachtet wird. Das eigentliche Problem ist aber nicht die Verkürzung des Bildungsganges bis zum Abitur, sondern die Benachteiligung durch Ihre Politik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben Sie eindringlich davor gewarnt, Frau Löhrmann. Wir haben darauf hingewiesen, dass es hier ein Problem gibt, weil sich das Gymnasium aufgrund der steigenden Schülerzahlen und der größeren Heterogenität der Lerngruppen in einem Wandel befindet. Es bedarf also auch einer Binnendifferenzierung; es gibt nicht mehr das Gymnasium wie vor 30 Jahren.

Wir haben Sie davor gewarnt, die 2.000 Stellen, die durch G8 wegfallen, komplett einzusparen. Wir haben hier beantragt, dass Sie mindestens 627 Stellen – also eine zusätzlich für jedes Gymnasium – erhalten. Sie haben aber die 2.000 Stellen, die Sie durch G8 eingespart haben, bis auf den letzten Mann, die letzte Frau einkassiert. Deutlicher kann man nicht zeigen, was man vom Gymnasium hält.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen einen Stärkungspakt für Gymnasien und Realschulen. Für diese haben Sie nichts übrig; das wurde bei der Jahresauftaktpressekonferenz überdeutlich, Frau Löhrmann.

Gelobt haben Sie, dass es seit 2010 schon 220 neue Schulen des längeren gemeinsamen Lernens gäbe. Liebe Kollegen von der CDU, hören Sie genau hin, was unter „Schulfrieden“ verstanden wird, nämlich 220 neue Schulen des längeren gemeinsamen Lernens. – Das ist auch Ihr Schulfrieden.

Jetzt könnte man erwarten, dass die Landesregierung wenigstens bei den Ergebnissen ihrer Schulpolitik für Transparenz und Vergleichbarkeit sorgt, Frau Löhrmann. Sie haben eben, als wir auf der Ebene von Zwischenrufen einen kurzen Disput hatten, gesagt, Sie als Grüne seien in der Lage, auch Fehler einzugestehen, wenn es Probleme gäbe. Das spricht für mich dafür, dass Sie durchaus bereit sind, für Transparenz zu sorgen.

Insbesondere aus Baden-Württemberg hören wir – Herr Remmel, mit Ihnen bin ich leider schon „fertig“ –, dass es bei den dortigen Gemeinschaftsschulen erhebliche Probleme gibt. In der „FAZ“ heißt es, gemäß einer unter Verschluss gehaltenen wissenschaftlichen Begleitforschung – Achtung – würden die Lernzeiten nicht effektiv genutzt, die Lehrer hätten keinen Überblick, die Leistungsbeurteilung sei fragwürdig, leistungsstärkere Schüler würden nicht ausreichend individuell gefördert usw. usf. – Das lässt doch aufhorchen.

Wie ist die Lage in Nordrhein-Westfalen? Was gibt es dazu zu sagen? Was aber machen Sie, Frau Löhrmann? – Es wird eine neue Kategorie eingeführt. Die Kategorie heißt jetzt: Schulen des längeren gemeinsamen Lernens.

Auch am Montag, als Sie Ergebnisse vorgestellt haben, wurden alle Schulen des längeren gemeinsamen Lernens in einen Topf geworfen, egal welche. Frau Löhrmann, ich fordere Sie auf: Zeigen Sie

uns schulformscharf, am besten noch schulscharf die Ergebnisse der Evaluation der Leistungen, weil wir sonst den Eindruck haben, dass Sie etwas vertuschen wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wollen einen echten Schulfrieden. Wenn ich hier für die Gymnasien spreche, dann nicht, weil ich Privilegien für Gymnasien und Realschulen möchte ...

(Unruhe – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von Michele Marsching [PIRATEN])

– Nein, Herr Mostofizadeh. – Nein, Herr Marsching. Da waren Sie noch gar nicht dabei. Zu unserer Verantwortungszeit ...

(Zurufe)

– Machen Sie einmal den Versuch, sich von Fakten beeindrucken zu lassen.

(Lachen)

Zwischen 2005 und 2010 hat die frühere schwarz-gelbe Landesregierung 8.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, und zwar für alle Schulformen, weil wir Ihr selektives Gerechtigkeitsverständnis nicht teilen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Man müsste noch einiges über die Innenpolitik dieser Landesregierung sagen; denn auch dort verliert sich die rot-grüne Koalition im Klein-Klein. Herr Jäger gewinnt zwar viele Titel für Nordrhein-Westfalen, aber Bonn ist Einbruchshauptstadt, Köln ist gefährlicher als Berlin, NRW ist das Paradies der Einbrecher.

Was ist die Antwort darauf? – Aktionsprogramme, Blitzmarathon. Sie warnen die Menschen nach dem Motto „Augen auf und Taschen zu“ vor Taschendiebstählen, „Riegel vor!“ bei Diebstählen. Jetzt fehlt noch, dass Sie den Bürgern in Duisburg-Marxloh empfehlen, nachts das Haus nicht zu verlassen. – Herr Jäger, das kann doch nicht die Antwort unseres Rechtsstaates sein.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es kann doch keine Antwort sein, mit aktionistischer PR über reale Defizite – 51 % Steigerung bei der Einbruchskriminalität seit 2010 – hinwegzutäuschen.

Ich mache Ihnen einen konkreten Vorschlag: Sparen Sie die Stunden für die Blitzmarathons komplett ein und führen stattdessen nachts an Autobahnauffahrten systematisch Kontrollen der Leute durch, die aus Wohngebieten wegfahren, um zu schauen, wer möglicherweise Diebesgut im Kofferraum hat. Damit würden Sie einen Beitrag zu mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen leisten.

(Beifall von der FDP – Zurufe von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, die Frau Ministerpräsidentin sieht sich außerstande, der Öffentlichkeit zumindest einmal im Monat in Form unserer Landespressekonferenz Rede und Antwort zu stehen. Was woanders im Wochenrhythmus möglich ist, das kann Frau Kraft noch nicht mal einmal im Monat, weil sie angeblich so viel zu tun hätte. – Frau Ministerpräsidentin, ich glaube, das hat einen anderen Grund. Das zeigt nicht nur Ihr defensives Verständnis von Politik, sondern auch, dass Sie eigentlich keine politischen Projekte mehr vorhaben, über die Sie Auskunft geben können.

Wir haben in der Sommerpause gelernt, dass Sie die Kölner Rheinbrücken nicht mehr befahren dürfen, weil Ihr Dienstwagen zu schwer sei. Man würde sich wünschen, dass Sie die Rheinbrücken wegen Ihres eigenen politischen Gewichts nicht befahren dürften.

(Heiterkeit von der FDP)

Aber das große Schwergewicht in Ihrem Kabinett sitzt leider hier drüben, bei Herrn Rimmel. Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen wird erst wieder etwas besser, wenn es grundlegend anders wird.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lindner. – Als nächster Redner ist nun Herr Mostofizadeh, der Fraktionsvorsitzende der Grünen, am Pult.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss sich nach der Rede von Herrn Lindner schon fragen, was im Jahre 2010 passiert ist, warum diese „fulminante“ Regierung abgewählt worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Römer [SPD])

Ich will nur auf zwei Punkte eingehen, die Herr Lindner vorgetragen hat: Herr Lindner, es ist falsch, wie Sie das Zustandekommen des Länderfinanzausgleichs beschreiben. Das habe ich schon einmal gesagt. Vielleicht sollten Sie einmal zuhören; das könnte weiterbilden.

(Christian Lindner [FDP]: Sagen Sie mal, wie es war!)

– 2005 ist das Maßstäbengesetz erneuert worden und nicht grundsätzlich der Länderfinanzausgleich auf neue Füße gestellt worden.

(Christian Lindner [FDP]: Das Maßstäbengesetz ist vorher gekommen!)

– Der Länderfinanzausgleich ist bereits in den 90er-Jahren in den Grundstrukturen ausgearbeitet worden. Er ist nicht neu verändert worden.

Fakt ist allerdings, Herr Kollege, dass im Jahre 2019 sowohl Korb I als auch Korb II auslaufen werden. Insofern ist in jedem Fall eine grundlegende Reform erforderlich. Deswegen müssen die Ministerpräsidentin und der Finanzminister Nordrhein-Westfalen in der Finanzministerkonferenz und auf Bundesebene entsprechend aufstellen.

Anders als die CDU-Fraktion ist die FDP leider die einzige ernst zu nehmende Fraktion, die sich dem Beschluss Nordrhein-Westfalens, nämlich den Umsatzsteuervorwegausgleich endlich infrage zu stellen, angeschlossen hat. Das ist Ihr persönliches Problem.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Frage, welches Weltbild Sie offensichtlich von uns haben. In welcher peinlichen Form Sie teilweise mit dem Kollegen Rimmel umgehen, will ich jetzt im Raum stehen lassen, weil der Kollege selbst in der Lage ist, das intensiv zu bearbeiten. Aber dass Sie tatsächlich in diesem Landtag ein Weltbild verbreiten wollen, dass die Grünen quasi mit Strickpullis und Bärten durch die Gegend liefen und in einer radfahrenden Ideologiefalle saßen, das ist Ihr ganz persönliches Problem.

(Christian Lindner [FDP]: Ich habe mich nicht einmal über Ihre Kleidung geäußert!)

– Wollen Sie gerade unter die Gürtellinie oder kurz zuhören?

Die Ministerpräsidentin hat mir in der Tat am Freitag symbolisch einen Strickkorb geschenkt. Dafür möchte ich mich im Nachhinein noch ganz herzlich bedanken. Ich werde jetzt auch versuchen, das Stricken zu lernen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber Fakt ist: Herr Klocke hat im „Kölner Stadt-Anzeiger“ auf einen ganz wichtigen Zusammenhang hingewiesen. Sie haben wieder bewusst ein Wort ausgelassen. Es ging nicht darum, Radverkehrsmittel zulasten der Straßenbaumittel insgesamt infrage zu stellen, sondern es geht um Folgendes:

Sie haben uns vorgeworfen, wir wären gegen Brückenbau und Straßenbau. Das ist schlicht falsch. Die grüne Fraktion ist zusammen mit den Sozialdemokraten unterwegs, den Grundfehler deutscher Politik, neue Straßen zu bauen, bevor die alten in Ordnung gebracht werden, auf den Kopf zu stellen. Das ist der richtige Weg, und das machen wir auch. Dazu stehe ich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Fahren Sie mal mit dem Auto oder besser noch mit einem Lkw auf der Sauerlandlinie. Das werden Sie in den nächsten Jahren nicht mehr tun können, wenn Herr Dobrindt in Bayern und im Bund weiter so wütet wie im Moment.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Um eines hinzuzufügen: Ja, wir brauchen mehr Radbaumittel, weil die Radwegeverbindungen im Ruhrgebiet – anders, als Sie es suggerieren wollen – beispielsweise ein Innovationsfaktor sind. Im Gegensatz zur FDP haben das alle anderen Parteien, auch die CDU, bereits begriffen. Nur Sie machen hier wieder Ideologieschauspiele – FDP wie in alten Zeiten!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Kollege Laschet hat der Landesregierung vorgeworfen, sie würde ihre Hausaufgaben nicht machen. Bei der Beurteilung dieses Vorgangs nehme ich einmal auch die mündliche Beteiligung hinzu, wie es einige Lehrbeauftragte tun. Aber selbst da konnte ich in der heutigen Debatte keinen Vorschlag von der Opposition erkennen.

Doch, einen Vorschlag hat Herr Lindner unterbreitet. Als einzige Veränderung der Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen hat er tatsächlich vorgeschlagen, dass die Polizisten statt Blitzmarathons durchzuführen jetzt auf der Autobahn kontrollieren sollen, ob Lastwagen mit Diebesgut wegfahren. Das ist die Umkehr in der Wirtschaftspolitik Nordrhein-Westfalens. – Guten Morgen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch einen Punkt möchte ich in dem Zusammenhang ansprechen, das Thema „newPark“.

(Dietmar Brockes [FDP]: Den Witz haben die eigenen Leute nicht verstanden!)

– Herr Brockes, dass Sie das nicht verstehen, mag sein.

(Minister Johannes Remmel: Ich habe es auch verstanden! Ich fand es gut!)

Zum Thema „newPark“ nur so viel: Dass Herr Laschet hier sagt, ein Ministerpräsident – das waren seine Worte – müsse zunächst einmal vorgeben, in welche Richtung es geht, und dann müssten die Genehmigungsbehörden die Genehmigung in diese Richtung auslegen, das finde ich schon ein starkes Stück, was die Rechtsstaatsgläubigkeit Ihres Fraktionsvorsitzenden betrifft.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Eins kann ich Ihnen versprechen: Das Problem, dass sich ein Ministerpräsident diese Frage vorhalten muss, wird sich auf absehbare Zeit in Nordrhein-Westfalen nicht stellen, weil wir eine Ministerpräsidentin haben, die hier noch etliche Jahre regieren wird.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Weil Sie – das möchte ich auch am Anfang noch wegräumen – vom Gegensatz der Braunkohle und

der Erneuerbaren gesprochen und erklärt haben, die Grünen würden als Schwergewicht in dieser Landesregierung die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens blockieren, nenne ich Ihnen einmal zwei Zahlen:

Bei der Braunkohle sind wir in Nordrhein-Westfalen, selbst wenn wir die Zulieferbetriebe hinzunehmen – da bin ich ganz großzügig – vielleicht bei 10.000, vielleicht bei 12.000 Arbeitsplätzen. Auch um die müssen wir uns kümmern, um gar keine Missverständnisse aufkommen zu lassen.

Bei den Erneuerbaren haben wir in Nordrhein-Westfalen jetzt schon 32.000 bis 50.000 Arbeitsplätze. Tun Sie nicht so, als wenn das ein Gegensatz wäre. Wir müssen uns um beide Bereiche kümmern. Wir sind Innovationsmotor, was die Erneuerbaren anbetrifft. Darum geht es.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Innovationsbremse!)

Ich hatte ja überlegt: Wie werden Herr Laschet und Herr Lindner ihre Haushaltsstrategien anlegen? Ich habe gedacht, dass Sie wahrscheinlich wieder auf die alten Muster kommen werden, und Sie haben mich nicht enttäuscht. Auf der einen Seite haben Sie das Land schlechtgeredet, auf der anderen Seite sind Sie jeden Vorschlag schuldig geblieben.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Zu Ihrer Vorhaltung, was die allgemeine Haushaltslage des Landes betrifft: Zugestanden, wir haben 14 Milliarden € mehr Steuereinnahmen. Wir haben eine gute Zinsentwicklung. Das ist alles in Ordnung.

Und jetzt Ihre Vorschläge: Heute kamen keine. Dann schaue ich mir einmal die an, die Sie in der Vergangenheit gemacht haben. Sie haben – CDU- und FDP-Vorschlag waren gleich – 20 % auf alles vorgeschlagen – außer auf Tiernahrung.

(Heiterkeit)

Das heißt, 20 % Kürzung in allen Förderbereichen, also 20 % Kürzung bei der offenen Ganztagschule, 20 % Kürzung im Kulturbereich, 20 % Kürzung bei den Sportfördermitteln, und so könnte ich fortfahren.

Jetzt wollen Sie nichts mehr davon wissen. Erst waren die Kommunen bei der Kürzung mit drin, jetzt sind sie wieder draußen.

Dann wollten Sie 10 % pauschal beim Personal kürzen. Dieser Irrsinnsvorschlag ist mittlerweile auch Geschichte.

Dann wollten Sie das Steuerabkommen mit der Schweiz durch den Bundesrat bringen, und NRW sollte zustimmen. 569 Millionen € zusätzliche strukturelle Steuereinnahmen haben Sie aufgeschrieben. Tatsache ist, das Steuerabkommen mit der Schweiz ist nicht gekommen. Das Land Nordrhein-Westfalen alleine hat zusätzliche Einnahmen im Milliardenbe-

reich generiert. Gott sei Dank ist Ihr Vorschlag in Nordrhein-Westfalen nicht durchgekommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann zum Bildungsbereich: Thema „Betreuungsgeld“. Es ist aus meiner Sicht ein Skandal, wenn ausgerechnet das Bundesfinanzministerium erklärt, dass das Betreuungsgeld, das den Kindern und Eltern zur Verfügung gestellt werden sollte, nun in Haushaltslöchern des Bundes versickern soll. Das können Sie doch nicht ernsthaft auch noch gutheißen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es wäre ein Fortschritt, wenn die entstandene „Laschet-Lücke“ in der Kitabetreuung jetzt durch echtes „Spahn-Geld“ aus dem Bund ersetzt werden könnte.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der Zickzackkurs – der eine CDU-Mann sagt dieses, der andere jenes – zieht sich wie ein roter Faden durch Ihre Politik.

Ich nehme das eben angesprochene Beispiel von Herrn Lammert: Herr Lammert hat beklagt, das Ruhrgebiet bekäme zu viele Fördermittel. Das will ich einmal so stehen lassen.

Der Bundestagsabgeordnete Wittke läuft durch die Gegend und sagt mit Blick auf das Kommunalinvestitionsfördergesetz, es sei ein Skandal, dass Nordrhein-Westfalen jetzt dem Vorschlag der Landesregierung folge und keine Sonderförderung für Städte mit besonders hohen Kassenkrediten vornehmen würde. Da müssen Sie sich schon entscheiden: Mehr Lammert oder mehr Wittke?

Ich empfehle Ihnen: Nehmen Sie weder den einen noch den anderen. Denn Herr Lammert hat auch nicht recht. Das Ruhrgebiet hat, wie viele andere Städte auch, unter der Arbeit des Bundes zu leiden. Der Bund ist nicht bereit, die Kosten der Eingliederung zu übernehmen, obwohl dies 2013 im Koalitionsvertrag versprochen wurde. Darüber redet heute niemand mehr, aber wir warten.

Gestern haben wir dem 12-Punkte-Papier der CDU/CSU entnommen: Bis Sonntag wollen CDU und CSU nicht mitteilen, mit welcher Summe die Kommunen entlastet werden sollen. Es ist doch Betrug an den Städten und Gemeinden, was da abläuft!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann haben Sie in einer zweiten Phase Ihrer Vorschläge gesagt: Gut, das mit der Haushaltskonsolidierung hat nicht verfangen; jetzt spielen wir mal „Wünsch dir was im Himmelreich“.

Ich zähle nur einmal kursorisch auf, was Sie alles aufgetischt haben: Sie wollten 760 Millionen € mehr für die Besoldung von Personal ausgeben, 400 Millionen € für die Abschaffung der kalten Progression, 90 Millionen € für den Stärkungspakt, 1 Milliarde €

für die Absenkung der Grunderwerbsteuer, 250 bis 400 Millionen € – mittlerweile kann man wahrscheinlich von 600 Millionen € ausgehen – für die Inklusion. Der Kulturetat soll verdoppelt werden; das wären 100 Millionen €. Der Unterrichtsausfall ist eben noch einmal von Herrn Lindner angesprochen worden. Dafür sollen 3.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden; das macht 200 Millionen €.

In den Einzeletatberatungen stand dann noch: mehr Straßenbaumittel, mehr für den Hochwasserschutz, mehr Geld für den Sport, mehr Geld für die Kommunen, mehr Geld für die Flüchtlinge, mehr Geld für die Eine-Welt-Politik, mehr Geld für die Polizei usw. usf. Das ist der klare Kompass von FDP und CDU in diesem Landtag.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Gestern haben wir eine teilweise emotionale Auseinandersetzung über die Flüchtlingspolitik geführt, und ich hätte nicht gedacht, dass ich so schnell recht bekomme würde, was meine Einschätzung der ideologischen Grundlagen der CDU in Deutschland angeht.

Ich war erschüttert, als Herr Körfges das Zitat von Herrn Krings vorgelesen hat. Da habe ich noch gedacht: Na ja, Günter Krings ist vielleicht ein besonderer Scharfmacher in der CDU. – Aber die Position von Krings ist nicht mehr nur die Position von Krings, sondern die Position von CDU und CSU in Deutschland.

Dieser Krings sagt, dass die Gesundheitskarte, die wir in Nordrhein-Westfalen eingeführt haben, ein Anreiz für die Menschen sei, hierherzukommen, und diesen Anreiz müssten wir beenden. Wir müssten jetzt also dafür sorgen, dass nicht nur die Menschen schlechter behandelt werden, sondern dass in unseren Kommunen weiterhin Chaos bei der Gesundheitsversorgung herrscht. Das ist die Position von CDU und CSU in Deutschland. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren!

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Michele Marsching [PIRATEN])

Auch bei solchen Nickeligkeiten wie der Wiedereinführung der Residenzpflicht als Konzept für die Bearbeitung der Flüchtlingsfragen frage ich: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo sind wir denn, dass Sie das hier ernsthaft vortragen?

Kümmern Sie sich doch um die Punkte, die wir gestern diskutiert haben: Beschleunigen Sie die Asylverfahren. Sorgen Sie dafür, dass die Arbeits-schranken für Migrantinnen und Migranten und für Flüchtlinge wegfallen. Dann würden wir Fortschritte verzeichnen. Es ist doch eine abenteuerliche 70er-Jahre-Politik, die Sie uns hier auftischen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir nach Ungarn schauen, wo die Menschen die Züge stürmen, weil sie Angst haben, dass die

Grenzen komplett dichtgemacht werden könnten, dann frage ich mich wirklich, was der Vorschlag bringen soll, die Visapflicht wieder einzuführen. Glauben Sie ernsthaft, dass im Bahnhof in Budapest die Visa kontrolliert werden, während die Leute mit Stöcken aufeinander einschlagen? Das ist doch nicht Ihr Ernst, was Sie hier abliefern!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will es noch einmal in Erinnerung rufen – wir haben konkret darauf reagiert, aber von Ihnen kam kein Wort dazu –: noch 2015 600 Millionen € zusätzlich für die Flüchtlingsunterstützung, 2.625 zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen, 400 Beamtinnen und Beamte für die Registrierung, 250 Polizistinnen und Polizisten sowie eine klare Entlastung der Kommunen. Das ist ein sinnvolles Paket. Sie haben keine Vorschläge. Sie machen Restriktionspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Finanzminister hat darauf hingewiesen – ich will es noch einmal wiederholen –: Die Entwicklung der Nettoneuverschuldung ist von 6,6 Milliarden € in 2010 auf 1,9 Milliarden € in diesem Jahr zurückgegangen; für das nächste Jahr sind 1,5 Milliarden € geplant. In der mittelfristigen Finanzplanung gehen wir von einer quasi schwarzen Null im Jahr 2019 aus.

Das sind gute Zahlen, das ist eine positive Entwicklung. Das ist uns gelungen, obwohl und weil wir die Politik der Prävention damit verknüpft haben. Das ist eine solide Haushalts- und Finanzpolitik.

Wir haben bei der Kitabetreuung hervorragende Erfolge erzielt. 2015 und 2016 haben wir allein 161.500 U3-Plätze zu verzeichnen. Das ist ein Anstieg um 82 % gegenüber 2010. Bis Ende 2015 werden wir dort 1,2 Milliarden € investieren. Das ist ein echter Quantensprung bei der Kinderbetreuung im U3-Bereich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Weil Herr Lindner es eben angesprochen hat: Wir haben bei der Regierungsübernahme 1.500 Stellen ausfinanzieren müssen, die Sie schlicht vergessen und mit denen Sie Haushaltskonsolidierung betrieben haben. Weitere 9.500 Stellen sind aus demografischen Effekten hinzugekommen. Allein 11.000 Stellen zusätzlich im Schulbereich: Das sind echte Erfolge, die hier zu beschreiben sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, lassen Sie sich den Schulkonsens von der FDP nicht madig reden. Es ist gut, Sie an dieser Stelle an unserer Seite zu haben. Lassen Sie ihn uns vernünftig weiterführen und nicht madig reden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Christof Rasche [FDP]: Da würde ich jetzt nachdenken!)

Diese Politik hat auch Folgen. Zuletzt konnte man sehen, dass aus der Schullandschaft NRW die beste Schule Deutschlands kommt, nämlich die Gesamtschule Wuppertal-Barmen: eine Gesamtschule, der es in exzellenter Weise gelingt, alle Schülerinnen und Schüler zu besseren Leistungen zu führen – wie gesagt, aus Nordrhein-Westfalen.

Weil Herr Lindner das vorgetragen hat: Mit 64,5 % liegt unser Bundesland bei der Anzahl der jungen Menschen, die zur Hochschulreife geführt werden können, auf Platz 2 und nicht auf Platz 13, wie er hier behauptet hat.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Finanzierung in Bildung und Innovation, und nicht das Nachheulen über alte Strukturen in der Braunkohle ist die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Hier sind wir führend, und da haben wir wichtige Fortschritte gemacht. Das ist eine Abkehr von der schwarz-gelben Verhinderungspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zuletzt möchte ich zumindest noch einmal darauf hinweisen, dass wir im Bereich der Kommunalfinanzierung erhebliche Fortschritte gemacht haben. Wir investieren allein 4 Milliarden € in den Stärkungspakt. Aus der Grunderwerbsteuer haben die Kommunen seit 2010 über 1,5 Milliarden € zusätzlich vom Land bekommen. Im Einheitslastenausgleichsgesetz haben wir dafür gesorgt, dass über 1 Milliarde € mehr bei den Kommunen ankommt. Das Gemeindefinanzierungsgesetz ist mit 10,5 Milliarden € so stark wie nie. Das ist kein Zufall, sondern die Folge einerseits der guten Entwicklung und andererseits der richtigen Entscheidungen dieser Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen.

Dieses Land wird aus meiner Sicht gut regiert. Es liegt hier ein guter Haushaltsplanentwurf auf dem Tisch. Da die Oppositionsfraktionen heute hier schon eine Generaldebatte angezettelt haben, hätte ich mir gewünscht, dass Vorschläge von ihr gekommen wären, sodass wir sie hätten weiterführen können, und dass Anträge und Grundlinien dieser Opposition erkennbar geworden wären. Das alles habe ich nicht gehört.

Ich freue mich zwar auf die Haushaltsberatungen, die jetzt in den Ausschüssen geführt werden, allerdings muss ich sagen: Ein bisschen mehr Einsatz wäre gut gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Nun spricht für die Piratenfraktion der Fraktionsvorsitzende Herr Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Willkommen, Herr Präsident! Willkommen, Frau Ministerpräsidentin! Willkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Willkommen, liebe Bewohner der digitalen Welt! Willkommen, liebe Flüchtlinge! Willkommen in der Gegenwart, willkommen in der Zukunft und vor allem willkommen in der Realität!

Das ist also Tag eins nach dieser epischen Regierungserklärung gestern zum Thema „Flüchtlinge“, und wir haben gerade vom Finanzminister gehört: Es wird einen Nachtragshaushalt und eine Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2016 geben.

Warum jetzt keine Ergänzungsvorlage vorliegt, hat Norbert Walter-Borjans gerade gesagt. Zum Nachtragshaushalt muss ich aber meckern; denn schon am 18. August 2015 hat unser haushaltspolitischer Sprecher, Dietmar Schulz, diesen Haushalt gefordert, und zwar aufgrund der steigenden Zahl an Asylsuchenden. Die Landesregierung hätte diesen Nachtrag schon lange aufsetzen und somit für die Kommunen hier Planungssicherheit schaffen können.

(Beifall von den PIRATEN)

Dieser dritte Nachtragshaushalt ist aus heutiger Sicht völlig überfällig. Er hätte heute als Erstes auf die Tagesordnung gehört und nicht erst auf die Tagesordnung am Ende des Monats September.

Nur damit das allen hier im Haus klar ist: Diese Verzögerung durch die Landesregierung ist natürlich gewollt. Das hängt damit zusammen, dass man wieder einmal auf Zeit spielt und auf Geld aus dem Bund hofft. Gestern konnte man aber trotzdem mitteilen, wie dieser Nachtragshaushalt ganz genau und detailliert aussehen wird. Das Zitat war: Die Kommunen können sich auf uns verlassen. Nur garantieren können wir leider nichts. – Von daher frage ich: Wo ist der Nachtrag zu diesem Haushalt jetzt, heute, und hier?

(Beifall von den PIRATEN)

Die Landesregierung sitzt auf 2,2 Milliarden € Mehreinnahmen. Die Flüchtlinge bräuchten eigentlich ein festes Dach über dem Kopf und keine Zeltstädte. Lehrer müssten eingestellt werden. Die Kommunen bräuchten Geld, und zwar heute und jetzt.

Frau Ministerpräsidentin, nach Ihren eigenen gestrigen Angaben waren Sie bei Evonik und haben dort nach Unterstützung für die Flüchtlingsarbeit und nach Freiwilligenhilfe gefragt. Herr Finanzminister, ich mache Ihnen kurz einen Vorschlag: Fragen Sie doch einmal bei der Portigon nach, ob es da nicht ein paar hochbezahlte Banker gibt, die Ihnen auch noch helfen wollen.

(Beifall von Dietmar Schulz [PIRATEN])

Ich wiederhole noch einmal, was ich gestern schon gesagt habe: Die Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen rettet der rot-grünen Landesregierung

den Hintern. In diesem Haushalt steckt die Rettung auf jeden Fall nicht drin. Willkommen in der Realität!

(Beifall von den PIRATEN)

Frau Kraft, heißen Sie mit diesem Haushalt auch die Zukunft in unserem Land willkommen? Wir haben gerade nur sehr wenig über wirklich wichtige Zukunftsthemen gehört. Dabei haben Sie noch im Januar hier im Landtag „NRW 4.0“ ausgerufen. Was ist daraus eigentlich geworden?

Wir hatten doch einen netten Urlaub im Neuland und haben ein bisschen darüber geredet, wie das jetzt mit der Digitalisierung ist. War die Presseresonanz da wirklich so schlecht, dass Sie das jetzt schon wieder einstampfen müssen? Wenn ich auf den Haushalt blicke, dann muss ich diese Frage leider mit Ja beantworten.

Denn wie viele Haushaltsmittel stellt die Landesregierung 2016 für die Herausforderungen des digitalen Wandels, der digitalen Revolution, zur Verfügung? – Sechs halbe Lehrerstellen für Informatikkurse an Grundschulen, 1 Million € mehr für Open.NRW, nur rund 5 Millionen € mehr für die digitale Wirtschaft – und das bei einem Gesamthaushalt von 67 Milliarden €.

Sie sagen: MegaBits. MegaHerz. MegaStark. – Ich sage: Das ist einfach nur megaschwach.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn dieser Haushalt ist quasi nur eine Betaversion voller Bugs.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle ein paar Tipps geben bzw. über ein paar Themen reden, von denen wir glauben, dass Sie dort nach Fehlern suchen können. Ich will nicht über newPark reden, auch nicht über „Dobrindt gegen Groschek“, über das Tariftreue- und Vergabegesetz, über Niederlagen am Landesverfassungsgericht, verlorene Klausuren oder falsche Wahlzettel, sondern ich möchte viel lieber auf wichtige Zukunftsthemen eingehen.

Leider ist das Internet für die Landesregierung nur ein Urlaubsziel, eine kurze Werbetour wert. Ich fordere Sie hiermit auf: Kommen Sie bitte im digitalen Zeitalter an. Helfen Sie sich nicht mit Landespresskonferenzen, wo Sie irgendwelche pseudohippen Anglizismen raushauen, die nur noch zum Fremdschämen sind. Wobei: Kamikaze-Konferenzen kann der Wirtschaftsminister gut. Er hat ja diesen Beauftragten Prof. Dr. „Wir committen zu supporten“ Kollmann.

Tun Sie was! Die digitale Welt besteht aus Einsen und Nullen, und wie man nur mit digitalen Nullen im Kabinett arbeiten kann, das ist mir schleierhaft.

(Beifall von den PIRATEN)

Die digitale Revolution ist allumfassend, und das ist diesem Parlament leider immer noch nicht annä-

hernd bewusst. Da reichen keine dubiosen Absichtserklärungen, ein paar Verpflichtungsermächtigungen oder ein kleiner Zuschuss der NRW.BANK. Die digitale Revolution umfasst all unsere Lebensbereiche, sie transformiert gerade unsere Gesellschaft grundlegend, und unsere Aufgabe als Politik ist es, hier Leitplanken zu setzen und diese Revolution mitzugestalten. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, unter denen diese Revolution zum größtmöglichen gesamtgesellschaftlichen Nutzen vollzogen wird. Wir müssen sie zu einer digitalen Revolution für die Menschen in diesem Land machen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich nenne Ihnen ein paar Rahmenbedingungen: Wir brauchen die entsprechende Infrastruktur, wir brauchen eine gesetzliche Sicherstellung der informationellen Selbstbestimmung, wir brauchen eine gleichberechtigte Sicherung der Teilhabe aller Menschen, und wir brauchen eine verbesserte Transparenz von politischen Prozessen.

Und eines sagen wir hier nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal: Wir brauchen endlich eine digitale Daseinsvorsorge für die Menschen in diesem Land.

(Beifall von den PIRATEN)

Doch dieses Ziel braucht Gestaltungswillen. Das geht nur aus einer Hand, das geht nur unter einem Dach, und – wir haben es schon einmal gefordert und fordern es weiterhin – wir brauchen ein eigenes Internetministerium. Denn nur ein Internetministerium kann all diese politischen Handlungsfelder bündeln, sodass wir die digitale Daseinsvorsorge sicherstellen können.

(Beifall von den PIRATEN)

Im Moment sieht es so aus: In allen möglichen Ministerien werden die verschiedensten Themen behandelt oder im schlimmsten Fall leider nicht behandelt. Diese Verteilung der Zuständigkeiten ist einfach nicht zielführend, sie ist nicht praktikabel.

Das beste Beispiel dafür ist die aktuelle Auseinandersetzung im Kabinett. Herr Duin und Herr Groschek streiten jetzt darum: Wie soll der Ausbau der Infrastruktur vollzogen werden? Dem Bürger aber ist es vollkommen egal, ob das eine oder das andere Ressort bezahlt. Wir brauchen jetzt schnelle Glasfaserleitungen, und zwar flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn die Landesregierung unseren Antrag damals umgesetzt hätte, dann wären wir in Deutschland jetzt Vorbild. Vorgestern ist das wohl auch der Ministerpräsidentin klar geworden. Sie hat sich gegen ihren eigenen Parteivorsitzenden gestellt und gesagt: Wir brauchen Glasfaser, wir brauchen keine alte Technologie wie Kupfer. – Zu dieser offensichtlichen Einsicht beglückwünschen wir die Minister-

präsidentin. Aber wir müssen fragen: Wie genau werden Ihre Pläne finanziert? Denn das wollen die Menschen jetzt wissen, und da gilt es zu handeln.

Vor zweieinhalb Jahren haben wir hier einen Antrag eingebracht. Der hieß: „Fahrplan Breitbandausbau für Nordrhein-Westfalen“. Was dann folgte, war ein langer Winterschlaf der Landesregierung, und dieser wurde halbjährlich durch einen Gesprächskreis – einen runden Tisch – unterbrochen. Die zuständigen Minister – Rammel für den ländlichen Raum, Groschek für die Infrastruktur und Duin für die Wirtschaft – ließen sich dabei alle nicht aus der Ruhe bringen und auch nicht in die Karten blicken.

Zweieinhalb Jahre lang haben Sie nicht NRW 4.0 gemacht, sondern „Buddhistische Meditation 4.0“. Ein Internetministerium könnte an dieser Stelle helfen – ich wiederhole es gebetsmühlenartig –, denn das wäre zumindest handlungsfähig gewesen. Ja, das kostet Geld und muss im Haushalt veranschlagt werden. Aber die digitale Revolution zu verschlafen, kostet noch viel mehr Geld und ist umso schlimmer.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Ziel ist dabei ganz einfach. Wir wissen: Die Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche – aber natürlich nur da, wo sie ankommt. Deswegen brauchen wir schnelles Internet, nicht nur in den Städten, sondern flächendeckend im ganzen Land. Glasfaser bis ins Haus ist kein Luxus, sondern die Grundlage für eine moderne, vernetzte Wissensgesellschaft.

Denn während in Deutschland Ausreden vorgebracht werden, sind andere Länder längst viel weiter. In Japan und in Südkorea gehört Glasfaser bis ins Haus zum Standard. In Schweden sind 40 % der Haushalte angeschlossen. In Schleswig-Holstein hat man sich gerade eine Glasfaserstrategie verordnet, und 23 % der Haushalte sind versorgt. Das ist immer noch viel zu wenig, aber in Nordrhein-Westfalen liegt die Ausbauquote bei gerade 7 %, und es gibt eben keine Glasfaserstrategie. Was hieran megastark sein soll, das kann uns die Landesregierung vielleicht gleich noch kurz erklären.

(Beifall von den PIRATEN)

Symptomatisch – ich habe es schon angesprochen – für das Versagen ist hier Verkehrsminister Groschek. Herr Groschek, ich glaube, das Thema haben Sie leider immer noch nicht ganz verstanden. Denn seit Jahren hätten Sie die Leerrohre in die Erde bringen können, Sie hätten sie mitverlegen können. Jetzt kommt heraus, Sie haben es nicht gemacht, frei nach dem Motto: Ich kümmerge mich um den Straßenbau, und das mit diesem Internet soll halt irgendjemand anderes machen. Wenn es jetzt noch mit den Straßen und Brücken klappen würde, wäre es sogar relativ gut.

Die Regierungserklärung war also anscheinend keine Erklärung von der Regierung, sondern wahr-

scheinlich für die Regierung, damit die Minister endlich einmal etwas über Digitalisierung hören. Aber der Erfolg – das kann ich Ihnen leider nur sagen – war mangelhaft.

Jetzt erwidern Sie vielleicht: Bald ist ja die Frequenzauktion, und dann haben wir frisches Geld für den Breitbandausbau, also ist alles gut. – Ich sage Ihnen: Nichts, gar nichts ist gut. Denn die zur Verfügung gestellten Mittel für den Breitbandausbau reichen höchstens für den „Ausbau Light“ durch das sogenannte Vectoring, die Kupfertechnik; und die funktioniert nur, wenn lediglich ein Anbieter auf der Leitung ist und der Wettbewerb ausgeschaltet wird. Da ist es kein Wunder, dass sich die Telekom geradezu großzügig bereit erklärt: Ja, wir machen das.

Was aber alle außer Acht lassen, ist die Tatsache, dass wir in ein paar Jahren wieder vor demselben Problem stehen, trotz Bevorzugung der Telekom. Die Verbindungsgeschwindigkeiten werden wieder nicht ausreichen, sodass wir wieder fördern müssen, und das Land hängt wieder zurück.

Wir Piraten sind gegen eine milliarden schwere Förderung der Telekom mit Vectoring, wir sind gegen eine Remonopolisierung der Netze, wir sind gegen den telekompolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Jochen Ott, und stattdessen für den Sprung in die Gigabitgesellschaft, für die Förderung von kommunalen Glasfasernetzen und für Netze in Bürgerhand.

(Beifall von den PIRATEN)

Glasfaser statt Kupfer – das haben wir seit jeher gesagt, und dazu stehen wir auch heute noch. Wenn wir aber über schnelle Leitungen sprechen, dann müssen wir auch über die Daten sprechen, die da hindurchgehen. Da kann ich nur sagen: Willkommen in der Welt der Überwachung. Denn die Debatte um die Vorratsdatenspeicherung zeigt das Demokratieverständnis der Ministerpräsidentin. Auf Drängen des Innenministers Jäger und auf Geheiß des Parteivorsitzenden wird hier die Vorratsdatenspeicherung durch die SPD in Nordrhein-Westfalen gepeitscht, und zwar ohne Rücksicht auf Verluste.

Wir Piraten mögen zwar in der Öffentlichkeit als debattenfreudig gelten – naja, sagen wir streitfreudig – aber ich sage Ihnen: Wir achten auf unsere innerparteiliche Demokratie. Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben Parteikollegen auf Linie gebracht, haben gedroht, dass sie in Zukunft kein Amt mehr bekleiden würden. Ich bin froh, dass unsere Fraktion nicht unter der Herrschaft einer Frau Kauder steht.

(Beifall von den PIRATEN – Heiterkeit von Armin Laschet [CDU])

Die Grünen machen es sich derweil megaeinfach. Sie behaupten großmäulig, mit ihnen sei die Vorratsdatenspeicherung einfach nicht zu machen. Wenn die Landesregierung im Bundesrat dann aber abstimmen muss, dann ziehen Sie den Schwanz ein, zeigen mit dem Finger auf den großen Koaliti-

onspartner und sagen: Wir müssen das Gesetz im Bundesrat ja passieren lassen, wenn auch durch Enthaltung. Das passt einfach nicht zu Ihrem Verhalten auf Bundesebene, wo Sie immer wieder eindeutig sagen: Mit uns gibt es keine Vorratsdatenspeicherung.

Hier in NRW beugen Sie sich dem Minister für innere Sicherheit, der meint, er könnte mit der Vorratsdatenspeicherung als starker Sicherheitspolitiker auftreten, als jemand, der sich für die Sicherheit der Bevölkerung einsetzt. So wird aus einem sogenannten Sicherheitspolitiker ein Sicherheitsrisiko für unsere Verfassung.

Die höchsten Gerichte Europas kippen dem SPD-Genossen Jäger nacheinander all diese Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung. Auch dieses Gesetz der Großen Koalition wird als verfassungswidrig gekippt werden, und nur Sie – SPD und CDU, die Ewiggestrigen, – halten verzweifelt daran fest.

Ich möchte gar nicht darüber reden, was das die NRW-Internetwirtschaft und die Bürger in diesem Land kostet. Wir wollen nicht den gläsernen Bürger, Frau Kraft, sondern wir wollen den gläsernen Staat. Willkommen, Transparenz.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Seit dem Jahr 2012 drängen wir Sie in Nordrhein-Westfalen, endlich ein Transparenzgesetz auf den Weg zu bringen. Im Jahr 2013 haben wir dazu einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser wurde dann großspurig abgelehnt – den Vorschlägen der Piraten folgt man nicht. Seitdem ist genau nichts passiert. Das sage ich hier übrigens viel zu häufig. Wir haben nun das Jahr 2015, und es liegt nicht einmal den Entwurf eines solchen Gesetzes vor.

Wie man es ansonsten mit der Transparenz hält, sieht man tagtäglich hier im Parlament. Wir verfügen seit einem knappen Jahr endlich über die technischen Möglichkeiten, Ausschusssitzungen zu streamen. Aber Sie, die versammelten Altpapierparteien – SPD, Grüne, CDU und FDP –, haben sofort dafür gesorgt, dass ein Streaming grundsätzlich nicht angeboten wird.

Wir leben doch nicht mehr in einer Zeit, in der die Königin Hof hält und man persönlich zu ihr hingehen muss, um zu erfahren, was im Staat überhaupt geschieht. Wieso wird zum Beispiel von der SPD das Streaming zur Anhörung „Autonomes Fahren“ blockiert? Herr Breuer sagte – und ich frage ihn, ob er das ernst meint –: Ein Streaming hat nicht genügend öffentliches Interesse. Beim Thema „Autonomes Fahren“, eines der Zukunftsthemen, haben wir nicht genügend öffentliches Interesse?

Dazu passt auch, dass die Ministerpräsidentin angeblich einen so vollen Terminkalender hat, dass sie nicht einmal monatlich der Presse Rede und Antwort stehen kann. Das passt nicht in eine mo-

derne Demokratie, das ist mutlos und zeigt Ihre Frucht vor kritischen Fragen. Das ist megaschwach!

(Beifall von den PIRATEN)

Ihr Mauern wird nicht mehr lange funktionieren, denn die Menschen wollen Transparenz von Verwaltung und Politik. Warum gibt es immer noch keinen Entwurf für ein Transparenzgesetz? Die Antwort ist leider so einfach, wie sie frustrierend ist: Die Verantwortung für dieses Gesetz läge im Ressort des Ministers Jägers, und der hat leider mit der Vorratsdatenspeicherung und mit seinen Blitzmarathons genug zu tun, und dem geht die Transparenz leider völlig ab.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Und mit der Unterbringung von Flüchtlingen!)

Das lässt sich immer wieder in den Berichten vom Innenministerium nachlesen, zum Beispiel wenn unverhältnismäßige Polizeieinsätze „kritisch aufgeklärt“ werden.

Herr Minister Jäger, Sie wissen, es gibt zahlreiche Baustellen in Ihrem Ressort, die drängen. Reden wir beispielsweise über das Thema „Datensicherheit“. Das wird nur stiefmütterlich behandelt, da passiert – oh, ich muss mich wiederholen – schlichtweg gar nichts. Da wird Geld gespart, statt Investitionen für die Sicherheit der Bevölkerung zu tätigen.

Von 2006 bis 2013 diskutierte die Landesregierung darüber, ob wir einen obersten Experten für die IT-Sicherheit in diesem Land brauchen. Die Frage dümpelte auch in der Regierungszeit von CDU und FDP vor sich hin. Dann kommt im Jahr 2013 endlich dieser Chief Information Officer, der nur eine Handvoll Mitarbeiter erhält. Und schon Anfang des Jahres 2014 sollte der Bericht zur Sicherheit der Landes-IT vorliegen. Jetzt arbeitet dieser Mensch daran. Aber vorgelegt wurde dieser Bericht bis heute immer noch nicht. Ich möchte noch einmal anmerken: Wir haben Mitte 2015.

Derweil erfahren wir, dass unsere IT-Systeme so löchrig sind wie Schweizer Käse. Wir haben eine Anhörung zur IT-Sicherheit des Landes durchgeführt. Ich bin sehr beschämt darüber, dass es außer unserer Fraktion keine Fraktion für nötig hielt, einen Sachverständigen einzuladen. Der Sachverständige, der zur Anhörung gekommen ist, hat von seinen Erfahrungen berichtet. Er berichtete, dass er maximal acht Stunden benötigte, um in das Netz eines kommunalen Dienstleisters einzudringen, in das er eindringen sollte.

Er hat das komplette Netz übernehmen können. Er hatte teilweise Schreibrechte. Er hatte Zugriff auf Meldedaten. Er konnte sogar auf die Daten von Zeugenschutzprogrammen zugreifen. Von dort hätte er auch ins Landesnetz eindringen können, wenn sein Auftrag ihm dies erlaubt hätte. Wo ist da das Programm des Chief Information Officers? Wo ist der Bericht?

Letzte Woche hörten wir bei der großen Anhörung zu Ihrem schnieken neuen Katastrophenschutzgesetz – an dem Sie immerhin sieben Jahre lang gearbeitet haben – von den Vertretern der Feuerwehr, dass Nordrhein-Westfalen für einen Angriff auf kritische Infrastrukturen gar nicht gewappnet ist. Ein erfolgreicher Angriff auf das Stromnetz könnte eine solche Kettenreaktion auslösen: kein Strom, kein Telefon, kein Internet usw. Die Experten haben es drastisch auf den Punkt gebracht: Nach wenigen Stunden hätte Nordrhein-Westfalen Tote zu beklagen.

Frau Ministerpräsidentin, Ihre einzige Idee zum Thema „Datensicherheit“ ist, dass Sie den Austausch zwischen Forschern fördern wollen. Stattdessen müssten Sie aber den Austausch mit der Wirtschaft und dem Land fördern, damit die Forschung tatsächlich in praktische Sicherheitsprojekte überführt werden kann.

Herr Minister Jäger, Sie schaffen sich einen CIO, der nach außen sagt, er sei der Experte für Datensicherheit. Aber nach nur einem Jahr sagt uns der Landesrechnungshof bereits: Der Mann ist völlig unterfinanziert, dem fehlen Ressourcen und Kompetenzen. – Wo ist der Ansatz in diesem Haushalt, der erheblich nachbessert? Hier muss noch einmal einiges Geld in die Hand genommen werden.

Herr Minister Jäger, Sie nennen sich „Minister für die innere Sicherheit dieses Landes“. Datensicherheit ist Sicherheit der Bevölkerung und damit ein ganz reales Thema. Wir brauchen Politiker, die sich nicht nur Sicherheitsminister nennen, sondern die von Sicherheit auch Ahnung haben. Es tut mir total leid, aber die sitzen dort.

(Michele Marsching [PIRATEN] zeigt auf seine Fraktion.)

Die können Sie gerne fragen. Die geben Ihnen auch gerne Nachhilfe.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wenn Sie sonst schon keiner lobt, dann wenigstens Sie selbst!)

Wenn wir schon bei „Nachhilfe“ sind, kommen wir zu meinem persönlichen Lieblingsthema und zu meiner Lieblingsministerin, Frau Ministerin Löhrmann.

(Zuruf von der SPD: Da läuft doch was! – Weitere Zurufe von der SPD: Oh!)

– Da läuft was, ja, ja.

Auch der Ministerin Löhrmann täte Nachhilfe an einigen Stellen ganz gut; denn NRW hat einen großen Aufholbedarf. Bei den Ausgaben pro Schüler ist NRW traditionell das Schlusslicht aller Bundesländer. Das bedeutet, in Nordrhein-Westfalen hat die Jugend mit die geringsten Chancen. Man könnte sagen: Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, geben ihr diese Chancen nicht.

Die Folgen zeigt die aktuelle Sozialberichterstattung: Das Armutsrisiko wächst auch in Nordrhein-Westfalen. 2014 lag es bei 17,4 %. Das war der zweithöchste Wert unter allen Bundesländern. Das Armutsrisiko wächst aber vor allem für Geringqualifizierte. Mit 17,6 % hatte Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014 beim Anteil der Personen mit geringem Bildungsniveau bundesweit den zweithöchsten Wert. Wir sehen: Eine armselige Bildungspolitik erzeugt Armut.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn Sie den Worten Ihrer Sonntagsreden endlich Taten folgen lassen und sich entschlossen an die Verbesserung von Bildungschancen machen würden, würden wir Sie dabei unterstützen. Doch es fehlt die notwendige Entschlossenheit. Das zeigt sich in falscher Prioritätenlegung.

Jetzt noch mehr und noch schneller etwas für die Haushaltskonsolidierung zu machen, wie es Finanzminister Walter-Borjans neulich angekündigt hat, ist der falsche Weg. Wir müssen zuerst die Investitionen angehen, und zwar insbesondere die Investitionen in die Köpfe und in die Zukunft unserer Jugend. Da haben wir in Nordrhein-Westfalen viel Versäumtes aufzuholen.

Es sind erhebliche Anstrengungen notwendig. Das Bildungssystem steht vor riesigen Herausforderungen: die Inklusion, die Zuwanderung, die Integration der Zugewanderten, der Strukturwandel und die Digitalisierung.

Digitalisierung ist auch ein Bildungsthema. Wir müssen die digitale Spaltung überwinden. Sie verstärkt die bereits vorhandene Ungleichheit zwischen den Privilegierten und den Bildungsbenachteiligten. Nur eine Bildungspolitik, die dies ignoriert, nimmt in Kauf, dass viele Kinder und Jugendlichen, die jetzt schon Nachteile erleiden, noch schlechtere Chancen auf eine spätere gesellschaftliche Teilhabe haben.

Deshalb ist es eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste Aufgabe in der Bildungspolitik, Antworten auf die Herausforderungen der Digitalisierung der Gesellschaft zu finden. Von grundlegenden Kenntnissen über Informationstechnologie und vom souveränen Umgang mit dem Internet hängt doch schon heute ein Großteil der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ab. Nicht weniger als das!

Liebe Frau Ministerpräsidentin und liebe Frau Ministerin Löhrmann, Sie haben im Januar dieses Jahres auch für den Bildungsbereich den Sprung in das digitale Zeitalter angekündigt. Aber seitdem ist – ach, diese Wiederholungen! – nichts passiert. Soweit ich das sehe, hat Ministerin Löhrmann letzten Freitag bei ihrer Pressekonferenz noch einmal dieselben Programme und dieselben Projekte vorgestellt wie bereits im Januar. Man hat hier den Eindruck, die Landesregierung arbeite an diesem Thema unge-

fähr so gedrosselt wie eine Internetleitung am Monatsende.

Schritt für Schritt und systematisch wollen Sie vorgehen. Das sagen Sie bei jeder Gelegenheit. Aber Sie sagen nicht, wohin die Reise gehen soll. Sie lassen das Ziel unbestimmt. Dabei liegt es klar auf der Hand: Die digitale Medienbildung muss im Bereich „Bildung“ Priorität haben. Das Land muss Verantwortung übernehmen und endlich den Bildungs- und Erziehungsauftrag verwirklichen, den es laut Schulgesetz nun einmal hat.

(Beifall von den PIRATEN)

Dafür müssen wir aus dem Projektstadium herauskommen, und wir müssen Verbindlichkeiten herstellen. Es braucht ein Gesamtkonzept für eine umfassende medienpädagogische Angebotspalette an unseren Schulen. Wir müssen jetzt verbindliche Angebote zur Medienbildung schaffen, und zwar in allen Schulstufen und in allen verschiedenen Bildungsgängen, und wir müssen jetzt über den Stellenwert der Informatik an unseren Schulen reden. Es gibt keinen Weg zurück ins analoge Auenland.

Das gilt auch in der Hochschul- und Forschungspolitik; denn dort ist ebenfalls keine klare Handschrift zu erkennen. Wenn denn NRW das Gründerland Nummer eins werden soll, muss ich mich schon wundern, warum hier von der Landesregierung nicht die notwendigen Schritte eingeleitet werden. Wenn Ministerin Schulze durchs Land fährt und Best-Practice-Beispiele sammelt, viel Presse-Tamtam macht und dann eine Plakette mit der Aufschrift „Ort des Fortschritts“ an die Wand hängt – am besten drückt sie noch medienwirksam einen Dübel in die Wand –, ist das mit Sicherheit gute Werbung in eigener Sache; aber innovativ ist das bei Weitem nicht.

(Beifall von den PIRATEN)

Wo ist hier die Antwort der Landesregierung auf die digitale Revolution? Für Sie heißt Wissenschaftspolitik: Hochschulpaktmittel, also zeitlich begrenzte Erhöhung von Mitteln.

Was das für die Hochschulen und die Bediensteten bedeutet, liefern Sie in Ihren eigenen Berichten. Im Monitoringbericht „Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs ...“ wird das ganze Ausmaß der falschen Ausrichtung sichtbar; denn neun von zehn der neu geschaffenen Stellen an Universitäten sind prekäre Beschäftigung, an Fachhochschulen mehr als die Hälfte. Gleichzeitig geben Sie sich einen Kodex für „Gute Arbeit“ an Hochschulen. Damit wollen Sie Befristungen minimieren. Ich bin ja Programmierer. In meinem Gehirn löst das – es tut mir sehr leid – einen Error aus.

Aber das ist die Politik, die hier verfolgt wird: Wir machen Symbolpolitik, wir tackern Plaketten an Häuserwände, und wir halten die Hochschulen in der Mangelverwaltung.

Wir werden wieder hören, dass der Haushalt aufgestockt worden sei. Die Hochschulen bekommen ja mehr Geld. Gebetsmühlenartig wiederholen Sie den Vergleich mit 2010. Da vergleichen Sie Äpfel mit Birnen; denn die Parameter an den Hochschulen haben sich drastisch geändert. Wir haben immer mehr Studierende an den Hochschulen, und die Hochschulen bekommen immer weniger Mittel pro Studierendem. Das erfolgt alles auf dem Rücken des Hochschulpersonals und auf dem Rücken der Studis. Willkommen in Ihrer hochschulpolitischen Realität!

Apropos Realität: Wie sieht es denn jetzt mit dem Dienstwagen aus, Frau Ministerpräsidentin? Ich gebe zu: Die Frage von Herrn Lindner war polemisch. Sie war wahrscheinlich auch rhetorisch. Der Wagen ist ja nicht leichter geworden.

Beim Thema „Verkehr der Zukunft“ haben wir aber auch noch ein paar wirklich spannende Fragen. Denn wie sieht der Mobilität der Zukunft in Nordrhein-Westfalen eigentlich aus? Wir werden durch die digitale Revolution eine Umwälzung in der Mobilität erleben. Wir benötigen in der Infrastrukturpolitik nicht nur dringend Instandhaltungsinvestitionen, sondern wir brauchen ein grundsätzliches Systemupdate.

Das autonome Fahren bietet große Chancen für eine Erneuerung von Verkehr und Mobilität in unserem Land. Autohersteller werden Mobilitätsdienstleister. Die Gewinner auf den Märkten werden diejenigen sein, die die besten und serviceorientiertesten Dienstleistungen anbieten. Die Digitalisierung und die Vernetzung des Analogautos hin zu einem fahrerlosen, sich selbst steuernden, autonom agierenden Fahrzeug ist für sich genommen bereits faszinierend. Aber das Zusammenspiel von digital gesteuerten Verkehrsinformationssystemen mit intelligenten Transportketten, mit einem innovativen Nahverkehr, könnte mit dem autonomen Fahren ein Killerfeature für eine zukünftige Mobilität schaffen, und zwar ohne Staus und ohne unnötige Verschwendung von Raum und Zeit.

Das ist unsere Vision der Mobilität der Zukunft. Das selbstfahrende Auto bringt Sie zum Zug; der Zug bringt Sie pünktlich zu Ihrem Ziel; dort steht das nächste Auto; das bringt Sie dahin, wohin Sie eigentlich wollen. Das ist weitergedacht. Das ist Leben in der Zukunft.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie leben hier aber leider noch in der Vergangenheit – wie in so vielen Bereichen. Willkommen in Jurassic World! Wen wundert's?

Wir müssen kurz über die Braunkohle reden. Im Rheinischen Revier verzockt Wirtschaftsminister Duin auch weiterhin die klimapolitischen Ziele des Ministers Remmel – falls Sie, Herr Minister, diese Ziele nicht beim Eintritt in die Kraft-Kohle-Koalition abgegeben haben. Dank der Intervention bei Herrn

Gabriel wird der Weiterbetrieb der Tagebaue eingerichtet, und die Kraftwerks-Dinos dürfen weiterlaufen bis ... Ja, bis wann eigentlich? Wie lange will Innenminister Jäger eigentlich, wie am vorletzten Wochenende, den Widerstand der Klimaschützer mit Polizeigewalt und mit dem Werkschutz von RWE brechen?

(Beifall von den PIRATEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Da hilft auch diese gespielte Betroffenheit nicht. Was helfen würde, wäre eine Aussage der grünen Fraktion zu dem Thema. Die verweigern Sie hier aber. Das Gewissen der Abgeordneten bleibt bei diesem Thema auf der Strecke. Das ist für die grünen Kollegen leider längst der Normalfall, wenn man hier von Kohlegenossen regiert wird. Ich frage mich: Schämen Sie sich dafür eigentlich nicht? Haben Sie dabei keine Schmerzen? Denn so wie Gorleben Brennpunkt der Atomkraftgegner wurde, wird Garzweiler ein Fanal der verfehlten Energiepolitik dieses Landes.

Wir fordern einen geplanten, einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle, damit das Land NRW endlich in der Welt der erneuerbaren Energien ankommt.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn man Energieland Nummer eins ist, muss man sich auf die Fahne schreiben, auch die Nummer eins bei den Erneuerbaren zu werden. Das muss Ziel der Landesregierung sein.

Dieses Ziel wird nur erreicht, wenn die Landesregierung aufhört, auf die Technologien der Vergangenheit zu setzen. Stattdessen brauchen wir Investitionen in intelligente Stromnetze und in virtuelle Kraftwerke. Hier liegen die Chancen für neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen – und nicht im Braunkohletagebau.

(Beifall von den PIRATEN)

Wer sich heute die Aktienkurse von RWE ansieht, der kann sehen, wohin es führt, die Zukunft zu verschlafen; denn spätestens, wenn die Kosten des Atomausstiegs fällig werden, wird RWE den Offenbarungseid leisten müssen.

Die sogenannten sicheren Rückstellungen stecken doch im Dinopark in Garzweiler. Den Preis werden die Kommunen zahlen müssen, und den werden die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen zahlen müssen. Die Regierung treibt diesen Preis immer weiter in die Höhe, statt endlich einen Schnitt zu machen und ein Braunkohleausstiegsgesetz auf den Weg zu bringen.

Willkommen in der Gegenwart! Willkommen in der Zukunft! Willkommen in der Realität! Willkommen beim Bug-Fixing! Damit Sie nicht weiter in der Vergangenheit denken, sondern damit Sie die Chancen

der digitalen Revolution endlich nutzen: Willkommen bei den Haushaltsberatungen 2016! – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Für die Landesregierung erteile ich der Ministerpräsidentin Frau Kraft das Wort.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie üblich werde ich in der zweiten Runde auf die Vorredner eingehen.

Bei Herrn Marsching werde ich mich auf folgenden Punkt konzentrieren, weil er mich maßlos ärgert, nämlich auf Ihren Angriff auf den Innenminister mit dem Satz – ich habe ihn mitgeschrieben –: Wie lange will der Innenminister den Protest der Klimaschützer noch brechen? Und er solle sich dafür schämen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das habe ich nicht gesagt!)

Da kann ich Ihnen nur sagen: Dieser Innenminister wird das Eigentum von Menschen und Unternehmen in diesem Land schützen, weil das seine Aufgabe ist.

(Beifall von der SPD – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Gegenüber der Presse?! Das ist ja wohl ein Scherz!)

Ich bin sehr dankbar, dass die Polizei das tut.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Das war nämlich kein friedlicher Protest, sondern sie sind in das Gelände dieses Unternehmens eingedrungen. Dann ist es Aufgabe der Polizei zu schützen, so wie bei allen anderen Delikten dieser Art.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Zusammen mit dem Werkschutz! Der hat das schon im Namen drin! – Weitere Zurufe)

– Wissen Sie, wenn Sie unser Rechtssystem nicht kennen, sollten Sie sich damit intensiv auseinandersetzen. Ich bin jedenfalls sehr dafür, dass dieses Rechtssystem in dieser Form aufrechterhalten bleibt.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zu Herrn Lindner.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Der Werkschutz als unser Rechtsstaat!)

Wir haben hier wie üblich in einer Haushaltsdebatte einen Debattenbeitrag mit markanten und markigen Sätzen zu Beginn erlebt. Auch da habe ich mitgeschrieben: Die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik weist große Schwächen auf zulasten

der Schwächsten. – Ich weiß nicht, ob Sie schon zu viel und zu regelmäßig in Berlin sind und zu wenig in Nordrhein-Westfalen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben eine Beschäftigung, die sich auf höchstem Stand „ever“ befindet, wir haben eine Arbeitslosenquote, die rückläufig ist, und wir haben dank des Ausbildungskonsenses Ausbildungsverträge, deren Zahl nach oben weist. Das sind die Daten und Fakten zum Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Und die haben mit Ihrer Realität offensichtlich nichts zu tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum Bildungsbereich, zu den Gymnasien: Ich sage das hier noch einmal in aller Deutlichkeit, weil Sie immer in den Details nicht so drin sind. Vielleicht kriegen Sie das eine oder andere nicht mit.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Er ist nicht so oft da!)

Wie im Schulkonsens vereinbart, werden die Klassenfrequenzen auch an Realschulen und Gymnasien Schritt für Schritt abgesenkt. Alle Anträge auf Ganztags – anders, als Sie das eben suggeriert haben – sind genehmigt worden. Zur individuellen Förderung gibt es sogar ein spezielles Unterstützungsprogramm nur für Gymnasien: „Lernpotenziale. Individuell fördern im Gymnasium.“ Dieses Programm findet gemeinsam mit der Mercator-Stiftung statt.

Wenn Sie auf den Landesrechnungshofbericht zurückgehen, werden Sie feststellen, dass sich die monierten Mängel auf vier schwarz-gelbe Regierungsjahre und auf zwei rot-grüne beziehen.

(Christof Rasche [FDP]: Sprechen Sie einmal mit den Schulleitern!)

Und auch der Rechnungshof fordert Maßnahmenbündel, vertiefte Analysen ...

(Zuruf von der FDP)

– Sie müssen auch einmal da genau hineinschauen und nicht immer nur einzelne Sätze vortragen. Sie müssen sich mal mit den Details beschäftigen, dann kommt er zu einer differenzierten Bewertung der Dinge.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das verlange ich von jemandem, der sich hier hinstellt und plakative Sätze von sich gibt.

Kommen wir zum Bildungsmonitor. Auch da kommen Sie erst einmal mit so einem markigen Satz raus; ich habe da gleich noch einmal nachgeschaut. MINT: Wir reden ja gleich noch über Wirtschaft. Herr Laschet hat sich ja damit intensiv auseinandergesetzt. Wir alle wissen, wie wichtig MINT-Ausbildung ist.

(Christian Lindner [FDP]: Reden Sie über Bildungsarmut!)

Bei MINT liegen wir vor Bayern. Bei der Akademiker-Ersatzquote, wie es so schön heißt, liegen wir bei den Absolventen vor Bayern.

(Christian Lindner [FDP]: Wo liegen Sie bei der Bildungsarmut?)

Bei der Ingenieurersatzquote liegen wir vor Baden-Württemberg und Bayern.

(Christian Lindner [FDP]: Bildungsarmut!)

Bei der Schulabbrecherquote haben wir uns verbessert auf Platz 7.

(Christian Lindner [FDP]: Wo liegen Sie bei der Bildungsarmut?)

Bei der Integration liegen wir auf Platz 7 vor Baden-Württemberg,

(Christian Lindner [FDP]: Bildungsarmut!)

bei der Wiederholerquote vor Bayern und bei der Bachelor-Anfängerquote auf Platz 2. Nennen Sie nicht immer nur die negativen Dinge,

(Christian Lindner [FDP]: Bildungsarmut!)

sondern geben Sie einmal ein vernünftiges Gesamtbild über dieses Land ab!

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der Regierungsbank – Christian Lindner [FDP]: Sie wollten kein Kind zurücklassen, und ausgerechnet die Bildungsarmut nennen Sie nicht! Das ist ein Eigentor!)

– Sie haben doch schon Ihre Gelegenheit gehabt, vielleicht haben Sie gleich noch Zeit zur Entgegnung übrig.

(Unruhe)

Noch so ein markiger Satz von Ihnen: Die Industrie schreibt die Standorte NRW ab. – Ich weiß nicht, wo Sie leben. Ich war gerade bei Evonik, ich war bei UPS, ich war bei Bayer. Allein bei dem, was ich persönlich an Neuinvestitionen in diesem Land erlebt habe, weiß ich nicht, wie Sie zu diesem Bild kommen.

(Christian Lindner [FDP]: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung!)

Und Sie wissen von unseren Daten und Fakten, dass wir die höchste Quote von ausländischen Direktinvestitionen in NRW haben, weit vor Bayern und Baden-Württemberg!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der Regierungsbank)

In welcher Realität leben Sie denn hier, Herr Kollege Lindner?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der Regierungsbank – Lachen von Christian Lindner [FDP])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerpräsidentin, entschuldigen Sie kurz. Auch wenn die Begeisterung in Ihrem Kabinett groß ist, darf ich doch als sitzungsleitender Präsident darauf aufmerksam machen, dass es nicht dem parlamentarischen Brauch entspricht, von der Regierungsbank zu applaudieren.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die anderen reichen auch! – Heiterkeit von der SPD)

Wenn die gewählten Mitglieder es machen wollen, dann bitte von ihren Plätzen als Abgeordnete aus.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Erlauben Sie mir diesen Hinweis.

(Unruhe)

– So sind die Regeln des Hauses, die wir seit vielen Jahren und Jahrzehnten, egal bei welcher Regierung, beachten. – Frau Ministerpräsidentin.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Die sind auch gut so! – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Meine Erinnerungen an die tatsächlichen Realitäten – das erlaube ich mir, Herr Präsident – sind allerdings etwas andere. Aber lassen wir das. Das ist ja in Ordnung.

(Zuruf von der CDU: Unverschämt!)

Ich will nur sagen, dass ich mich gut an Zeiten erinnere, wo Ministerpräsident Rüttgers dauernd Applaus von der Regierungsbank bekommen hat. Ich kann mich gut an diese Zeit erinnern.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das war genauso falsch! – Zurufe von der CDU – Christof Rasche [FDP]: Das stimmt auch wieder nicht! – Weitere Zurufe)

Ich würde gern noch etwas zu den Punkten sagen, die Herr Lindner vorgetragen hat, weil es sich ja lohnt, wie ich gerade schon dargestellt habe, genauer hinzuschauen. Da spricht er über das, was sich im Landeshaushalt zum Thema „Bau- und Liegenschaftsbetrieb“ spiegelt, und er erweckt den Eindruck, als würde sozusagen der BLB den Landeshaushalt sponsern. Das ist der Eindruck, den Sie erweckt haben und den Sie auch erwecken wollen.

Die Realität ist wie immer eine andere. Der BLB hatte Darlehen des Landes, die er jetzt zurückzahlt, auch um damit Zinsen zu sparen. Das ist die Realität bei diesem Punkt und nicht das, was Sie damit suggerieren wollen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Welch ein Zufall!)

Gut, ich glaube, länger muss ich mich mit Herrn Kollegen Lindner nicht auseinandersetzen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein!)

Kommen wir zu Herrn Kollegen Laschet.

(Christian Lindner [FDP]: Arroganz der Macht! – Gegenrufe von der SPD – Lachen von Christian Lindner [FDP])

– Das ist keine Arroganz der Macht. Sie hätten ja etwas Substanzielleres beitragen können, dann hätte ich dazu auch Stellung bezogen. So viel Substanzielles habe ich in Ihren Redebeiträgen nicht gefunden; es tut mir leid.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Oh, oh, oh! – Weitere Zurufe)

Ich könnte mich natürlich noch zu Herrn Lammert äußern. Sie haben ja Herrn Lammert und seine Äußerungen zum Ruhrgebiet angesprochen und gefragt, warum wir dazu keine Stellung bezogen hätten. So habe ich Sie verstanden. Das kann ich Ihnen sagen: Weil es eine konzertierte Aktion der CDU im Rahmen des Kommunalwahlkampfes ist. Und dafür gebe ich mich nicht her. Punkt.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich könnte auch noch etwas zu dem „Wutbrief“ von Herrn Duin sagen, denn wie immer sind Sie nicht ganz in der Realität. Sie müssten ein bisschen darauf achten, wann denn dieser „Wutbrief“ entstanden ist und wohin er sich gerichtet hat.

(Armin Laschet [CDU]: Frau Hendricks zum Beispiel! Frau Hendricks!)

Es mag vielleicht für Sie anders sein, vielleicht sogar noch schlimmer. Es mag auch Leute innerhalb der SPD bundesweit geben, die sich zu den Themen geäußert haben, und darauf hat der Kollege Duin reagiert. Aber das können Sie nicht wissen. Wenn Ihnen der Text solcher Briefe entgegenschallt, ziehen Sie manchmal die falschen Schlüsse. Aber ich sage Ihnen: Es sind die falschen Schlüsse, die Sie gezogen haben.

(Armin Laschet [CDU]: Wen meinte er denn? Frau Hendricks?)

– Das werde ich Ihnen doch nicht sagen.

(Armin Laschet [CDU]: Herr Kelber denn dann?)

– Es ist doch meine Sache, worüber ich hier rede, oder?

(Zustimmung von Armin Laschet [CDU])

– Herr Kollege Laschet, kommen wir zu Ihnen. Ich würde gerne nach Ihrer Rede sagen: Mit Ihnen „Activity“ zu spielen, daran hätte ich wenig Spaß.

(Heiterkeit von der SPD, den GRÜNEN, der Regierungsbank und Armin Laschet [CDU])

– Das lasse ich mal so stehen.

(Zuruf von den PIRATEN: Oh!)

Aber ich habe eine andere Idee. Ich habe mal nachgeschaut: Eine Empfehlung für das Spiel des Jahres 2015 heißt „Simsala ... Bumm?“. Ich sage Ihnen, worum es geht: Abschlussprüfung des Magiestudiums, einen Drachen herbeirufen, ein Geisterwesen beschwören oder die Konkurrenz mit Gewittern und Feuerbällen beeindrucken. Das ist das geforderte Repertoire. Ich finde, das ist das passende Spiel. 21,95 €!

(Allgemeine Heiterkeit – Lebhafter anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kollege Laschet, Sie haben sich ja dankenswerterweise auch mit dem Haushalt auseinandergesetzt. Ich würde hier gerne noch ein paar Daten und Fakten erläutern.

Als diese Regierung 2010 ins Amt kam, waren von jedem Euro Landesausgaben noch 12,7 Cent kreditfinanziert. 2015 sind es nur noch 3,2 Cent.

(Zuruf von der CDU: Toll!)

Und 2016 werden es nur noch 2,5 Cent sein. Das ist im Übrigen fast genauso viel, wie Nordrhein-Westfalen an die finanzschwachen Länder abgibt.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Nur zum Vergleich: Die von der Opposition für ihren Haushaltsausgleich eben auch von Ihnen abgefeierten ostdeutschen Länder brauchen für jeden Euro 30 Cent von außen – nicht als Kredit, sondern als Unterstützungsleistung vom Bund und den finanzstarken Ländern wie Nordrhein-Westfalen.

(Armin Laschet [CDU]: Da waren auch westdeutsche Länder dabei! Das waren nicht nur ostdeutsche!)

Das ist die Realität, in der sie eingebettet sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb bleibe ich dabei, dass es eine zentrale Aufgabe ist, den Länderfinanzausgleich an dieser Stelle zu verändern, und ich bin sehr dankbar, dass Sie uns in diesem Punkt unterstützen. Das sage ich ausdrücklich.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Vielleicht noch ein paar andere Daten, die das Ganze ein bisschen zurechtrücken. NRW weist mit 3.514 € im Jahr 2014 – das sind die letzten verfügbaren Daten – einen der geringsten Ausgabenstände pro Kopf im Kernhaushalt unter allen Bundesländern auf. Wir geben pro Einwohner 13 % weniger aus als der Durchschnitt der anderen Länder. Und mit 22,3 Stellen hat NRW die zweitwenigsten

Stellen, gerechnet auf 1.000 Einwohner. Das zeigt, wie sparsam dieses Land arbeitet. Das ist richtig und gut, und wir werden diesen Weg weitergehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt haben Sie ja – das verstehe ich, in einer Haushaltsdebatte ist das nicht so einfach – damit zu kämpfen, dass es gute Steuereinnahmen gibt und dass wir eine gute Einnahmensituation haben, die uns zugegebenermaßen an vielen Stellen hilft – ich will das gar nicht wegreden –, gerade auch bei den Herausforderungen im Bereich der Flüchtlinge, über die wir gestern schon gesprochen haben.

Sie wollen aber diesen konsequenten Abbau der Neuverschuldung, den ich gerade dargestellt habe, nicht wahrhaben und kommen regelmäßig mit dem Einwand, dass die dargestellte positive Entwicklung nur den ständig steigenden Steuereinnahmen und den gesunkenen Zinsausgaben zu verdanken sei. Das war bei Ihnen beiden der Fall.

Dass für 2016 13,7 Milliarden € mehr Steuereinnahmen im Vergleich zu 2010 und gleichzeitig 1,4 Milliarden € Zinsausgaben weniger angefallen seien, hätte – so ist vorhin Ihre Aufrechnung gewesen – eine Haushaltsverbesserung von 15,1 Milliarden € bedeutet. Wir hätten die Neuverschuldung nur um 5,1 Milliarden € abgebaut. Daraus ziehen Sie den Schluss, dass dieses Land nicht gespart habe.

Ich kann Ihnen eine einfache Rechnung entgegenhalten. Ja, wir haben 13,7 Milliarden € mehr Steuereinnahmen. Ja, wir haben 1,4 Milliarden € weniger Zinsausgaben. Natürlich war und ist diese Entwicklung hilfreich auf dem Weg zur Null-Neuverschuldung.

Aber es fehlt wie so oft bei Ihnen in Ihrer Argumentationskette ein entscheidender Faktor. Sie unterschlagen nämlich dabei geflissentlich, dass wir es auch mit ständig wachsenden Herausforderungen zu tun haben.

Ich nenne nicht den Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Ich nenne die wachsende Zahl der Versorgungsempfänger, die erhöhten sicherheitspolitischen Anforderungen, die Modernisierungsnotwendigkeit der Infrastruktur und die Finanzbedarfe der NRW-Kommunen. Wir können uns noch sehr gut erinnern, wie die Finanzausstattung der Kommunen im Jahr 2010 war, als wir die Regierung übernommen haben. Dazu hat eben der Kollege Römer das Richtige gesagt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aufgrund dieser Tatsachen mussten wir auch mit steigenden Kosten kalkulieren. 4,4 Milliarden €: gestiegene Personalausgaben. 7,1 Milliarden € mehr für die Kommunen im Vergleich zu 2010. Das ist eine Steigerungsrate von nahezu 50 %. Allein diese beiden Positionen Personal und Kommunen bedeuten eine Mehrbelastung für den Haushalt von

11,5 Milliarden €. Verbesserungen von 15,1 Milliarden € stehen also Mehrbelastungen von 11,5 Milliarden € gegenüber.

Daraus ergibt sich rechnerisch ein Abbau der Nettoneuverschuldung von 3,6 Milliarden. Aber wie Sie richtig festgestellt haben, bauen wir um 5,1 Milliarden ab. Das ist die Realität, die hinter Ihren Zahlen steht und die Sie hier nicht offenbaren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Eines ist mir noch sehr wichtig, das bisher noch keine Rolle gespielt hat: Ein Teil der Steuermehreinnahmen ist auch darauf zurückzuführen, dass diese Landesregierung dafür gekämpft hat, dass dieses unsägliche Abkommen mit der Schweiz im steuerlichen Bereich nicht zustande gekommen ist. Steuergerechtigkeit bleibt unser großes Thema.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben kein Wort zur Bildung gesagt. Sie haben viel zu Wirtschaft, zur regionalen Strukturpolitik, gesagt. Bevor ich in die Politik gegangen bin, habe ich viel mit regionalisierter Strukturpolitik zu tun gehabt und kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie gerade diese Politik von der CDU bekämpft worden ist. Jetzt haben Sie das Problem – ich verstehe das –, dass wir den Erfolg darstellen können, unter anderem an der Zahl, dass das Wachstum des Ruhrgebiets nun oberhalb des Bundesdurchschnitts liegt.

(Zurufe von der CDU – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Geben Sie doch mal zu, dass es richtig war, in diese Strukturen zu investieren! Das wäre ein wichtiger Schritt nach vorne.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kommen wir zu newPark. Ja, es war ein Konflikt unterschiedlicher Interessen: wirtschaftspolitischer Interessen und landwirtschaftlicher Interessen. Die Rechtslage ist eindeutig und klar. Auch der LEP ist an dieser Stelle eindeutig. Aber ich werde nicht das Grundstücksverkehrsgesetz außer Kraft setzen. Sie haben heute ein interessantes Rechtsverständnis offenbart. Sie haben, wenn ich das richtig interpretiert habe, auch zur Rechtsbeugung aufgerufen. Ich kann mich sehr gut an „Lex E.ON“ und ähnliche Geschichten in der Vergangenheit erinnern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Das ist nicht die Auffassung, die ich vertrete, wie man dieses Land gut führt.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerpräsidentin, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Hovenjürgen zulassen?

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Natürlich, immer gerne.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte, Herr Kollege.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerpräsidentin, Herr Hovenjürgen möchte noch eine Frage stellen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Danke, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie die Frage zulassen. – Wenn Sie sagen, Sie würden sich nicht über das Grundstücksverkehrsgesetz hinwegsetzen, warum lassen Sie dann zu, dass der Umweltminister über das Grundstücksverkehrsgesetz hinausgeht und Forderungen stellt, die nicht durch dieses Gesetz gedeckt sind?

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Hovenjürgen, bitte. Gerne.

Josef Hovenjürgen (CDU): Noch mal danke, Frau Ministerpräsidentin. – Warum war es aber dann nicht möglich, den vor Ort erreichten Kompromiss, dass die Landwirte die Flächen bis zu Realisierung des Projekts weiter nutzen und bei Nichtzustandekommen des Projektes diese auch kaufen können, nicht akzeptiert, sondern von Minister Remmel torpediert?

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Nach den Diskussionen, die wir im Kabinett und im Koalitionsausschuss zu dem Thema hatten – das ist richtig; ich habe nie gesagt, dass das nicht stattgefunden hat –, haben wir einen Weg gefunden. Wir haben den Flächenerwerb mit Auflagen genehmigt. Diese Auflagen halte ich für nachvollziehbar, und ich halte sie auch für keine Blockade für das Gesamtprojekt.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Das ist Ihre Interpretation der Dinge. Ein rechtsstaatliches Anwenden eines Gesetzes ist für mich kein Torpedo.

Ich habe gerade die Presseerklärung des Kollegen Laschet zur heutigen Debatte gelesen:

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

„Mit ihrer Verhinderungspolitik in Sachen newPark hat die Landesregierung ein für“

Das ist der Unterschied in unserer Auffassung. Es tut mir sehr leid.

– da fehlt das Wort „ein“ –

„Industrieland wichtiges Zukunftsprojekt bewusst vor die Wand gefahren.“

Herr Kollege Laschet hat noch mal die Generalkritik am LEP aufgebracht. Ich weiß, auch das hat kommunalpolitische Gründe, auch im Wahlkampf. Ich verstehe das. Aber es bleibt bei unserer Aussage: Die Konflikte beim LEP sind auf ein Minimum reduziert worden. Es wird kein wichtiges wirtschaftspolitisches Projekt an diesem LEP scheitern. Klare Aussage!

Ich kann Ihnen nur sagen: Mit dieser Entscheidung ist das Projekt keineswegs vor die Wand gefahren. Das wird auch vor Ort nicht so gesehen, Herr Hovenjürgen. Vielleicht können Sie ihm das noch mal berichten.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Nein, es wird Ihnen nicht gelingen.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz spare ich mir. Dazu hat Kollege Römer schon Wichtiges gesagt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Was sagt denn der Landrat?)

Was ist denn daran unvernünftig, dass die Landwirte bis zur Realisierung des Projektes die Flächen landwirtschaftlich nutzen können? Was ist denn daran unvernünftig, Herr Hovenjürgen? Sagen Sie das doch mal!

Bei der Energiepolitik könnten wir noch mal die Grundsatzdebatte führen. Ich bin sehr dankbar, dass wir in Berlin an entscheidenden Stellen gemeinsam unterwegs waren. Ich bin auch dem Kollegen Vassiliadis und dem Kollegen Duin sehr dankbar. Es ist gut, dass wir diesen Weg gemeinsam gefunden haben. Aber ich glaube, dass wir weiterhin versuchen müssen, diesen Industriestandort dadurch zu schützen, dass wir gemeinsam auf Dauer verlässliche Rahmenbedingungen erzielen. Da werden wir gerade in Richtung Brüssel noch viel Arbeit vor uns haben. Es wäre schön, wenn wir da gemeinsam Seite an Seite weiterkämpfen könnten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann Ihr Dilemma verstehen, weil es Ihnen zum wiederholten Male – ich kann Ihnen all die anderen Themen herunterbeten – nicht gelingt, diese Landesregierung als industrie-feindlich zu diffamieren. Wenn Sie bei der Pressekonferenz den Arbeitgeberverbänden zugehört hätten, wüssten Sie, dass sie mit dieser Landesregierung sehr zufrieden sind. Das ist Ihr Problem.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigen Sie, Frau Ministerpräsidentin. Kollege Marsching möchte eine Frage stellen.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Marsching, gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ich weise allerdings darauf hin, dass die Geschäftsordnung vorsieht, dass zu einem Komplex lediglich zwei Zwischenfragen gestellt werden sollen – bevor wir uns in Richtung einer Fragestunde entwickeln. Dies vorausgeschickt, Herr Kollege Marsching, bitte.

Michele Marsching (PIRATEN): Lieber Herr Präsident, ich hoffe, Sie gehen nicht davon aus, dass ich noch eine Nachfrage zum Thema „newPark“ stelle, nachdem ich vorhin gesagt habe, dass ich zu dem Thema bei den Haushaltsberatungen nichts sagen werde.

(Zuruf von der SPD: Frage?)

– Oh ja, die Frage kommt. Mein Gott. – Ich möchte die Ministerpräsidentin eines fragen. Ich habe Ihnen länger zugehört. Sie haben sich ganz kurz am Anfang mit meiner Rede beschäftigt. Ich habe gehofft, dass noch irgendetwas kommt. Wo ist der Themenkomplex Digitalisierung? Wo ist NRW 4.0? Wo ist Open.NRW? Antworten Sie darauf noch konkret, oder ist das einfach so weggewischt?

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das waren mindestens drei Fragen. Die Ministerpräsidentin wird damit umgehen.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Kollege Marsching, ich glaube, das sprengt die Debatte zum Haushalt. Ich habe versucht, auf wesentliche Punkte der Vorredner einzugehen. Über Digitalisierung spreche ich täglich, wöchentlich. Wir haben Ihnen hier eine klare Strategie vorgelegt.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Wo ist die?)

Darüber werden wir uns fachlich und sachlich auseinandersetzen. Ich glaube aber, dafür ist diese Debatte nicht der entscheidende Raum. Das tut mir sehr leid.

(Beifall von der SPD)

Da mögen wir andere Auffassungen haben.

Ich bin ja noch bei der Wirtschaftspolitik und möchte noch auf den Bereich Infrastruktur eingehen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das wäre super!)

Kollege Laschet hatte das Unternehmen aus Siegen-Wittgenstein genannt. Ich kenne das Unternehmen, und ich weiß um die Probleme. Wir halten

nur mal prophylaktisch fest: Es handelt sich um Probleme bei der Bundesautobahn und bei Bundesautobahnbrücken in dieser Region. Da sind wir uns, glaube ich, einig.

Deshalb ist schon die Frage: Was passiert da gerade in dieser Auseinandersetzung zwischen dem Kollegen Groschek und dem Kollegen Dobrindt? Daher muss man noch einmal Daten und Fakten hintereinanderlegen. Denn es ist nicht so, wie Sie es dargestellt haben, Herr Laschet.

Mit Schreiben vom 6. 8. und 28. 8. hat Minister Groschek den Bundesverkehrsminister gebeten, für die vier planfestgestellten Maßnahmen, um die es geht – wir alle wissen das –, eine Finanzierungszusage zu geben, damit die Bezirksregierung als Planfeststellungsbehörde die sofortige Vollziehbarkeit anordnen kann.

(Zuruf Armin Laschet [CDU])

Ich wiederhole: Der Bundesverkehrsminister wurde am 6. 8. und am 28. 8. angeschrieben.

(Armin Laschet [CDU]: Stimmt aber nicht!)

– Herr Laschet, hören Sie weiter zu! – Die Maßnahmen sind mit vollziehbarem Baurecht bezeichnet. Die Finanzierungszusage des Bundes ist noch erforderlich.

In einem Schreiben vom 31. 8. – nachdem das Ganze – ich setze das in Klammern – öffentlich hochgekocht ist, sagt Bundesverkehrsminister Dobrindt jetzt die Finanzierung von weiteren Maßnahmen – mit Ausnahme der A1, die als ÖPP-Projekt realisiert werden sollte – zu. Einschub: Wir verweigern uns nicht grundsätzlich ÖPP. Sie und ich kennen aber den Bericht des Bundesrechnungshofes. Und ich glaube, man kann ÖPP nur dann machen, wenn es finanziell vertretbar ist. Auch darüber sollten wir uns einig sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Für die drei Maßnahmen hat der Landesbetrieb Straßen bei den zuständigen Bezirksregierungen unter Bezug auf Dobrindts Schreiben unverzüglich die Anordnung der Vollziehbarkeit beantragt. Dieses Schreiben hat uns übrigens bisher nur als Anlage zu einem Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Ferlemann an die Bezirksregierung Münster erreicht. Das ist doch spannend! – Das heißt: Wir haben uns vorher gegen die Benachteiligung bei der Mittelvergabe gewehrt. Und erst nach unserem Mahnschreiben kam die Bereitschaft zur Mitfinanzierung unserer Straßenprojekte. Die nachgereichte Finanzierungszusage war zwingende Voraussetzung, um den sofortigen Bauvollzug anordnen zu können. Und dies geschieht jetzt!

(Armin Laschet [CDU]: Das ist falsch!)

– Das ist die Realität, Herr Laschet! Das ist die Realität: Daten und Fakten!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Dobrindt ist ja auch nicht von alleine losmarschiert. Auch das hat – das wissen wir ja alle – mit Kommunalwahlterminen zu tun.

(Zuruf Armin Laschet [CDU])

– Warum die anderen das können? – Dazu kann ich Ihnen sagen: Wir hatten die gleichen Fälle in Hessen und in Bayern. Und da hat Herr Dobrindt sie durchgewinkt! Das war die Realität! Warum? Weil da CDU und CSU an der Spitze stehen! Das ist die Realität!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Aus der Region kommen die markigen Sprüche der Kollegen der CDU. Herr Wittke verlautbart: Da regnet es Geld aus dem Hause Dobrindt – ich weiß nicht mehr die genaue Formulierung –, und wir würden den Löffel nicht raushalten, um den Brei aufzufangen.

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

Das Problem ist, dass er beim Löffel vorne die Schippe abgeschraubt hat, weil er zu seiner Zeit in diesem Feld 770 Stellen abgebaut hat! Das ist das Problem, was wir damals zu verzeichnen hatten!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nur zur Kenntnis, werter Herr Lindner, weil Sie die Stellen in diesem Feld angesprochen haben: Wir haben 2015 und 2016 jeweils zehn zusätzliche Stellen hierfür eingestellt, und wir haben auch Planungskapazität nach außen vergeben. Wir sind auf dem besten Wege, hier aufzuholen. Wenn der Bundesverkehrsminister hier seine Arbeit vernünftig machen würde, würden wir das schnellstmöglich auch erreichen.

Meine Damen und Herren, ein Wort zum Schluss zum Thema „Münster“ bzw. „CARE“. Zu CARE möchte ich hier nichts sagen, weil ich ein Schreiben vorliegen habe, das ich Ihnen gerne hinterher in Kopie geben kann. Es ist von Herrn Professor Schöler selbst, der – und das zitiere ich – unter anderem ausführt:

Daher möchte ich Sie darum bitten, dass Sie Ihren Einfluss geltend machen, damit CARE nicht in den Mühlen parteipolitischer Auseinandersetzungen Schaden erleidet.

Deshalb werde ich mich dazu hier nicht äußern. Wir können dazu gerne unter vier Augen oder auch unter sechs – wenn der Kollege Lindner dabei sein möchte oder wer auch immer – sprechen. Da lohnt es sich, genauer hinzuschauen. Ich glaube, das sollten wir nicht in die parteipolitischen Auseinandersetzungen hineinziehen. Ich jedenfalls werde das nicht tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lutz Lienenkämper [CDU]: Weil Ihnen das unangenehm ist! Das ist der Grund!)

Noch ein letzter Punkt, worüber ich mich geärgert habe, Herr Kollege Laschet: Ja, parteipolitische Auseinandersetzungen gehören in eine Haushaltsrede, aber durch Ihre Formulierungen den Eindruck zu erwecken, als wäre die sichere Altersversorgung für Beamtinnen und Beamte in diesem Land dadurch gefährdet, dass wir zwei Fonds zusammenlegen, ist fahrlässig. Und das würde ich Ihnen ungerne durchgehen lassen! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, Sie hatten geschlossen mit dem Thema des zusammenzuführenden Versorgungsfonds der Versorgungsrücklagen. Und Sie haben gesagt, es sei fahrlässig, die Diskussion darüber so zu führen, wie unser Fraktionsvorsitzender Armin Laschet sie geführt habe.

Ich will Ihnen sagen, was fahrlässig ist. Fahrlässig ist, wenn man das, was man lange Jahre für richtig erachtet hat, ohne guten Grund aufgibt, das Gegenteil tut und im Grunde die Zukunft infrage stellt.

(Beifall von der CDU)

Ich würde Ihnen gleich gerne diese Grafik überreichen, Frau Ministerpräsidentin.

(Der Redner zeigt eine Grafik.)

Das ist der Unterschied zwischen der aktuellen Rechtslage, wenn wir es so lassen, wie es heute ist, und der Rechtslage, die wir zukünftig haben werden, wenn Rot-Grün dieses Gesetz im Landtag beschließt. Es handelt sich bis 2025 um einen Unterschied in der Zuführung zu einem solchen Fonds von 9 Milliarden €. Es handelt sich also nicht um eine Geschmacksfrage. Es handelt sich auch nicht um die Frage, ob man irgendwie irgendetwas pragmatisch tut, sondern das Kabinett, Ihr Kabinett, Frau Kraft, hat entschieden, dem Landtag einen Gesetzesentwurf vorzuschlagen, der bei seiner Realisierung dazu führt, dass im Jahre 2025 9 Milliarden € weniger in einem Versorgungsfonds, den Sie jetzt Pensionsfonds nennen wollen, sein werden als bisher.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist Trickseriei und Täuschen!)

Es gab einen Konsens. Ich zitiere aus dem Plenarprotokoll vom 24.02.2005 den dort damals für die SPD-Fraktion sprechenden heutigen Verkehrsminister Michael Groschek, der wahrscheinlich aus gu-

tem Grund gerade aus dem Saal gegangen ist. Denn der würde sich das Zitat vorhalten lassen müssen:

„Die von den Beamtinnen und Beamten seit 1999 selbstfinanzierte Versorgungsrücklage nach ... des Bundesbesoldungsgesetzes kann das Problem“

– zu ergänzen: der Versorgung –

„allerdings nicht nachhaltig lösen. Die bis 2018 insoweit angesammelten Beträge in Höhe von

– damals geschätzt –

„7,3 Milliarden € können allenfalls die stark steigenden Belastungen für einige Jahre etwas mildern, mehr nicht.“

Zitat Ende. – Deshalb ist damals beschlossen worden – vor einer Landtagswahl und im Konsens der damals im Landtag vertretenen Parteien –, einen Versorgungsfonds einzurichten, der folgende Konsequenzen haben soll – jetzt zitiere ich den damaligen Redner wieder –:

„Das bedeutet in etwa 30 bis 40 Jahren einen vollständigen Wechsel von der umlagefinanzierten Versorgungsleistung zur kapitalgedeckten. Das findet unsere uneingeschränkte Zustimmung; denn so entlasten wir die Zukunft.“

Heute wollen Sie – Frau Kraft, sie waren damals Ministerin und danach Oppositionsführerin und haben das damals mitgetragen – davon nichts mehr wissen. Ihr Finanzminister hat so große Haushaltsprobleme, dass er jetzt anfängt, in die Trickkiste zu packen und zu sagen: Wir führen einfach diese beiden Institutionen zusammen, die, die für die mittelfristigen Lastenabfederungen sorgen sollte, und die für die langfristigen. Wir tun so, als wären die mittelfristigen gar nicht so wichtig, verlagern es auf die langfristigen und sparen uns 9 Milliarden. – Das ist Bauernfängerei. Das ist Rosstäuscherei.

(Beifall von der CDU)

Ihre Rechenkünste haben Sie eben am Beispiel Gemeindefinanzen auch noch einmal deutlich gemacht. Sie haben den Eindruck erweckt, als seien 7,1 Milliarden € zusätzliche Mittel an die Kommunen quasi alles GFG-Mittel. Denn anders kann man gar nicht erklären, dass Sie sich mit dem Rechenbeispiel von 15,1 Milliarden mehr Steuern und weniger Zinsausgaben und 11,7 Milliarden Mehrbelastungen diese 7,1 ausrechnen. Das ist nicht seriös.

Denn wenn Sie es seriös machen würden, dann würden Sie alle zusätzlichen gegenüber 2010 eingenommenen Zuweisungen des Bundes, die an die Kommunen weiterfließen, und die zusätzlichen Fonds, die von der EU über den Landeshaushalt an die Kommunen weiterfließen, oben in den Saldo mit reinpacken. Dann haben Sie deutlich mehr als die 15,1. Dann haben Sie schätzungsweise 20 Milliarden. Dann sehen wir nämlich, dass 20 zu 11,7 ge-

nau das Delta ausmacht, in dem Sie den Haushalt nicht konsolidiert haben.

Deshalb bleiben wir dabei: Sie müssten eigentlich im Jahre 2015 schon eine schwarze Null schreiben. Ihre Politik verhindert das. Sie belasten zukünftige Generationen auf jede denkbare Weise.

(Beifall von der CDU)

Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat es uns hier heute mal wieder vorgeführt, was das Problem Ihrer Nichtentscheidungen ist. Der hat nämlich mit einer Hilflosigkeit hier Verteidigungsversuche vorgetragen, die schon fast mitleiderweckend waren. Nach fünf Jahren Rot-Grün hat er nichts zu bieten außer Ausreden zu erfinden, die schneller wechseln als die Farbe seiner Brillengestelle. Hinter dieser Fassade ist einfach nur nichts. Nichts! Mehr als Worthülsen haben Sie da nicht zu bieten.

Das ist im Grunde auch der Punkt, warum Sie in der politischen Auseinandersetzung ständig auf Nebenkriegsschauplätze ausbüxen.

Ein entscheidender Punkt der zukünftigen Herausforderungen ist: Wir haben jetzt mit der Flüchtlingsproblematik und den Ausgaben für die Flüchtlingsproblematik so schwierige Themen vor der Brust, dass es notwendig wäre, dass alle Abgeordneten dieses Landtags auf einem gemeinsamen Kenntnisstand sind über das, was geplant ist. Stattdessen führen Herr Römer und Herr Mostofizadeh hier Zahlen wie die über 2.600 neuen Lehrerstellen ein.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das hat die Ministerpräsidentin auch gesagt!)

– Und die Ministerpräsidentin auch. – Die liegen dem Landtag aber noch gar nicht vor. Sie rechnen Dinge zusammen, um die Sie vielleicht tatsächlich wissen

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Nachtrag!)

oder aber auch nur meinen zu wissen. Sie reden von den Entwürfen eines dritten Nachtrags 2015, von einer Ergänzungsvorlage 2016. Sie lassen das Parlament aber über ganz andere Zahlen und ganz andere Fakten beraten. Wenn Sie die Beratungen hier ernst nehmen und die genannten Dinge wirklich kommen, dann sollten wir die Beratungen so lange aussetzen, insbesondere die Fachberatungen, bis diese Dinge vorliegen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es kann doch nicht sein, dass das läuft wie beim Effizienzteam.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Beim Effizienzteam waren auch Herr Mostofizadeh und Herr Römer als vermeintliche Experten für Haushalt zur Beratung des Kabinetts dabei. Die beiden haben sich als Abgeordnete erster Klasse mit Informationen vollsaugen dürfen, die das Parla-

ment nicht bekommen hat. Diese Informationen wurden als Arkanbereich, als geheim und Vorbereitungshandlungen für die Regierung qualifiziert. Und dann werden sie hier verkauft als die richtigen Zahlen und uns vorgeworfen: Ihr seid ja hinterher!

Wenn es etwas gibt – das sage ich in allem Ernst –, das wir gestern Morgen aus der Gedenkstunde für Wilhelm Lenz hätten mitnehmen können, was die Landtagspräsidentin dort richtig geschildert hat und was in den Reden der Würdigung von Wilhelm Lenz deutlich geworden ist, dann ist es das: Ein Parlament, auch die Regierungsfractionen, müssen sich selbst ernst nehmen.

Wenn ein Parlament das höchste Recht, das es hat, nämlich sein Budgetrecht, nicht ernst nimmt in einer Weise, dass alle Abgeordneten über die gleichen Zahlen, Daten und Fakten beraten können, wenn über Entwürfe und Zahlen kommunikativ anders geredet wird als über das, was hier vorliegt, dann ist genau dieses Budgetrecht in Gefahr. Dann hat die Mahnung von gestern Morgen, auch die der Landtagspräsidentin, nicht gefruchtet. Dann sind Sie in tagespolitischem Klein-Klein unterwegs statt in einer sauberen Wahrnehmung der Aufgaben als Abgeordnete, als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Es gibt einen guten Spruch dazu, nämlich dass sich nicht eine Regierung ein Parlament hält, sondern dass ein Parlament eine Regierung bestellt.

Wenn dieses Verhältnis nicht die Grundlage dafür ist, wie wir in den nächsten Wochen und Monaten auch mit dem schwierigen Thema der Haushaltskonsolidierung, der Haushaltsberatung in schwierigen Zeiten umgehen, dann ist es einfach schwer für jeden Oppositionsabgeordneten.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, entschuldigen Sie, würden Sie kurz vor dem Ende Ihrer Redezeit noch eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Mostofizadeh zulassen?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ja, gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Dann bitte.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Dr. Optendrenk, Sie haben mich persönlich angesprochen. Die Frau Ministerpräsidentin hat nach meiner Erinnerung gestern die Zahlen vorgetragen. Aus diesen Zahlen habe ich eine Prognose errechnet, weil wir in der Koalition auch einen Beschluss zum Vorziehen des Stichtags gefasst haben.

Wir haben uns auch die Mühe gemacht, das hochzurechnen. Daraufhin hat unsere PGF Kontakt mit Ihrem PGF aufgenommen mit der Fragestellung,

einen Nachtragshaushalt in einem bestimmten Verfahren in der nächsten Plenarsitzung abzustimmen. Daraus leiten Sie jetzt ab, dass ich mehr Wissen habe als Sie. Das würde ich gerne wissen, weil ich diesen Vorwurf als einigermaßen unangenehm und auch ungerechtfertigt empfinde.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von den PIRATEN)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Kollege Mostofizadeh, ich hätte jetzt gerne gewusst, welche Frage Sie an mich hatten.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Die Frage ist, woher Sie die Behauptung nehmen, ich hätte mehr Zahlenmaterial als Sie.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Sie haben in Ihrer Rede Zahlen vorgetragen, die die Ministerpräsidentin – Pi mal Daumen, ich habe es nicht im Detail nachverfolgt – auch so vorgetragen hat. Wir beraten hier aber offensichtlich noch nicht den Nachtragshaushalt, der offensichtlich schon Grundlage der Kommunikation zwischen Ihnen, der Landesregierung und anderen ist, mit Sicherheit in der Sache aber mit uns nicht kommuniziert ist.

Sie können nicht ernsthaft eine Einbringungsrede des Herrn Ministers mit Zahlen debattieren, die gar nicht im Haushaltsentwurf stehen,

(Beifall von der CDU)

und ich kann deshalb nur davon ausgehen, dass Sie auf der Basis anderer Kommunikationsvoraussetzungen arbeiten. Für eine Opposition ist es dann eben schwer, wenn das Budgetrecht des Parlamentes als Königsrecht mit Anhörungsrechten und entsprechenden Verfahrenssicherungen immer wieder abgekürzt werden soll nach dem Motto:

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

„Ist doch alles egal, wir telefonieren mal zwischen den PGFs, und dann müsst ihr das ja mitmachen, es dient ja einem guten Zweck.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Und der Nachtrag kommt!)

Frau Beer, wenn es gut wäre, sich im Verfahren zu einigen – wir haben in diesem Jahr bereits zweimal aus guten Gründen als Opposition Verfahrensabschürzungen mitgetragen; alle Oppositionsfractionen gemeinsam in Verantwortung vor dem Land –, dann sollten Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass Sie es uns ungeheuer schwer machen, wenn Sie hier nicht auf der Basis der vom Minister eingebrachten Zahlen beraten und uns dann Vorwürfe, Vorhaltungen und Ähnliches machen sowie Ihre Erfolgsstory verkaufen. Das war ja das Ziel der Rede.

Wenn Sie das so tun, dass wir im Grunde genommen als diejenigen dastehen, die es nicht wissen, sage ich Ihnen: Wir können es nicht wissen. Die Regierung hat uns nicht darüber informiert.

Die Frage ist deshalb, ob man dann ein Beratungsverfahren nicht so abkürzt, indem man es stoppt, bis das alles vorliegt, oder unverzüglich den anderen Fraktionen des Hauses einen – wenn vielleicht auch noch nicht fertigen – Entwurf zur Vorbereitung auf eine schnellere Debatte zuleitet. Ansonsten wird es mit dem parlamentarischen Budgetrecht verdammt schwer. Sie nehmen uns dafür sehr in Anspruch, und das wird auch der Situation des Landes nicht gerecht.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. Bitte bleiben Sie noch vorne. Wir hatten es Ihnen angezeigt: Der Herr Kollege Mostofizadeh hat sich im Anschluss an seine Frage noch zu einer Kurzintervention gemeldet und bekommt jetzt das Wort für 90 Sekunden. Sie kennen das Verfahren und können dann entsprechend entgegnen. Bitte, Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Dr. Optendrenk, der Herr Kollege Laschet hat gestern in der Debatte eine dramatische Situation in den Haushalten der Kommunen beklagt. Alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister möchten gerne Klarheit darüber haben, ob sie jetzt mehr Geld zugewiesen bekommen oder nicht.

Und die Frau Ministerpräsidentin hat die Zahlen, die ich dargelegt habe, eins zu eins in ihrer Rede vorgelesen, denn nur daher habe ich sie auch.

Ich hätte gerne gewusst, warum Sie sich nicht zum Sachverhalt äußern, sondern jetzt quasi fordern, diesen Nachtragshaushalt nicht zügig über die Bühne zu bringen. Sind Sie als CDU-Fraktion also nicht bereit, in der Sache zu debattieren? Und möchten Sie das Verfahren, durch das die Kommunen mehr Geld erhalten sollen und es mehr Lehrerinnen sowie Polizisten geben soll, jetzt über diesen Verfahrenstrick aufhalten, damit man der Landesregierung vorwerfen kann, nicht zügig zu handeln? Das würde ich sehr gerne auch noch einmal wissen.

(Zuruf von der CDU)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Kollege, Sie eröffnen hier einen Nebenkriegsschauplatz, weil Sie wissen, dass Sie im Unrecht sind.

(Beifall von der CDU)

Sie wissen ganz genau – wir haben das eben schon miteinander ausgetragen –, dass wir über einen Entwurf eines Haushaltes 2016 beraten, den der Herr Minister hier einbracht hat. Wenn Sie eine an-

dere Haushaltsunterlage zum Gegenstand des Verfahrens machen möchten, lade ich Sie herzlich ein: Sorgen Sie dafür, dass eine solche sehr schnell zum Beispiel als Änderungsantrag Ihrer Fraktionen auf den Tisch kommt. Wir können dann in einem beschleunigten Verfahren im Interesse der Kommunen, der Bürgerinnen und der Bürger und der Flüchtlinge schnell darüber beraten und sind genauso entscheidungsfähig wie bei dem Nachtrag, in dem es um die Bekämpfung von Terrorismus ging, und wie bei dem zweiten Nachtrag, in dem es bereits auch um Flüchtlingsfragen ging.

Wenn Sie diese Anträge nicht auf den Tisch legen, sondern sagen: „Ja, hören Sie sich doch die Rede der Frau Ministerpräsidentin an, Sie hat Ihnen die Zahlen doch in das Plenarprotokoll geschrieben“, ...

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

... ist das der Situation schlicht nicht angemessen. Das wäre nicht die Ernsthaftigkeit, die von Ihnen und der Landesregierung erwartet werden kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Soweit die Kurzintervention ...

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

... und die Entgegnung darauf. – Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion der Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Herr Dr. Optendrenk, ehrlich gesagt konnte ich Ihren Ausführungen und Ihrer Kritik gerade nicht ganz folgen.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Es gab einen Widerspruch gegenüber dem, was Herr Laschet geäußert hat, nämlich ausdrücklich das Angebot zu machen, über das Verfahren „Nachtragshaushalt und Ergänzungszuweisung“ in Ruhe sachlich zu diskutieren. Das war die Aussage von Herrn Laschet. Sie haben gerade gesagt, dass müsste alles gestoppt werden, weil es nicht funktionieren würde. Diesen Widerspruch kann ich nicht aufklären, aber ich würde Sie bitten, ihn aufzuklären.

Was für mich noch wichtiger ist: Sie haben Transparenz eingefordert. Was ist denn transparenter, als wenn eine Regierung durch die Frau Ministerpräsidentin schon bevor alle Beschlüsse gefasst sind und bevor der Landesregierung selbst alle Zahlen vorliegen, hier gestern in einer Debatte schon Zahlen nennt, mit der die Opposition sich auch schon beschäftigen kann? Mehr Transparenz geht doch gar nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wartet eben nicht auf die Vorlage der Papiere, sondern teilt Ihnen das frühzeitig mit.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Zimkeit, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Optendrenk zulassen?

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Ja, klar.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Ich habe Zeit.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Danke schön, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Es wäre für mich interessant zu erfahren, woraus Sie einen Gegensatz zwischen den Aussagen, die ich gemacht habe, und denen meines Fraktionsvorsitzenden herleiten. Das ist exakt nicht der Fall.

Sie müssten mit mir der Meinung sein, dass wir Ihnen und der Regierung die Brücke gebaut haben, über die Sie jetzt gehen können, wenn es Ihnen wirklich um die Sache geht. Oder nicht?

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Sie haben immerhin noch den Punkt gefunden. Nein, ich habe Sie völlig anders verstanden. Ich habe es schon ausgeführt. Sie haben hier die Forderung in den Raum gestellt, die entsprechenden Verfahren zu stoppen. Herr Laschet hat ausdrücklich angeboten, diese Verfahren durchzuführen. Da habe ich einen Widerspruch rausgehört. Ich glaube, wenn ich das richtig gesehen habe, nicht nur ich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben aber ein wichtiges Stichwort geliefert für die Haushaltsdebatte, wie Sie heute abläuft. Das ist nämlich die Frage von Nebenkriegsschauplätzen. Die drei Reden der Opposition, die Rede von Ihnen, Herr Optendrenk, und die Reden von Herrn Lindner und Herrn Laschet, haben sehr viele Nebenkriegsschauplätze aufgemacht und waren Ablenkungsmanöver.

Sie haben von einem wichtigen Punkt abgelenkt: einer fundamentalen Änderung der Äußerungen der Opposition zum Haushalt. Bis zum heutigen Tag ist in jeder Haushaltsrede und in jeder Finanzrede von den Oppositionsfraktionen hier immer gesagt worden: Die Landesregierung wird die Schuldenbremse nicht einhalten.

Heute hat es da einen fundamentalen Wechsel gegeben. Herr Laschet hat gesagt: Sie wird eingehalten. Herr Lindner hat sich nicht mehr dazu geäußert. Der Kernpunkt Ihrer politischen Kritik der letzten Jahre, nämlich dass die Schuldenbremse durch diese Landesregierung nicht eingehalten wird, ist

heute in sich zusammengebrochen. Davon haben Sie mit sehr umfangreichen Reden abgelenkt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Das ist Haushaltskosmetik!)

– Ja, auch Sie, Herr Witzel, sprechen jetzt von Haushaltskosmetik, von Trickseriei. Sie haben bisher die Behauptung aufgestellt, die Schuldenbremse werde nicht eingehalten. Davon haben Sie sich jetzt endgültig verabschiedet.

Sie haben das rhetorisch, Herr Laschet, Herr Lindner, wie immer, sehr unterschiedlich getan. Jetzt ist Herr Laschet leider nicht da. Er hat gerade zur Rede von Herrn Römer gesagt, das wäre Lorient gewesen. Darauf kann ich nur antworten: Dann war Ihre Rede, Herr Laschet, Louis de Funès – ziemlich chaotisch und ziemlich inhaltsleer.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Er war nicht so lustig!)

– Vor allen Dingen war er lange nicht so hintergründig wie unser Fraktionsvorsitzender. Das hat dann was mit inhaltlicher Kenntnis zu tun, die da fehlt.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Bei aller unterschiedlichen Rhetorik zwischen Herrn Lindner und Herrn Laschet gab es ein paar Übereinstimmungen, die Sie verbindet. Das eine ist, dass beide immer groß nach Konzeptionen für die Zukunft gerufen haben, allerdings in Wirklichkeit selbst keinen Satz zur Zukunft gesagt haben. Sie haben einen einzigen gemeinsamen Vorschlag gemacht, wie Sie die Welt in Nordrhein-Westfalen verbessern wollen – Norbert Römer hat es angesprochen –: Das ist die Abschaffung des Tariftrue- und Vergabegesetzes; das löst dann alle Probleme.

Ich halte fest: Sie wollen die Probleme des Landes durch Lohndumping auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lösen. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Heiterkeit – Beifall von Norbert Römer [SPD])

Die zweite große Übereinstimmung bei Ihnen ist, dass Sie die Interessen Nordrhein-Westfalens in den Hintergrund stellen. Bei Herrn Lindner sind wir es mittlerweile gewöhnt, dass er so viel zu bundespolitischen Themen hier redet.

(Christian Lindner [FDP]: Habe ich gar nicht!)

– Er hat das diesmal ausgelassen; wenn Sie bis zum Schluss warten, hätten Sie diesen meinen Nachsatz gehört. Das fand ich sehr interessant, weil Sie sich zu einer bundespolitischen Frage eben nicht mehr geäußert haben. Bisher war es Konsens zwischen der Regierung und der FDP, zu sagen: Das Betreuungsgeld muss in Kindertageseinrichtungen investiert werden. Das ist das Interesse von Nordrhein-Westfalen. Darauf haben Sie verzichtet.

Das fand ich schon sehr interessant, weil Sie sich hier auf die Seite Nordrhein-Westfalens hätten stellen können.

Bei Herrn Laschet ist es noch interessanter zu beobachten, wie der Umgang mit den Interessen Nordrhein-Westfalens ist. Ich vermisse, dass er sich wirklich auf Bundesebene im Interesse Nordrhein-Westfalens durchsetzt. Er ist stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU. Da muss man doch auch mal in der Lage sein, die Interessen Nordrhein-Westfalens durchzusetzen. Das vermisse ich.

Ich hätte zum Beispiel von Herrn Laschet erwartet, dass er sich an dieses Pult stellt und sagt: Das, was sich bisher in Sachen der Flüchtlingspolitik auf Bundesebene abspielt – die fehlenden Mittel –, ist falsch. Die Bundestagsfraktion der CDU liegt falsch damit, keine Zahlen zu nennen. Es ist nötig, dass der Bund endlich die Kommunen und die Länder unterstützt. – Das habe ich wieder vermisst. Wieder kein Eintreten für die Interessen NRWs!

(Beifall von den GRÜNEN – Beifall von Norbert Römer [SPD] und Britta Altenkamp [SPD])

Das Dritte, was Ihnen gemeinsam ist, Herr Laschet und Herr Lindner, ist Ihre gemeinsame finanzpolitische Strategie. Die tragen Sie jetzt schon in allen Haushaltsdebatten vor. Die gemeinsame finanzpolitische Strategie ist: Wir wollen mehr Geld ausgeben. Herr Kollege Mostofizadeh hat das eindeutig an beeindruckenden Zahlen hier dargestellt. Sie wollen durch Steuersenkungen weniger Geld einnehmen und damit die Schulden senken. Das ist Ihre finanzpolitische Strategie. Man sollte eigentlich gelernt haben, dass dies in diesem Zusammengehen nicht funktioniert.

(Christian Lindner [FDP]: Doch!)

Deswegen möchte ich zumindest zu zwei Aspekten ein paar Zahlen nennen, damit man sich auch mal mit Fakten auseinandersetzen kann. Das eine ist: Insbesondere Herr Lindner hat deutlich gemacht, dass die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze eine sehr zentrale Angelegenheit ist. Die Ministerpräsidentin ist gerade darauf eingegangen. Ich will es einmal hinterlegen.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte zum 30.06. in Nordrhein-Westfalen: 2009 5.800.000, 2014 6.200.000. Das sind 400.000 mehr. Und Sie reden hier von Arbeitsplatzabbau und Beschäftigungsvernichtung. Da sehen Sie, wie Sie mit Fakten umgehen. Die Realität in diesem Land ist eine andere.

Das ist auch so beim zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte. Das ist nämlich die Frage des Pensionsfonds, die gerade noch einmal aufgegriffen wurde. Hier wird immer von der Aufkündigung eines Konsenses gesprochen. Diese Aussage ist falsch. Die Landesregierung steht zu dem, was vereinbart

ist, nämlich welcher Prozentsatz zukünftig aus entsprechenden Rücklagen gebildet werden soll.

Nehmen Sie doch bitte einmal die Fakten zur Kenntnis. Wir in Nordrhein-Westfalen haben 10 Milliarden € in den entsprechenden Rücklagen, und das von Ihnen immer so hochgelobte Bayern hat 2 Milliarden €, also ein Fünftel, bei fast genauso vielen Beamten. Wir zahlen zukünftig weiter 200 Millionen € jedes Jahr in die Rücklagen ein; in Bayern sind es 100 Millionen €. Wenn sonst doch immer Bayern Ihr Vorbild ist, dann haben Sie doch einmal den Mut, hier zu sagen: Das wird in Nordrhein-Westfalen besser gemacht. – Denn das ist Fakt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aus unserer Sicht ist der vorliegende Haushalt eine gute Grundlage für die weiteren Debatten. Dass er zum einen aufgrund der aktuellen Entwicklungen und zum anderen infolge der politischen Beratungen verändert werden muss, ist klar. Ich möchte trotzdem noch einmal deutlich machen, dass er an wichtigen Punkten in die Zukunft investiert.

Er investiert in Jugendliche, die wir mit 55 Millionen € zusätzlich bei der Suche nach einem Arbeitsplatz unterstützen wollen. Wir werden den offenen Ganztag stärken, um Kindern bessere Chancen zu geben. Wir werden allein über 170 Millionen € in die digitale Zukunft investieren. Das hätte man im Haushalt finden können, wenn man sich damit entsprechend auseinandergesetzt hätte. Zur Finanzierung von Krankenhäusern ist schon viel gesagt worden.

Meiner Meinung nach müssen wir auf eines achten: Dies sind wichtige Zukunftsinvestitionen, und weitere müssen folgen. Ich habe an alle Fraktionen und alle Kolleginnen und Kollegen eine Bitte für die anstehenden Haushaltsberatungen: Lassen Sie uns das, was zur Integration der Flüchtlinge an zusätzlichen Finanzmitteln notwendig sein wird, nicht gegen andere notwendige Zukunftsinvestitionen ausspielen. Das wäre nicht im Sinne unseres Landes und seiner Menschen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin, vielen Dank. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Zimkeit, wie man es macht, man macht es Ihnen nicht recht. Jetzt habe ich angeblich zu wenig Bundespolitik eingebracht. Ich möchte Ihnen aber gerne quittieren: Natürlich halten wir an unserer Auffassung fest, dass das nicht für das Betreuungsgeld aufgewendete Haushaltsvolumen für die Verbesse-

rung frühkindlicher Bildungsförderung eingesetzt werden muss.

Trotzdem ist etwas Bemerkenswertes an Ihrem Vorschlag. Ein kleiner rot-grüner Faden ist, dass Sie immer bemängeln, ich sei zu oft in Berlin usw. usw.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Habe ich noch nie gesagt!)

Ich will Ihnen ganz offen sagen: Ja, ich bin relativ oft in Berlin, und ich würde mich freuen, die Ministerpräsidentin öfter in der Hauptstadt zu treffen, damit sie dort nordrhein-westfälische Interessen vertreten kann. Das ist nämlich eigentlich ihr Auftrag.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie glauben gar nicht, wie oft ich da bin!)

– Ich freue mich, dass Sie oft da sind, Frau Kraft, aber offensichtlich sind Ihre Besuche bislang doch relativ wirkungslos gewesen, wenn man die unterschiedlichen politischen Fragen, mit denen wir uns beschäftigen müssen, betrachtet.

(Martin Börschel [SPD]: Sie trifft sich ja nicht mit Ihnen! Das ist der Punkt! Warum auch?)

Frau Kraft hat erklärt, man müsse auf die Details schauen. Es ist ja eine rhetorische Figur von Ihnen, dass Sie immer sagen, die Opposition habe die Details gar nicht genau im Blick und würde alles falsch zitieren. Das können Sie gerne machen, Frau Kraft. Ich freue mich schon darauf, wenn wir Ihre Wirklichkeitswahrnehmung und Ihre Details im Wahlkampf mit dem vergleichen, wie die Menschen die Sache sehen. Dann bin ich gespannt, ob Sie Ihre rhetorische Figur durchhalten.

Ich möchte es an drei Punkten deutlich machen.

Erster Punkt: Arbeitsmarkt. Herr Zimkeit, niemand hier – ich zumindest nicht – hat vom Abbau von Arbeitsplätzen gesprochen. Hören Sie genau hin. Gerade wenn Sie auftreten und andere korrigieren wollen, achten Sie genau darauf, was gesagt worden ist.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Was ist denn das für eine Haltung? Das ist ja unglaublich!)

Ich habe nicht davon gesprochen, dass Beschäftigung abgebaut worden ist. Ich habe die Situation des Arbeitsmarkts in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit anderen Bundesländern gesehen, und da können Sie nicht zufrieden sein. In Nordrhein-Westfalen ist die Arbeitslosenquote 25 % höher als der Bundesdurchschnitt. Selbst Thüringen ist besser. In Nordrhein-Westfalen liegt die Arbeitslosenquote 41 % über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer.

(Norbert Römer [SPD]: Wie war das denn in Ihren Zeiten?)

Es sind Tausende Familien betroffen, weil die Arbeitsmarktdynamik schlechter ist als im Bundesgebiet insgesamt.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Wenn Sie darauf stolz sind, Frau Ministerpräsidentin, ist das eine Form von Realitätsverlust.

(Beifall von der FDP – Norbert Römer [SPD]: Wie war das jetzt in Ihrer Zeit?)

Zweiter Punkt: BLB. Jetzt wird uns erläutert, dass Ihre Operation, aus dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb Darlehen zu reduzieren und an den Landeshaushalt abzugeben, ein großartiges Geschäft sei. Das Landesdarlehen an den BLB beträgt 2,9 Milliarden €. Wenn das so ein geniales Geschäft ist, wie Sie hier dargestellt haben, frage ich mich, warum das Darlehen nicht sofort komplett abgelöst wird.

(Norbert Römer [SPD]: Keine Ahnung! Nicht zu fassen!)

Es bleibt dabei: Sie fummeln mit Nebenhaushalten rum, um die Zahlen für den Kernhaushalt zu frisieren. Das ist die Strategie.

(Beifall von der FDP)

Dritter Punkt: Frau Ministerpräsidentin, Sie haben mit großer Geste Zahlen aus dem heute veröffentlichten Bildungsmonitor dargestellt. Das taten Sie vermeintlich, um den FDP-Fraktionsvorsitzenden zu entkräften, um aufzuzeigen, was ich alles Falsches gesagt habe. Meine Güte! Herr Zimkeit sprach bezüglich dessen, was Sie hier vorgetragen haben, von einem Nebenkriegsschauplatz.

Die wahren Zahlen, auf die es ankommt, sind doch von heute, und die können Sie nicht widerlegen. Sie haben sie aber verschwiegen, weil Sie, glaube ich, ein Stück weit auch die Courage verloren haben, genau zu benennen, wo die Defizite sind. Deshalb trage ich sie Ihnen nach, Frau Kraft, damit Sie hier nicht das letzte Wort haben mit Ihrer merkwürdigen Darstellung der Lage im Bildungssystem.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Betreuungsrelation an Schulen und Hochschulen: Nordrhein-Westfalen – raten Sie mal – Platz 16 von 16.

Qualität der beruflichen Bildung – raten Sie mal –: Platz 16 von 16. Und seit 2015 sparen Sie 500 Stellen bei den Berufskollegs ein.

Aber insbesondere weil Ihr Credo, Frau Kraft, immer „Kein Kind zurücklassen“ lautete

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Immer noch!)

– das sagen Sie immer noch –, ist es für mich beschämend, dass Sie bei der ganzen Litanei, die Sie hier aus dem Bildungsmonitor vorgetragen haben, verschwiegen haben, dass Nordrhein-Westfalen bei der Bildungsarmut auf Platz 13 von 16 liegt. Nur die Stadtstaaten sind schlechter. Wenn Sie dann sagen, Ihre Bildungspolitik sei erfolgreich, ist das eine Form von selektiver Wirklichkeitswahrnehmung.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Lindner, einen Wackelpudding an die Wand zu nageln ist einfacher, als Ihrer Haushaltspolitik zu folgen.

(Christof Rasche [FDP]: Ich glaube, Sie können beides nicht!)

Ich habe Ihnen, Herr Optendrenk und Herr Laschet, in den vergangenen vier Stunden zugehört und versucht, zu verstehen, was die Alternative in dem letzten vollen Haushaltjahr, für das der Plan vorliegt, ist. Wie lauten Ihre Vorschläge, um dieses Land in der konkreten Haushaltssituation voranzubringen?

Sie haben sich in dieser Debatte im Vergleich zu den Debatten in den Vorjahren und auch im Vergleich zu dem, was Sie 2005 bis 2010 in diesem Land als Regierung gemacht haben, mehrfach widersprochen – nicht bei irgendwelchen Nebenkriegsschauplätzen, sondern bei ganz zentralen Fragen für das Land.

Einige Beispiele:

Unter der Regierung Rüttgers gab es eine pauschale Kürzung über alle Ressorts hinweg. 1,5 % der Stellen wurden jedes Jahr eingespart.

In Ihrem Haushaltskonzept zur Landtagswahl 2012 und auch in den Beratungen der Haushalte der letzten Jahre haben Sie mehrere Tausend Stellen zur Disposition gestellt. 2012 gingen Sie dann in den Wahlkampf und haben allen im öffentlichen Dienst paradoxerweise gleichzeitig zugesagt, mit Ihnen gebe es keine Kürzungen mehr.

Noch nicht einmal ein Jahr später haben Sie in den Haushaltsberatungen dann den Rasenmäher herausgeholt. Herr Laschet hat das Saarland als Vorbild genommen und wollte 10 % aller Stellen einsparen. Er hat hier gesagt: „Das Saarland kürzt 10 % pauschal über alle Ressorts hinweg. Warum machen Sie das nicht? – Das wären mal eben 40.000 Stellen in der Landesverwaltung gewesen. Das haben Sie in den Haushaltsberatungen – zuletzt 2014 – so gefordert.

40.000 Stellen einsparen! Dabei sollten aber keine Stellen bei den Lehrerinnen und Lehrern, bei der Polizei und bei der Justiz eingespart werden. Die Ministerpräsidentin hat mit dem „Spiel des Jahres“, das sie eben vorgestellt hat, schon recht: Das grenzt schon an Zauberei. – Das ist schwarze Magie; das können auch nur Sie. Das ist negative Mathematik. 40.000 Stellen wollen Sie einsparen, aber alles wird ausgeklammert. Das geht so nicht!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie müssen doch in dem letzten Haushalt vor der nächsten Landtagswahl Stellung beziehen. Wo können wir Ihrer Meinung nach Landesaufgaben streichen? Wo sollen wir Stellen kürzen? Wo wollen Sie die Einsparungen vornehmen? Sie haben hier ein Delta aufgezeigt, das angeblich 9 Milliarden € betragen soll. Wo soll es diese Kürzungen geben?

Was kommt denn 2017 auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu, sollten Sie dieses Land gestalten? Welche Position von Ihnen gilt denn nun? Gelten die pauschalen Kürzungen von 10 %? Stehen 40.000 Stellen in der Landesverwaltung auf dem Spiel? Sagen Sie das doch einmal ganz konkret.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, bei dem Sie nicht konkret sind, der aber für viele Familien und für viele, die sich auf den Weg nach Nordrhein-Westfalen machen – bei uns studieren derzeit über 700.000 junge Menschen –, wichtig ist. Sagen Sie denen doch mal, wie die Haltung der Unionsfraktion zum Thema „Studiengebühren“ ist.

Norbert Röttgen hat noch 2012 versichert, es gebe keine Wiedereinführung von Studiengebühren; die Eltern sollen sich auf Entscheidungen verlassen können, die kürzlich getroffen wurden. – Im selben Jahr haben Sie hier im Landtag den Antrag gestellt, Studiengebühren wieder einzuführen. Inzwischen wären wir bekanntlich das einzige Bundesland mit Studienbeiträgen. Ihr Euphemismus für „Studiengebühren“ ist ja „Studienbeiträge“.

Die Einbringung des Haushalts 2016 – Sie sind seit fünf Jahren in der Opposition – wird bereits im Zeichen der Auseinandersetzungen vor der nächsten Landtagswahl stehen. Wollen Sie denn jetzt wieder Studienbeiträge einführen? Für eine Familie mit zwei Kindern, die gerade das Abitur gemacht haben, die die Fachhochschulreife erlangt haben oder die andere Wege zu den Hochschulen, die es inzwischen gibt, beschritten haben, ist das ein brennendes Thema. Es geht um 2.000 € netto im Jahr. Bekennen Sie doch einmal Farbe! Wie ist denn jetzt Ihre Haltung zu diesem Thema?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Da wir schon einmal beim Punkt Studiengebühren sind – auf diese Paradoxie habe ich Sie ja schon mehrfach hingewiesen –: Wenn Sie die Wiedereinführung der Studienbeiträge in Ihrem Haushaltskonzept als Einsparvorschlag ansehen, dann bedeutet das, dass Sie Eltern und Angehörige belasten und dass Sie den Hochschulen die Mehreinnahmen, die dadurch entstehen, wieder wegnehmen müssen. Sonst wäre es haushalterisch keine Einsparung. Das ist doch paradox.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie wechseln Ihre Haltung nicht nur in diesem Punkt schneller als mancher Profifußballer seine Vereinszugehörigkeit in der Transferphase.

(Beifall von den GRÜNEN)

An den beiden Punkten wird deutlich, dass man sich auf Ihre Aussagen nicht verlassen kann – noch nicht einmal in der Opposition. Auf eines aber ist Verlass: Sie lassen keine Möglichkeit aus, dieses Land schlechtzureden.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist die Politik dieser Landesregierung!)

Herr Lindner hat eben wieder damit angefangen. Wenn Herr Laschet jetzt im Saal wäre, dann würde er das natürlich abstreiten. Ich habe es aber sozusagen blau auf weiß.

Der „BAYERNKURIER“ ist eine Art „Playboy“ der CSU.

(Christof Rasche [FDP]: Wie der BUND für die Grünen!)

Der Untertitel ist auch interessant: Das Magazin für Orientierung. Die Schutzgebühr beträgt 7 €. Ich verkürze das einmal: „Zeche Zollverein“, „Die Zeche Deutschlands“, „Was kostet Bayern Nordrhein-Westfalen?“.

In einigen Aussagen in diesem Artikel geht es um die Finanzsituation, um die Infrastruktur – dazu sage ich gleich noch etwas –, um Hochschul- und Schulpolitik. Es ist schon ein Kunststück, dass auf immerhin sechs Seiten nicht ein einziges Mal das Thema „Länderfinanzen“ oder „Finanzausgleich“ vorkommt. Deswegen ist es notwendig – ohne diesem Blatt zu viel Bedeutung beimessen zu wollen –, ein paar Fakten zu nennen. Die Ministerpräsidentin hat das in ihrem Beitrag auch noch einmal ausgeführt:

Die Nettoneuverschuldung wurde in den letzten Jahren gesenkt, und für jeden investierten Euro müssen wir viel weniger an Krediten aufnehmen. Es kann doch aber nicht sein, dass Länder wie beispielsweise Sachsen, das Sie hier ja bei jeder Gelegenheit als Vorbild darstellen, viel höhere Anteile je Euro – ich glaube, es sind 30 Cent – an Krediten aufnehmen müssen und trotzdem einen ausgeglichen Haushalt erzielen; sie tilgen ja schon.

Wir sind uns in der Debatte über den Länderfinanzausgleich doch eigentlich einig – zumindest wir, meine Damen und Herren von der CDU. Vor Kurzem haben wir zusammen einen Antrag verabschiedet und stimmen eigentlich darin überein, dass wir an diese Sache herangehen müssen.

Es kann doch nicht sein, dass Sie in Parteimagazinen Nordrhein-Westfalen in dieser Art und Weise diffamieren und nicht ein einziges Mal darauf eingehen, wie die Länderfinanzbeziehungen aussehen. Sie suggerieren, starke Länder, die Südländer, wür-

den uns finanzieren, wir erhielten also quasi Entwicklungshilfe. Das kann es doch wirklich nicht sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Stattdessen ist wahr, dass wir 26 % aller Studierenden in Deutschland ausbilden. Wir bekommen aber zum Beispiel für den Hochschulneubau nur 15 % der Bundeszuschüsse. Das liegt weit unter dem Königsteiner Schlüssel.

Nach dem Königsteiner Schlüssel erhalten wir 21 % der Mittel für Wissenschaft und Forschung.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Wer hat denn den Königsteiner Schlüssel eingeführt?)

Bei 26 % Absolventinnen und Absolventen, die hier ihre Ausbildung machen, ist das auch ein Delta. Reden Sie doch einmal über dieses Delta.

Im Verkehrsbereich – bei den Regionalisierungsmiteln für den Nahverkehr – erhält NRW sogar nur 15,8 %. Das ist in jedem Jahr fast eine halbe Milliarde Euro weniger, als uns nach dem Königsteiner Schlüssel zustehen würde.

Und dann werden uns noch zusätzlich Steine in den Weg gelegt, weil die CSU wie zu Zeiten von Strauß ihre Pfründe sichert und einen Großteil der Großprojekte, einen Großteil der Infrastrukturmaßnahmen nach Bayern schleust.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In der Debatte wurde es schon gesagt, aber ich will es noch einmal in Relation setzen: 2,7 Milliarden € Bundesgelder für Straßenbau – 128 Millionen € für Nordrhein-Westfalen, 621 Millionen € für Bayern. Schreiben Sie doch einmal den alten „Ajatollahs“ von der CSU in das „Magazin für Orientierung“, dass es hier darum geht, unsere Infrastruktur zu sanieren und zu erhalten, und dass wir nicht mit Bundesgeldern den Neubau von Straßen im Bayerischen Wald finanzieren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ein weiteres Heilmittel, das Sie uns hier verkaufen wollen, ist ÖPP. Es wurde schon gesagt, dass es hinreichende wissenschaftliche Publikationen gibt, die ganz klar feststellen: Gerade bei Infrastrukturprojekten hat die öffentliche Hand immer draufgezahlt. – Wir wollen uns der Debatte nicht grundsätzlich verschließen, aber ich bitte Sie einfach, das zur Kenntnis zu nehmen und nicht so zu tun, als wenn es ein Heilmittel gäbe und alle ganz wild darauf seien, private Investoren zu akquirieren, an private Gelder zu kommen, als sei dies eine gute Sache, eine Win-win-Situation.

Wir müssen aufpassen und müssen genau hinschauen. Sie können nicht behaupten und das als Monstranz vor sich hertragen, dass dies die Lösung unserer Infrastrukturprobleme wäre. Sie könnten

viel konkreter handeln, indem Sie einmal mit Ihren Parteifreunden aus Bayern sprechen.

Meine Damen und Herren, wir sind solidarisch. Wir leisten mehr aus eigener Kraft. Dann brauchen wir aber auch Hilfe. Wir müssen das Bund-Länder-Finanzgefüge neu ordnen, und zwar schnell. Es geht unseres Erachtens nicht, dass das jetzt in den Verhandlungen mit anderen Dingen gekoppelt wird. Sie sollten das nicht einfach so abtun, sondern sich ernsthaft damit auseinandersetzen. Denn im Interesse unseres Landes sind wir alle gefragt, nicht nur die regierungstragenden Fraktionen.

Seit 2010 fordern Sie hier, wie auch eben in der Debatte, mehr Geld und Stellen bei der Polizei, der Justiz, bei Lehrerinnen und Lehrern, heute wieder mehr Geld für die Kommunen, mehr Mittel für Hochschulen, bessere Bezahlung von Beamtinnen und Beamten. Sogar bei der Schulsozialarbeit, bei der Ihre Bundesregierung eingespart hat und die wir als Land aufgefangen haben, ist es Ihnen nicht genug.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Grunde lässt sich sagen: Wann immer eine Gewerkschaft, eine Interessengruppe mehr Stellen, mehr Geld gefordert hat, waren Sie dabei. Es hieß: Das ist zu wenig, zu spät, nicht genug. – Sie haben immer versucht, alle zu bedienen. Ihre Reihen sind auch so spärlich besetzt, weil Sie durch das Land tingeln und immer allen alles versprechen.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Was soll das denn?)

Im Haushalt 2016 gibt es jetzt Mehrausgaben. Wir haben Verpflichtungen. Wir haben Personalausgaben mit einer Steigerung von über 800 Millionen €, die allein aus der Dynamik der Kosten für die Versorgungsempfänger erwachsen. Es gibt Mehrkosten bei der Grundsicherung. Für den Hochschulpakt sind es über 300 Millionen € mehr, und wir haben Mehrausgaben für die Flüchtlinge.

Wir haben an konkreten Punkten – die Ministerpräsidentin hat gestern in der Unterrichtung zum Nachtrag schon einige genannt, beispielsweise offene Ganztagschule – 10.000 zusätzliche Stellen.

Wir haben für das Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“ – Herr Lindner ist nicht mehr hier; er sollte da einmal zuhören – 55 Millionen € zusätzlich bis 2019.

Wir haben ein Investitionspaket für die Krankenhausversorgung, für die Krankenhauspauschalen. Wir haben ein Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die Uniklinika von einer halben Milliarde Euro.

Hören Sie auf, so zu tun, als wenn diese Regierung einfach nur den Status quo erhält, also keine Investitionen erfolgten. Ich habe eben auf Twitter verfolgt, NRW würde zu wenig investieren.

Es gibt in diesem Haushalt für mehrere Hundert Millionen Euro Investitionsprogramme, die konkret etatisiert sind, mit deren Umsetzung begonnen wird. Hören Sie auf, so zu tun, als würden wir hier nur den Stillstand verwalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss – nicht nur, weil Herr Marsching danach gefragt hat – die Digitalisierung ansprechen. Herr Marsching, eigentlich wollte ich gar nicht darauf eingehen, aber mich stört in der Berichterstattung immer die Formulierung, dass wir, wenn wir die „Sprache der Digitalisierung“ nicht sprechen könnten, Zukunftsprobleme hätten. Es würde helfen, würden Sie erst einmal lernen, einen Haushaltsplan zu lesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie dann sagen, es gebe nichts Konkretes zum E-Government-Gesetz, dann muss ich Ihnen erwidern: 150 Millionen € sind in diesem Haushalt für mehr Bürgerfreundlichkeit und Effizienz veranschlagt.

(Zuruf von Matthi Bolte [GRÜNE])

Für die Förderung der digitalen Wirtschaft finden Sie im Haushalt insgesamt 26 Millionen €.

Ich weiß nicht, was wir noch machen sollen. Wahrscheinlich müssen wir noch eine Zeichnung anfertigen. Wenn Sie also behaupten, hier würde nichts geschehen, geht das komplett fehl.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben 2010 – damit will ich enden – bei einer Neuverschuldung von 6,5 Milliarden € übernommen und haben diese um 5,1 Milliarden € abgebaut. Wir sind mit dem Haushaltsplanentwurf bei 1,48 Milliarden € – 77,5 % Abbau der Neuverschuldung bei gleichzeitiger Steigerung, bei Mehrausgaben für wichtige Projekte.

Bei den Mehreinnahmen, die wir generiert haben, hatten wir Sie immer gegen uns. Beim Ankauf der Steuer-CDs haben wir erlebt, wie Sie den Finanzminister als Hehler bezeichnet haben. Inzwischen gab es über 20.000 Selbstanzeigen; ich habe mir die aktuellen Zahlen gestern extra noch einmal angesehen.

Wir haben die Selbstanzeigen 2015 verteuert, was viele veranlasst hat, möglichst noch 2014 reinen Tisch zu machen. Leute, die Steuern hinterziehen, wollen natürlich nicht zusätzliche Gelder verschenken. Deshalb gab es Ende des letzten Jahres eine Bugwelle.

Wenn wir uns aber dann die Zahlen bis in den Juni anschauen, dann stellen wir schon wieder eine Verdoppelung im Vergleich zum letzten Jahr fest. Durch die zusätzlichen 2.500 Selbstanzeigen im ersten Halbjahr 2015 haben wir schätzungsweise Mehreinnahmen von 125 Millionen €. Das alles sind

Mehreinnahmen, die wir nicht hätten, wenn wir Ihrem Weg gefolgt wären. Sie haben erklärt: Das wollen wir nicht, das machen wir nicht. – Stattdessen wollten Sie einen höchst dubiosen Deal mit der Schweiz eingehen. Das haben wir nicht getan. Deswegen ist das die alleinige Bilanz dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Leute sollten erkennen können, wohin die Reise geht. Wir werden in den Haushaltsberatungen mit der Ergänzungsvorlage noch konkrete Maßnahmen für die aktuellen Herausforderungen hinterlegen.

So, wie Sie sich verhalten, auch heute wieder in der Debatte, wissen die Leute nicht, wohin die Reise geht, wenn sie bei Ihnen ihr Kreuz machen. Es müsste allmählich erkennbar werden: Ein Kessel Buntes hat im Fernsehen einige Jahre ohne Zweifel funktioniert.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Na ja!)

Das war aber in der DDR, und da gab es nicht viel Auswahl. Ob Sie das bei einer Landtagswahl im einwohnerstärksten Bundesland wirklich ausprobieren sollten, ist Ihre Sache. Wir sind konkret, und wir helfen dort, wo es notwendig ist.

Zu dem Verfahren, das Herr Dr. Optendrenk angesprochen hat – dabei will ich es eigentlich bewerten lassen –: Ich hoffe, dass wir genauso, wie wir es bei den anderen beiden Nachtragshaushalten gehalten haben, gemeinsam das beschleunigte Verfahren anwenden können. Natürlich muss das Parlament über die Zahlen beraten. Aber ich denke, das Verfahren, das auch Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer bekannt ist, ist so, dass wir uns in vielfältiger Art und Weise über konkrete Maßnahmen austauschen und natürlich auch noch über Änderungsanträge aus den Fraktionen beraten können. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und daheim! Als fast der Letzte in der Rednerliste bin ich so eine Art „Bone Collector“. Gehen wir einmal auf Ihre Redebeiträge ein.

„Wünsch dir was“, Herr Kollege Abel, haben wir hier natürlich nicht. Aber ich danke Ihnen selbstverständlich für die Aufzählung des Bauchladens der Landesregierung, aus dem Landeshaushalt punktuell Wohltaten über das Land zu verteilen.

Ich möchte Ihre Bemerkung aufgreifen, man müsse den Haushalt lesen können, dann würde man auch erkennen, dass es 150 Millionen € seien. Der Kollege Zimkeit meinte eben, es seien 170 Millionen €. Wir sehen mal, ob die Zahl am Ende stimmt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das waren 150 und die 20 Millionen €, die er gesagt hat!)

– Na, gut, 150 plus 20. Dann nehmen wir also die 170 Millionen € von Ihnen, Herr Kollege Zimkeit, für den Bereich des digitalen Wandels. So, wie es die Frau Ministerpräsidentin Anfang dieses Jahres für die nächsten zwei Jahre als die führende Agenda dieser Landesregierung in die Bücher geschrieben hat, reicht dieser Betrag bei Weitem nicht aus, wenn man bedenkt, dass der Landeshaushalt 2016 ein Volumen von 67 Milliarden € ausweist. Mit den 170 Millionen € für das Hauptthema dieser Landesregierung liegen wir im nächsten Jahr bei unter 0,5 % des Landeshaushalts.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von den PIRATEN: Das ist peinlich! – Stefan Zimkeit [SPD]: Zusätzliche 170 Millionen €!)

Das ist wirklich ein Armutszeugnis für den Wissenschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen, der durch die Landesregierung zukunftsfähig gemacht werden soll. Davon ist bei Weitem nichts zu sehen.

Frau Ministerin Löhrmann, Frau Vizeministerpräsidentin, einen schönen Gruß an die Ministerpräsidentin, die offenbar einen anderen Termin hat. Sie hat ja eben kräftig gegenüber Herrn Marsching ausgeteilt – leider Gottes nur in einem recht untergeordneten, aber zumindest aus unserer Sicht durchaus wichtigen Punkt – in Bezug auf die Vorgänge in Garzweiler. Da hat sie ihn regelrecht gemäßregelt – das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen – und dabei Innenminister Jäger in Schutz genommen. Das kann man natürlich tun, aber eins muss man wissen:

Journalisten wurden festgesetzt. Friedliche Demonstranten wurden eingekesselt, durch Werkchutzleute in Kooperation mit der Polizei bedrängt. Insofern müssen wir Augenzeugenberichten Glauben schenken, solange keine Aufklärung, insbesondere seitens der Fach- und Dienstaufsicht des Innenministeriums, geleistet worden ist.

(Minister Ralf Jäger: Das war alles im Rahmen eines Hausfriedensbruchs!)

– Herr Innenminister, es steht Ihnen nicht zu, juristisch zu beurteilen, welche Taten hier vorgelegen haben.

(Minister Ralf Jäger: Wieso das denn nicht?)

– Ihre Aufgabe ist es, die Aufklärung im Hinblick auf die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen zu betreiben.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben Gott sei Dank noch Gewaltenteilung in Nordrhein-Westfalen, sodass die Frage der Beurteilung in juristischer Hinsicht Ihnen sicherlich nicht zusteht.

(Minister Ralf Jäger: Wem denn sonst?)

– Das möchte ich gerne im Protokoll haben. Ich hoffe, es wird protokolliert, dass die Frage der juristischen Beurteilung von Handlungen von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes Sache des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen ist. Das muss man sich einfach auf der Zunge zergehen lassen.

(Minister Ralf Jäger: Dann darf die Polizei bei Straftaten nicht mehr einschreiten?)

– Herr Innenminister Jäger, die Polizei darf selbstverständlich bei Straftaten jedweder Art eingreifen. Ob hier jedoch Straftaten vorgelegen haben, ist eine Beurteilung, die Ihnen gar nicht zusteht.

Wenn die Polizei gemeinsam mit dem Werksschutz gegen Demonstranten oder Aktivisten, gegen Umweltschützer vorgeht, die unter anderem durch die Grüne Jugend aufgerufen worden sind, die gegen die Vorgänge in Garzweiler protestieren, und dabei gleichzeitig die darüber berichtenden Journalisten festgesetzt werden, dann kann diese Landesregierung nur in einem Atemzug mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes und anderen Protagonisten auf Bundesebene genannt werden, die gerne gegen Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland vorgehen und die Pressefreiheit mit Füßen treten.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Darüber hinaus hat die Ministerpräsidentin für die Opposition wenig Gutes oder Positives in der Hand gehabt bzw. bemerkt. Ich erinnere mich an das Jahr 2012, an die erste Erklärung von Ministerpräsidentin Kraft nach ihrem Amtsantritt, als sie von einer Politik der Einladung, von einer Politik der ausgestreckten Hand sprach.

Ich habe hier und heute so viele Vorschläge gehört, insbesondere von allen Oppositionsfraktionen, und davon ist nicht ein Aspekt aufgegriffen worden. Aber das Schweigen könnte möglicherweise darauf hindeuten, dass seitens der Regierungsbank mitgeschrieben worden ist. Dann bleibt nur zu hoffen, dass insbesondere das, was mein Fraktionsvorsitzender Marsching eben gesagt hat, als Blaupause für eine Vision für NRW hergenommen wird.

Visionslos ist das, was wir heute von der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Haushalt 2016 gehört haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Herr Kollege Zimkeit hat natürlich recht, wenn er sagt: Wir müssen darauf aufpassen, dass die notwendigen Ausgaben für den Bereich „Flüchtlinge“ nicht gegen andere Investitionen des Landes aus-

gespielt werden. Selbstverständlich sind auch Ausgaben in Integration, Bildung und Unterbringung von Flüchtlingen Ausgaben für die Zukunft. Aber das ist doch nicht das, was den wesentlichen Kern des Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen 2016 ausmacht.

Auch von Ihnen, Herr Finanzminister, habe ich sehr viel dazu gehört, was das Ansteigen der Flüchtlingszahlen in Nordrhein-Westfalen mit der Ausgangssituation zu tun hat. All das ist sicherlich richtig. Es ist auch wichtig, dies im Zusammenhang mit einem Nachtragshaushalt hier ans Pult zu bringen. Ein solcher hätte am 18. August 2015 schon längst auf dem Tisch liegen können, nachdem bekannt wurde, wie viele Flüchtlinge Nordrhein-Westfalen erreichen werden.

Gestern hörten wir konkrete Zahlen. Diese Zahlen sind doch seit dem zweiten Nachtragshaushalt unterlegt, der dieses Jahr schon vorgelegt worden ist. Man braucht doch nur einen Dreisatz anzuwenden, um da einen Nachtragshaushalt aufzustellen und ihn hier zur Debatte zu stellen. Da muss man nicht warten, bis am 23. September in Berlin ein Flüchtlingsgipfel stattfindet, um eventuell am 24. September im Kabinett einen Nachtragshaushalt zu beschließen, der dann mit den Zahlen seitens des Bundes aufgefüllt wird. Wir reden hier von zusätzlichen Ausgaben für den Rest des Jahres 2015 zwischen 500 Millionen € und 700 Millionen €, die das Land Nordrhein-Westfalen tätigen muss.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Dass es Sie nicht interessiert, was auf der Bundesebene passiert, ist mir klar!)

– Frau Kollegin Beer, das interessiert mich selbstverständlich. Aber Fakt ist doch: Die Zahlen liegen schon auf dem Tisch. Ich muss doch mit dem Nachtragshaushalt und der Aufstellung desselben nicht warten, bis Finanzminister Schäuble das Füllhorn auskippt und irgendwelche Brosamen auf die Bundesländer verteilt.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Die Länderfinanzminister haben doch schon im Juni zusammengesessen und bereits zu diesem Zeitpunkt gesagt, dass pro Flüchtling im Mittel 12.500 € anzusetzen sind. Das brauche ich doch mithilfe eines einfachen Dreisatzes nur mit 800.000 zu multiplizieren.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wo sind die denn, Herr Schulz?)

Dann teile ich das durch die Anzahl der Monate, nehme den 18. bzw. 19. August, rechne das hoch bis zum Jahresende, und dann komme ich auf die Zahlen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So machen Sie Haushaltspolitik!)

Dann brauche ich nicht zu warten, bis das Füllhorn ausgeschüttet wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Abgesehen davon haben wir in diesem Jahr doch 2,2 Milliarden € Mehreinnahmen an Steuern. Das Land Nordrhein-Westfalen freut sich doch so über die wunderbare Zivilgesellschaft, die helfend eingreift. Es liegt an der Landesregierung, einen Schritt nach vorne zu machen und einen Teil der Mehreinnahmen – zumindest etwa ein Viertel dieser 2,2 Milliarden € – dafür aufzuwenden, den Kommunen unter die Arme zu greifen und ihnen die Mittel zur Verfügung stellen, damit sie die Flüchtlinge unterbringen können, die ihnen zugewiesen wurden und werden. All das passiert aber nicht. Der Nachtragshaushalt kommt zu spät. Das wurde bereits gesagt.

Herr Finanzminister, was die Landespolitik, die Finanzen des Landes und vor allen Dingen die Zukunftsperspektiven angeht, sprechen Sie von den Hidden Champions. Diese stünden für den Transformationsprozess im Land Nordrhein-Westfalen hinsichtlich des digitalen Wandels. Diese Geschichten haben wir schon mehrfach gehört.

Unternehmen und Menschen stehen für das Land Nordrhein-Westfalen. Es wird hier immer behauptet, die Opposition rede das Land schlecht. Nein, das Land ist hervorragend. Aber eines dürfen wir in der Opposition: Wir dürfen diese Landesregierung schlechtreden. Versuchen Sie doch endlich einmal, sich vernünftig mit Zahlen, Fakten und Zukunftsvisionen herauszureden.

(Beifall von den PIRATEN)

Das wird Ihnen angesichts dessen, was die Opposition hier immer wieder – Tag für Tag, Woche für Woche und Monat für Monat – auf den Tisch bringt, nur schwerlich gelingen – es sei denn, Sie nehmen endlich das ernst, was die Ministerpräsidentin dieses Landes am Anfang dieser Legislaturperiode gesagt hat: Nehmen Sie die Hände der Opposition einfach einmal an und setzen mit um, was wir sagen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Schulz. – Bevor ich dem Finanzminister das Wort erteile, möchte ich mich gerne noch einmal an Sie wenden, Herr Innenminister, auch wenn Sie mir jetzt nicht zuhören, aber das wird dann ja protokolliert.

(Minister Ralf Jäger unterhält sich mit einem Abgeordneten.)

Zwischenrufe – und seien sie noch so leise – die zu Scharmützeln verbaler Art führen und damit im Protokoll landen, würde ich künftig gerne nur noch dann hören, wenn ich Sie mit „Herr Kollege Jäger“ anre-

den kann, das heißt, wenn Sie auf der Abgeordnetenbank sitzen.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Vielen Dank dafür, dass das ins Protokoll aufgenommen wird. – Jetzt hat der Finanzminister das Wort. Herr Dr. Walter-Borjans!

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nur ein paar kleine Anmerkungen zu dem machen, was Herr Lindner hier eben vorgestellt hat. Er tritt gerne in der Pose des blendenden Redners auf. Man kann es aber auch kurz zusammenfassen und sagen: des Blenders. – Das ist etwas, was höchst ärgerlich ist. Die Art, hier vollmundig etwas darzustellen, ist eine absolute Irreführung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will das an zwei Beispielen beschreiben:

Zum Thema „BLB“. Der BLB hat ein Darlehen in Höhe von 2,7 Milliarden €, das nach einem Tilgungsplan bis 2020 zu tilgen ist. Der BLB ist dabei, so zu verfahren. Was jetzt noch aussteht, hat er – und zwar aus eigenem Antrieb – um ein Jahr nach vorne verlegt. Warum? In diesem Tilgungsplan sind Zinsen von 4,1 % vereinbart. Der BLB hat ein Interesse daran, ein 4,1%-Darlehen früher in den Haushalt zurückzuzahlen. Das ist der Teil, der nicht 2019 und 2020, sondern 2016 und 2017 erfolgt.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Finanzminister, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Dr. Optendrenk.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich würde zunächst gerne zuerst im Zusammenhang vortragen. Dann können wir weitersehen.

Was bedeutet die Tatsache, dass er die Rückzahlung um ein Jahr vorzieht? Das bedeutet, dass die zurückfließenden Mittel 2019 oder 2020 nicht mehr in dieser Höhe eingehen. Ich hätte Ihnen aus Sicht der Landesregierung eine Darstellung mit Zinseinnahmen vom BLB bieten können, in der 2019 und 2020 eine deutliche Rückführung entstanden wäre.

Wo bitte schön bereichert sich das Land zulasten des BLB um irgendeinen Betrag? Das Einzige, das hier passiert ist: Wir verzichten auf ein paar Zinsen, die wir aufgrund der 4,1%-Vereinbarung bekommen hätten, wenn wir bis 2020 gewartet hätten.

Das können Sie uns jetzt vielleicht vorwerfen. Das habe ich in Kauf genommen. – So viel zu Punkt eins. Und das ist dann der Skandal, der hier in großer Pose vorgestellt wird und deswegen möglicherweise besonders plausibel wirken soll.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Kunstfigur!)

Wenn man da mal reinpiekst, merkt man: Das ist heiße Luft.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum Thema „Bildungsarmut“. Das ist der zweite Punkt. Es wird immer gesagt, Nordrhein-Westfalen stehe nur knapp über den Stadtstaaten. Da muss man sich einmal anschauen, dass dieser Bildungsbericht ein paar Dinge enthält, die ganz interessant sind und hier einmal erwähnt werden sollten.

Das eine ist, dass darin unter anderem Daten stehen, die in das Jahr 2009 zurückreichen. Jemand, der damit arbeitet, sollte also auch einmal einen Moment überlegen, wer damals regiert hat und auf wen er sich da bezieht.

(Christof Rasche [FDP]: 2009 bis 2012! – Gegenruf von Sigrid Beer [GRÜNE]: Unseriös!)

Es sind auch andere Daten neueren Datums darin enthalten. Dort wird zum Beispiel deutlich gesagt, es sei zu berücksichtigen, dass Nordrhein-Westfalen, wie aus dem nationalen Bildungsbericht hervorgeht, das westliche Flächenland mit dem größten Anteil von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Elternhäusern ist, nämlich 35 %, während es in Bayern 19 % sind.

Da kommen wir dem Grund schon näher, warum wir nah bei den Stadtstaaten liegen. Nordrhein-Westfalen ist nämlich zu mindestens 40 % ein riesiger Stadtstaat – mit all dem, was man aus den Stadtstaaten kennt: mit der Sozialstruktur, mit vielen Dingen, die da vielleicht vorteilhaft sind, aber gerade auch mit den Bevölkerungsgruppen, die Probleme haben, beim wirtschaftlichen Strukturwandel mitzukommen und den Weg mitzugehen, und zwar auch mit ihrer Folgegeneration.

Das ist ein Grund, warum die Stadtstaaten in dem berühmten Länderfinanzausgleich eine Einwohnerwertung bekommen. Sie werden von ihren Steuereinnahmen her einfach kleiner gerechnet, damit sie einen höheren Anspruch aus dem Länderfinanzausgleich haben. Für den Teil Nordrhein-Westfalens, der quasi in einem Stadtstaat lebt, erfolgt das nicht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Methode Lindner! Unseriös bis zum Umfallen!)

Ich mache das immer gerne an dem Beispiel deutlich, dass ich die Frage stelle: Was glauben Sie eigentlich, wie viele Städte es in Bayern mit über einer Viertelmillion Einwohner gibt? – Das sind nämlich genau drei. Bayern hat 12 Millionen Einwohner. Gerade einmal drei Städte – München, Nürnberg, Augsburg – haben mehr als eine Viertelmillion Einwohner. Der Rest der bayerischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum oder in Kleinstädten.

Dasselbe gilt für Baden-Württemberg. In Hessen und Niedersachsen gibt es jeweils zwei Städte, die 250.000 Einwohner oder mehr haben. In Nordrhein-Westfalen sind es 13. Das sind mehr als in den vier Ländern, die ich gerade genannt habe, zusammen, und das zeigt doch, dass wir hier eine ganz andere Struktur haben, die man doch bitte mitberücksichtigen muss.

Anstatt zu sagen, dort seien die Klassen größer und die Ausgaben in der Schule pro Person geringer, muss man sich doch einmal ansehen, zu welcher Bildungsqualität das denn führt. Ist das andere der entscheidende Unterschied? Bei einem Betrieb würden Sie sagen, dort würde kostengünstiger gearbeitet, während es hier heißt, man sei schlusslicht, weil die Kosten die geringsten sind. Was sind das denn für Maßstäbe, an denen Sie Erfolg oder Misserfolg messen?

(Beifall von den GRÜNEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Reine Polemik!)

Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Ja, das gilt für Nordrhein-Westfalen ganz besonders. Da sollten die Bayern auch gut zuhören. Es ist immer, auch im privaten Haushalt, wesentlich einfacher, neu zu bauen als umzubauen. Die Bayern haben über Jahrzehnte mit vielerlei Hilfe und Riesensummen aus Nordrhein-Westfalen neu bauen können.

Und ich sage einmal ein bisschen platt: Ja, es ist einfacher, den Landburschen aus dem bayerischen ländlichen Raum zum Facharbeiter bei BMW zu machen, als bei manchem Kind einer bildungsfernen Familie mit Problemen – die auch ein Stück weit durch den Strukturwandel entstanden sind – dafür zu sorgen, aus einem Transferempfänger einen Steuerzahler zu machen.

Wenn man das will – das ist einer der von Ihnen immer vermissten Schwerpunkte –, dann muss man das zum Schwerpunkt machen. Das heißt, dass es Geld kostet. Wenn jemand das auch will und sagt, das sei ein richtiger Schwerpunkt, und vielleicht sogar noch ein paar Schwerpunkte nennt, dann muss er auch die Punkte benennen, die ich jetzt einmal „Leichtpunkte“ nenne.

Was sind denn die Punkte, wo Sie dann das Geld herausnehmen wollen, wenn Sie die Schwerpunkte nicht aus zusätzlichen Steuereinnahmen finanzieren wollen, sondern diese zusätzlichen Steuereinnahmen im Wettlauf mit der Zeit und nicht im Wettlauf mit der Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020 in die Kreditrückführung packen wollen?

Das verschweigen Sie jedes Mal. Sie beschreiben in allen konkreten Anträgen irgendwelche Mängel und stellen Forderungen nach mehr – mehr Personal, mehr Geld. Irgendwann kommt dann der pauschale Vorwurf: Ihr müsstet wirklich mal Personal abbauen und Geld sparen.

Das ist für mich wirklich nicht Oppositionspolitik einer Art, die diesem Land helfen würde. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Sie bleiben am Rednerpult stehen. Ich wollte Sie gerade auch schon fragen; denn Sie wollten noch darüber nachdenken, ob Sie die Frage zulassen. – Herr Dr. Optendrenk, möchten Sie Ihre Frage noch aufrechterhalten? – Ja. Dann schalte ich Ihnen jetzt das Mikrofon frei.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Danke schön, Herr Minister, dass Sie die Frage jetzt noch zulassen. – Sie haben über den BLB gesprochen und über die – in Anführungszeichen – „paar Zinsen“, die Ihnen dadurch verloren gehen, dass man jetzt die Tilgung vorziehen will. Viel interessanter wäre es ja, wenn Sie uns einmal mitteilen würden, wie denn ohne diese zusätzlichen Zahlungen die fallende Linie der Nettoneuverschuldung für 2016 und 2017 ausgefallen wäre.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Wir haben ja ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Aber wenn Sie diesen Bereich alleine nehmen, können Sie sich das ausrechnen. Dann wäre sie jetzt um 300 Millionen € oder 400 Millionen € höher und später niedriger gewesen.

Das ist einfach eine Verschiebung, die nicht dazu führt, dass irgendetwas, was sonst nicht reingekommen wäre, jetzt irgendwo dem BLB entzogen würde. Das ist nur eine Verschiebung auf der Zeitachse, die in der Tat für beide Beteiligten von Vorteil war. Man konnte nämlich tatsächlich dafür sorgen, dass man nicht auf einer gleichen Höhe bleibt und irgendwann am Ende des Jahrzehnts sozusagen den Absturz macht, sondern dass man kontinuierlich weiter verfahren kann und derjenige, der diese Rückzahlung vornimmt, den Zinsgewinn hat.

Daraus können Sie gerne einen Skandal machen. Ich halte das aber für eine Win-win-Situation der Art, die niemandem schadet, sondern allen nutzt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Die nächste Wortmeldung liegt von Herrn Marsching für die Piraten vor. Restredezeit: 1:05 Minuten.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank. Ich beeile mich auch. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren – Sie kennen es schon – auf der Tribüne und zu Hause! Ich habe jetzt die gesamte Debatte verfolgt. Ich

habe mir alle Wortbeiträge der Minister angehört. Eines muss ich sagen: Wenn die Ministerpräsidentin in ihrem Wortbeitrag nach mir erklärt, die Digitalisierung habe mit dem Haushalt recht wenig zu tun und mit der Wirtschaft ebenso wenig,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das hat sie nicht gesagt!)

dann muss ich sagen: Wo sind die Worte zu NRW 4.0? Wo ist hier der Teil der Regierungserklärung, der sich tatsächlich mit der digitalen Revolution auseinandersetzt? Ist das Open Government, wenn nicht einmal hier am Rednerpult die ganz konkreten Fragen beantwortet werden, die ich gestellt habe?

Ich warte auf das Konzept. Ich warte darauf, dass die Landesregierung ihre Aufgabe übernimmt und die Zukunft in Nordrhein-Westfalen gestaltet. Dazu habe ich nichts gehört. Alles, was ich zu meiner Frage, die ich zur Infrastruktur gestellt habe, gehört habe, war: Ja, dazu rede ich gleich; dazu sage ich Ihnen noch etwas. – Dann hat die Frau Ministerpräsidentin sich umgedreht und hat gesagt: Ach ja, und die Brücken und die Autobahnen. – Das war aber nicht die Infrastruktur, die ich gemeint habe. Das wissen Sie auch, Frau Ministerpräsidentin, das muss ich Ihnen nicht sagen.

Ein Letztes zu dem Vorwurf, ich hätte keine Ahnung vom Rechtsstaat. Herr Minister Jäger, das Problem ist nicht der Hausfriedensbruch. Das Problem ist, wenn der RWE-Werksschutz mit Eisenstangen auf Demonstranten losgeht und wenn sich die Polizei bei den Festnahmen helfen lässt. Das ist das Problem.

(Beifall von den PIRATEN)

Dann habe ich sehr wohl Ahnung vom Rechtsstaat. – Danke.

Präsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Marsching. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, wir haben uns jetzt – beide Seiten, Regierung und Opposition – Irreführung vorgeworfen. Ich wollte die von Ihnen in den Raum gestellten Fragen an dieser Stelle selbstverständlich auch für unsere Fraktion beantworten.

Es gibt zwei Punkte, die man sehen muss. Der eine ist die Frage: Erreicht man gegebenenfalls das Ziel der Schuldenbremse 2020, und wenn ja, mit welchen Mitteln? Wie viel Sicherheitsabstand hat man da? Und der zweite Punkt ist der Abbaupfad. Wie verläuft er auch über das Jahr 2017 hinaus?

Wenn man sich diesem Thema zuwendet, einen ausgeglichenen Haushalt 2020 zu erreichen – Sie haben ja selber vor nicht allzu langer Zeit einen so-

genannten Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt, in dem Sie auf Risikofaktoren ausdrücklich hingewiesen haben, und die Bundesbank hat das auch getan –, muss man sich ja dieser Fragestellung widmen, weil Sie nämlich bislang von Bestbedingungen leben.

Ihr Bericht sagt: Wenn alles gut läuft, dann kann das bis 2020 funktionieren. Aber in dem Augenblick, wo sich vielleicht Konjunkturindikatoren eintrüben, oder aufgrund von anderen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ist das automatisch nicht mehr der Fall. Deshalb werfen wir Ihnen klar vor – das ist auch unsere Hauptkritik –, dass Sie die ganzen Jahre Ihrer Regierungszeit das strukturelle Sparen im Landeshaushalt ganz ausdrücklich unterlassen haben.

Wenn Sie eine fallende Linie der Verschuldung bis zur nächsten Landtagswahl 2017 zeichnen, ist insofern natürlich die Frage wichtig, was das in den Folgejahren bedeutet, oder ob Sie einen fallenden Verlauf der Neuverschuldung – das Land hat ja trotzdem jedes Jahr mehr Schulden – oder zumindest die Rückführung in der Höhe der Neuverschuldung hinbekommen. Sind das strukturelle Effekte, die dann auf Dauer immer so wirken, oder werden bestimmte Sondereffekte zum Einsatz gebracht, die es Ihnen erlauben, die Linie so zu zeichnen?

Wir haben nicht gesagt: „Sie plündern die Pensionskassen“, sondern wir haben rein sachlogisch gesagt: Wenn Sie bislang eingegangene Verpflichtungen, dort jährlich Geld einzulegen, in diesem Umfang auch nicht mehr ansatzweise erfüllen, dann bedeutet das zunächst einmal eine Verminderung von Ausgaben aus dem Landeshaushalt.

Und wenn Darlehen, die Sie bekommen, früher zurückgezahlt werden, dann hilft Ihnen das bis zum Termin 2017, die Grafik so zu zeichnen, wie Sie sie zeichnen. Sie haben aber strukturelle Einsparungen entsprechend unterlassen. Bei Ihrem sogenannten Effizienzteam ist fast nichts herausgekommen. Es ist die große Sünde dieser Landesregierung, dass sie hektisch Einzelmaßnahmen bemüht, aber nichts unternimmt, was auf Dauer planbar und kontinuierlich Jahr für Jahr diesen Effekt ermöglicht.

Sie setzen auf Rekordsteuereinnahmen. Sie haben Rekordsteuererhöhungen durchgeführt mit nahezu einer Verdopplung der Grunderwerbsteuer. Sie machen das in einer Niedrig- bis Nullzinsphase. Wenn sich da die Stellschrauben in diesem Umfeld ändern, sieht es für den Haushalt anders aus.

Eine letzte Bemerkung zu dem Punkt, der allgemeinpolitische Fragen in der Haushaltsberatung betrifft. Das Thema „Innere Sicherheit“ ist schon angesprochen worden. Wir teilen ausdrücklich – das muss man als Opposition auch sagen dürfen – die Haltung des Innenministers, der sagt, es sei Aufgabe von Polizei und Rechtsstaat, für Ordnung zu sorgen und einzugreifen, wenn Leute Straftaten begehen. Wir erwarten es ausdrücklich, dass diejenigen,

die hier gegen Recht und Gesetz verstoßen, es mit der Polizei zu tun bekommen.

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit!

Ralf Witzel (FDP): Deshalb unterstützen wir auch Ihre späte Einsicht, dass wir eine personelle Verstärkung an der Stelle brauchen. Das darf man so differenziert als Opposition durchaus einmal sagen, sowohl mit Kritikpunkten als auch an den Stellen, wo man sich in der Haushaltsdebatte einig ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wenn das so bleibt, was ich hiermit feststelle, dann sind wir am Ende der Aussprache zum Haushaltsgesetz 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung.

Wir kommen zum

Gemeindefinanzierungsgesetz 2016

Zur Einbringung hat jetzt Herr Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur ein Satz vorweg: Herr Marsching, Hausfriedensbruch ist immer ein Problem.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, auch wenn Sie zu Herrn Schulz gehen und ein Bier trinken? – Weitere Zurufe von den PIRATEN)

Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 setzen wir auf ein bestehendes, bewährtes System. Die Verbundgrundlagen und der Verbundsatz bleiben so, wie es im Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 der Fall war. Es bleibt im Übrigen auch dabei, dass wir keine Befrachtung zulasten der Kommunen in diesem Haushalt vornehmen. Außerdem bleibt es bei der Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen der Grunderwerbsteuer.

Wir halten damit an der Gesamtsystematik fest. Diese Gesamtsystematik beruht auf Empfehlungen verschiedener finanzwissenschaftlicher Gutachten der letzten Jahre. Das ist das ifo-Gutachten 1995 und 2008. Ich bitte das nicht zu verwechseln mit dem FiFo-Gutachten des Jahres 2013.

Diese Systematik ist im letzten Jahr durch den Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen noch einmal ausdrücklich bestätigt worden. Deshalb machen wir Änderungen nur mit Be-

In meiner Eigenschaft als Abgeordneter will ich zu der Debatte gerade vorab aber sagen: Das Parlament hat schon qualifiziertere gehört.

Drei kurze Klarstellungen:

(Zuruf von Thomas Nückel [FDP])

– Herr Nückel, wir werden im Ausschuss die eine oder andere Grundsatzposition miteinander austauschen. Aber dass der Verschuldungsgrad der nordrhein-westfälischen Kommunen auch im Vergleich zu anderen Bundesländern höher ist, mag mit dem zu tun haben, was ich vorhin versucht habe, Ihnen aus dem Gutachten der Bertelsmann Stiftung darzulegen, das Sie in Ihrer eigenen Antragsbegründung auch herangezogen haben.

Nirgendwo in Deutschland ist die Belastung der kommunalen Haushalte durch Sozialausgaben so ausgeprägt wie in Nordrhein-Westfalen. Da mag es einen kausalen Zusammenhang geben, Herr Nückel. Dieser kausale Zusammenhang entsteht dadurch, dass einerseits der Bund, egal in welcher parteipolitischen Konstellation, in den vergangenen 30, 40 Jahren Gesetze beschlossen hat – zwölf Sozialgesetzbücher –, aber andererseits die Kommunen häufig die Leistungen daraus zu finanzieren haben.

Der Rückschluss, dass dieser hohe Verschuldungsgrad der Kommunen in Nordrhein-Westfalen vom Land allein zu finanzieren sei, ist, wenn man Ursache und Wirkung miteinander vergleicht, eigentlich abtrünnig.

(Zuruf von Ralf Nettelstroth [CDU])

Zweitens: 3 Milliarden € Anhebung des Verbundsatzes mit den Auswirkungen, dass wir 3 Milliarden € im Landeshaushalt zusätzlich zu den 22 Milliarden €, die die Kommunen erhalten, in welcher Form auch immer an sie auszuschütten haben.

Zu der Frage nach der Gegenfinanzierung nur zu sagen, wir müssten unsere Hausaufgaben machen? – Ich denke, dass in einem Parlament jeder Parlamentarier, der bei der Abstimmung über einen Haushaltsentwurf dagegen oder dafür stimmt, so viel Verantwortung im Rahmen seines Mandates mitzubringen hat, dass er die Frage, wie 3 Milliarden € in diesem Landeshaushalt zu finanzieren sind, mindestens mit einer Idee skizzieren sollte.

Drittens zur Inklusion und zur Konnexität, Herr Schulz und Herr Nückel. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Landesregierung, insbesondere Frau Kollegin Löhrmann, in sehr intensiven Gesprächen und Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden eine vertragliche Vereinbarung erzielt hat, nach der in mehrstufigen Verfahren festgestellt wird, ob die vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel – Frau Beer hat sie gerade beschrieben – ausreichend sind, ob im Rahmen einer Evaluierung möglicherweise zusätzliche Kosten zu berücksichtigen sind und ob am Ende dieser Evaluierung mitei-

nander zu vereinbaren ist, wie es dauerhaft verankert werden kann.

Herr Schulz, ich will jetzt nicht Ihr Weltbild zerstören, aber: 52 von 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen – also eine Minderheit – klagen gegen eine solche Vereinbarung, und es soll schon vorgekommen sein, dass Kommunen zu Unrecht geklagt und vor dem Verfassungsgerichtshof verloren haben.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: 20 %!)

Die Mehrheit trägt diese Vereinbarung. Das ist gut so. Ich glaube, dass wir am Ende des Evaluierungsprozesses zu einem konsensualen Ergebnis kommen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Es geht um die Überweisung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2016. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es sind drei Abstimmungen, die wir jetzt vornehmen müssen.

Erstens. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/9300 sowie der Mittelfristigen Finanzplanung 2015 bis 2019 mit dem Finanzbericht 2016 des Landes Nordrhein-Westfalen Drucksache 16/9301** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der **Maßgabe**, dass die **Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal** erfolgt.

Wer kann dem seine Zustimmung geben? – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über die **Überweisung des Entwurfs des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes Drucksache 16/9302**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/9302 an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**.

Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

